D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 101
Juli '78 DM 2,–

Grün ist die Hoffnung? Zu den Landtagswahlen

Die Ergebnisse der Landtagswahlen von Niedersachsen und Hamburg haben Bewegung in die politische Parteienlandschaft gebracht, mehr als zu erwarten war. Obwohl die Einzelauswertungen der repräsentativen Wahlstatistik noch nicht vorliegen und alle Interpretationen zum jetzigen Zeitpunkt vorläufigen Charakter haben müssen, zeichnen sich einige politische Entwicklungslinien ab, die freilich einer umfassenderen Analyse bedürfen, als sie anhand von Stimmprozenten denkbar ist.

Beim Blick auf die Auszählungsergebnisse springt zunächst die vergleichsweise geringe Wahlbeteiligung ins Auge. In Niedersachsen gingen dieses Mal nur 78,7% der Wahlberechtigten zur Urne, gegenüber 84,4% vor vier Jahren, in Hamburg waren es nur 76,6%, während sich 1974 noch 80,4% an der Bürgerschaftswahl beteiligten. Dieser Rückgang scheint zunächst alles andere als dramatisch, liegen die Beteiligungsquoten doch weit höher als in anderen parlamentarischen Systemen Westeuropas oder gar in den USA. Für die bundesrepublikanischen Verhältnisse bedeutet dieses Ergebnis jedoch einen Einbruch, denn seit Mitte der 60er Jahre war eine Tendenz stets steigender Wählermobilisierung sowohl bei Kommunal-, Landtags- wie auch bei Bundestagswahlen zu verzeichnen. Eine Ausnahme bildete lediglich die außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl von 1972, bei der nach dem Mißtrauensvotum gegen die Regierung Brandt/Scheel eine starke Wählermobilisierung erzielt wurde.

Aber nicht nur die geringere Wahlbeteiligung in Hamburg und Niedersachsen deutet auf eine nachlassende Intergrationskraft der etablierten politischen Parteien, sondern auch ihr sinkender Anteil an den abgegebenen Stimmen. Erhielten CDU/SPD/FDP 1974 in Niedersachsen zusammen noch 98,9% der Stimmen (in Hamburg 96,4%), so vereinigten sie 1978 noch 95,1% (bzw. 93,9%) der Wahlzettel auf sich. Diese Veränderungen mögen wenig bedeutsam erscheinen, verglichen etwa mit den NPD-Wahlerfolgen der 60er Jahre. Ein Blick

FORTSETZUNG SEITE 3

IN DIESER AUSGABE: Kommentare Roland Roth: Landtagswahlen 1/3 • Volkhard Brandes: Betriebsratswahlen '78 4 • Wahlbetrug bei Daimler 6 • Helmut Burgwinkel: Staatsschutz 7 • Ulrich Mückenberger: "Buback-Nachruf" 8 • Dany Diner: Filbinger 10 • Arno Klönne: SPD-Ausschlüsse 11 • Robert Detobel: Shaba 12 • Arbeitsausschuß des SB: Eritrea 13 • H. Berger/S. Tovar: PCE-Parteitag 14 • Jean-Pierre Faye: Verfassungskonzept 16 • **Artikel** Rüdiger Pusch: Zivildienst-Urteil 17 • Thomas Gröger: KDVer wehren sich 18 • Klaus Busch: Dollarkrise 19 • **Informationen/Initiativen/Berichte/Aktionen** Jugendhof Kleve 21 • Jugendpolitisches Forum 22 • Autonomie und Isolation? 23 • Horst-Mahler-Verfahren 24 • **Serie "Alternativzeitungen"** Alpha-Press 25 • Delmenhorster Rundschau 27

NEUES VOM RECHTSSTAAT

Uni-Rektor beschneidet Freiheit der Wissenschaft

Die Verfolgung des hannoverschen Psychologie-Professors Peter Brückner und der von ihm vertretenen Wissenschaft geht weiter: Nicht nur, daß er seit einem halben Jahr suspendiert ist ("links" Nov. 1977), vielmehr wird ihm seit Jahren, insbesondere im Filbinger-Land, der Auftritt an Hochschulen verwehrt.

Insbesondere die reaktionäre Heidelberger Universitätsleitung fühlt sich bemüßigt, Diskussionen mit Peter Brückner zu verhindern, sofern sie im Hochschulbereich stattfinden. Unterstützung erhielt sie dabei immer wieder vom Kultusministerium: Im Jahre 1972 orderte des Ministerium gleich zweimal 500 bzw. 1.000 Polizisten, die die Universität abriegelten, um dort eine Brückner-Veranstaltung zu verhindern.

Im Mai 1978 nahm Heidelbergs Universitäts-Rektor Niederländer, Mitglied des "Bundes Freiheit der Wissenschaft", eine geplante Brückner-Veranstaltung zum Anlaß, die Freiheit der Wissenschaft kräftig zu beschneiden. Am 22. Mai sollte eine Diskussionsveranstaltung zum Thema "Gesellschaftskritik und Terrorismus" stattfinden, veranstaltet vom Philosophischen Seminar der Universität. Eingeladen dazu waren: Peter Brückner und die Philosophie-Professoren Wellmer und Fulda.

Mitte März 1978 bat der Direktor des Philosophischen Seminars, Professor Theunissen, den Rektor Niederländer, für diese Veranstaltung einen Raum zur Verfügung zu stellen. Über einen Monat später kam die Antwort: Die Veranstaltung dürfe nicht in der Universität stattfinden, da das Thema keinen "unmitelbaren Hochschulbezug" aufweise. (Anmerkung: Gerade reaktionäre Kreise hatten nach der Schleyer-Entführung immer wieder einen Zusammenhang zwischen Terrorismus und Hochschulen behauptet.) Außerdem habe das Philosophische Seminar nicht das Recht, als Veranstalter aufzutreten.

Gegen diesen Bescheid zogen die Veranstalter vor das Verwaltungsgericht Karlsruhe. In einer einstweiligen Anordnung bekamen die Philosophen recht: Ein Universitätslehrer – so das ansonsten gewiß nicht fortschrittliche Karlsruher Gericht – habe aufgrund der verfassungsmäßig verbürgten Lehrfreiheit das Recht, über Form und Inhalt einer innerhalb der Hochschule angebotenen Veranstaltung zu entscheiden, so diese einen fachwissenschaftlichen Bezug habe. Selbst wenn auch ein allgemeinpolitischer Bezug vorliege, so sei dies "unschädlich", zumal es Aufgabe der Wissenschaft sei, "den Bezug zwischen wissenschaftlicher Theorie und gesellschaftlicher Entwicklung aufzuzeigen". Mithin müsse Rektor Niederländer dem Veranstalter einen der größten Räume zur Verfügung stellen.

Rektor Niederländer, ein gestandener Jurist, verfiel auf einen anderen Trick, um die Brückner-Veranstaltung zu verhindern: Er erteilte Hausverbot für Peter Brückner. Und dies am Tag der Veranstaltung, so daß die Organisatoren nicht mehr das Gericht anrufen konnten. Die Diskussion wurde in die Heidelberger Stadthalle verlegt.

Erwähnt werden sollte vielleicht die Begründung, mit der Rektor Niederländer das Hausverbot verkündet hatte: Brückner sei einst wegen Begünstigung von Ulrike Meinhof zu einer Geldstrafe verurteilt worden; außerdem sei er wegen Herausgabe der Broschüre "Die Mescalero-Affäre" suspendiert worden.

Lokale Gruppen- und Kontaktadressen des SB

Aachen: SB-Gruppe, c/o Adalbert Evers, Elsaßstr. 55a, 5100 Aachen
Augsburg: Arbeitskreis Sozialistisches Büro, Vorderer Lech 45, 8900 Augsburg
Bad Schussenried: SB-Initiativgruppe, c/o Michael Konrad, Wuhrstr. 29, 7953 Bad Schussenried, Tel. 07583/33260
Berlin: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Region Westberlin, Postfach 3013, 1000 Berlin 30 Laden: Stresemannstr. 34, 1000 Berlin 61, Tel. 030/2519448
Bielefeld: SB-Bielefeld, c/o Buchladen Eulenspiegel, Niederwall 46, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/175049
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 41, 4630 Bochum, Tel. 0234/701656
Bonn: SB-Initiative Bonn, c/o Bernhard Meier, Hausdorffstr. 101, 5300 Bonn, Tel. 02221/234874
Bremen: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Gruppe Bremen, Hollerallee 53, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/347318
Darmstadt: Christa Harrer, Riegerplatz 14, 6100 Darmstadt, Tel. 06151/75849
Delmenhorst: Arbeitskreis Sozialistisches Büro, c/o Kinny, Bürgerkampweg 36, 2870 Delmenhorst, Tel. 04221/51426
Dortmund: SB-Gruppe, c/o Bücherstube, Gr. Heimstr. 62, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/103306
Duisburg/Mülheim: SB/AG, c/o Wohngemeinschaft, Düsseldorferstr. 128, 4330 Mülheim, Tel. 0208/481229
Elmshorn: SB-Initiative Elmshorn, c/o Peter Hauschild/Michael Plata, Holzweg 43, 2200 Elmshorn, Tel. 04121/74729
Erlangen: Sozialistisches Zentrum, Hindenburgstr. 17, 8520 Erlangen
Essen: Werner Hoffmann, Twingenbergplatz 7, 4300 Essen 1
Esslingen: SZ-Esslingen, c/o Provinzbuch, Grabbrunnenstr. 8, 7300 Esslingen, Tel. 0711/352738
Frankfurt: Sozialistisches Büro Frankfurt, Kl. Hochstr. 5, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/285281
Freiburg: Joachim Bruhn, Herrenstr. 34, 7800 Freiburg
Fulda: S'3-Gruppe, c/o Teestube, Leipzigerstr. 165, 6400 Fulda
Gelsenkirchen: Willi Scherer, Overwegstr. 16, 4650 Gelsenkirchen, Tel. 02322/23806
Gießen: Kurt Walker, Weigelstr. 4, 6300 Gießen, Tel. 0641/23091
Göttingen: Marianne Poggel, Lotzestr. 37, 3400 Göttingen, Tel. 0551/47141
Hagen/Wetter: Walter Weiß, Langestr. 30, 5800 Hagen 1, Tel. 02331/330216
Hamburg: ISZ Hamburg, Altonaerstr. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hanau/Bruchköbel: Jens Huhn, Haydnstr. 3, 6450 Hanau 8, Tel. 06181/69123
Hannover: Sozialistisches Büro Hannover, c/o Offizin Druckerei, Stiftstr. 11, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/17622
Heidelberg: ISZ Heidelberg, c/o Lehrerzentrum, Sophienstr. 7a, 6900 Heidelberg, Tel. 06221/29775
Hildesheim: Ulrich Räbiger, Orleansstr. 4, 3200 Hildesheim
Hunsrück/Pfalz: Willi Michel, Wolfsangel 42, 6750 Kaiserslautern, Tel. 0631/19221
Karlsruhe: Wohngemeinschaft 118, Hirschstr. 118, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 0721/812532
Kassel: Ulrich Restat, Kirchweg 68, 3500 Kassel, Tel. 0561/18629
Kiel: Sozialistisches Büro Kiel, Königsweg 29, 2300 Kiel, Tel. 0431/16341
Köln: SB-Köln, c/o Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41, Tel. 0221/420214
Konstanz: Jörg Stübling, Höhenweg 43, 7750 Konstanz
Lübeck: Initiativgruppe SB Lübeck, c/o Bernd Möller, Krempelsdorfer Allee 57, 2400 Lübeck
Mannheim/Ludwigshafen: Initiative Sozialistisches Zentrum, c/o Dritte Welt Laden, C 3, 19, 6800 Mannheim
Marburg: Dieter Höhne, An der Schanze 7, 3550 Marburg, Tel. 06421/42334
München: Sozialistisches Zentrum, Heßstr. 80, 8000 München 40, Tel. 089/524996
Münster: Sozialistisches Büro Münster, c/o Jürgen Rose, Graelstr. 4, 44 Münster, Tel. 0251/44724
Nürnberg: Die Bücherkiste, Jakobstr. 26, 8500 Nürnberg
Oldenburg: Carl von Ossietzky Buchhandlung, Bergstr. 1, 2900 Oldenburg, Tel. 0441/13949
Osnabrück: SB-Osnabrück, Postfach 1129, 4500 Osnabrück
Saarbrücken: Dietmar Spor/Werner Schmitt, Dudweiler Str. 51, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38911
Siegerland: Buchhandlung Bücherkiste, Weidenauerstr. 224, 5900 Siegen 21, Tel. 0271/45135
Schweinfurt/Unterfranken: Buchladen am Fischerrain, Am Fischerrain 32, 8720 Schweinfurt, Tel. 09721/22763
Schwetzingen/Oftersheim/Plankstadt: Hilmar Hoppe, Richard Wagner Str. 5, 6830 Schwetzingen, Tel. 06202/5334
Stuttgart/Ludwigsburg: Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/264345
Tübingen: Sozialistisches Zentrum, Münzgasse 13, 7400 Tübingen; SZ-Kommunikationszentrum Münzgasse 7, 1. Stock (jeden Samstag offener Abend)
Ulm: Initiative Sozialistisches Zentrum Ulm, c/o Heinrich Lohr, Schulstr. 30, 7905 Dietenheim 2
Wolfsburg/Gifhorn: Otto Schütte, Alte Landstr. 57, 3180 Wolfsburg 1, Tel. 05361/51459
Würzburg: SB-Gruppe, Leutfresserweg 11, 8700 Würzburg, Tel. 0931/77223
Wuppertal: Rainer Rüggeberg, Höchsten 47, 5600 Wuppertal 1

Soweit Interessenten in Orten wohnen, die hier nicht angegeben sind, wenden sie sich bitte an die Kontaktadresse der am nächsten gelegenen lokalen Gruppe oder auch an das Sozialistische Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

★

Erstmals Strafe nach § 88a

Erstmals nach Einführung des Tatbestandes der „verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten" (Paragraph 88a) im Frühjahr 1976 ist jetzt ein Angeklagter nach dieser Rechtsnorm verurteilt worden: Eine Große Strafkammer des Kölner Landgerichts verhängte gegen den Buchhändler Friedhelm Becker, Geschäftsführer des Kölner "Anderen Buchladens", eine dreimonatige Freiheitsstrafe, die zur Bewährung ausgesetzt und mit einer Geldstrafe in Höhe von DM 1.500.-- verbunden wurde.

Der Angeklagte habe – so die Anklage – als Geschäftsführer der Kölner GmbH „Der andere Buchladen" von Juni bis August 1976 insgesamt 30 Exemplare der Druckschrift „Revolutionärer Zorn, Mai 1976" ausgelegt oder auslegen lassen. In diesem „Organ der Revolutionären Zellen" werden terroristische Aktionen und Sprengstoffanschläge auf Gebäude dargestellt und gerechtfertigt.

Vor Gericht erklärte dagegen Friedhelm Becker: Er habe ein Paket der Zeitschrift Revolutionärer Zorn, Mai 1976, weder bestellt noch gelesen noch ausgelegt. Zwar könnte er nicht ausschließen, daß die Zeitschrift im Buchladen ausgelegen habe, er habe sie dort aber nicht selbst gesehen. Gelesen habe er die Zeitschrift später auf einer Geschäftsreise.

Die Verteidigung beantragte Freispruch und wies noch einmal ausdrücklich auf die für einen Buchladen praktisch nicht zu bewältigende Situation hin, sein gesamtes Sortiment auf möglicherweise strafrechtliche Inhalte hin zu überprüfen.

Vom Verstoß gegen § 129 StGB wurde Friedhelm Becker freigesprochen, da es schon an den tatsächlichen Feststellungen für die Annahme einer kriminellen Vereinigung fehlte. Die Verurteilung nach § 88a stützte sich im wesentlichen auf die Stellung Friedhelms als Geschäftsführer, der schließlich für das Geschehen im Buchladen verantwortlich sei.

Allerdings war das Verfahren gegen Friedhelm Becker nicht der erste Prozeß nach § 88a. Aus dem gleichen Grund – Auslegen des "Revolutionären Zorns" – war bereits der Geschäftsführer des "Politischen Buchladens" in Bochum, Thomas Kram, angeklagt worden. Das Verfahren endete mit einem Freispruch.

(Quelle: dpa, ID vom 3.6.78)

Warum die Polizei Demos filmt

Zu den Tätigkeiten der vielbeschäftigten Polizei gehört es mittlerweile, jedwede Demonstration zu observieren. Zum Beispiel wurde die 1.Mai-Demo des Gießener DGB mit Video von Polizisten gefilmt. Begründung: Man habe zu Unterrichts- und Schulungszwecken für die Polizei gefilmt, was bei jeder größeren Veranstaltung gemacht werde. Man habe kein politisches Interesse an den Filmaufnahmen; vielmehr wolle man, was die Straßenverkehrsregelung bei Demonstrationen betreffe, anhand von Filmen lernen, was die Polizei noch besser machen könne. Die Filmaufnahmen würden nicht an andere Behörden weitergegeben werden. (Faulen Ausreden sind offenbar keine Grenzen gesetzt.)

Während die IG Druck und Papier, Bezirksleitung Gießen, gegen die polizeiliche Überwachung protestierte, gab sich der DGB-Kreisvorsitzende hilflos: Er habe von der Absicht der Polizei gewußt, "Teile der Demo" und die Kundgebung zu filmen. Aber dies zu verhindern, habe nicht in seiner Macht gestanden.

(Quelle: FR vom 10.5.1978)

Zu den Landtagswahlen

FORTSETZUNG VON SEITE 1

auf die Zusammensetzung der "Protestwähler" zeigt jedoch ein im Unterschied zu den Wählerreaktionen auf die Krise von 1966/67 erheblich verändertes Bild. Der Stimmenanteil der NPD verringerte sich in beiden Bundesländern erheblich (auf 0,4% in Niedersachsen und 0,3% in Hamburg). Die Krisenentwicklungen der letzten Jahre lösten weder rechtsradikale Wählermobilisierungen aus, noch brachten sie kommunistischen Gruppierungen Zugewinne. Vielmehr mußte die DKP drastische Verluste hinnehmen. Sie fiel von 2,2% auf 1,0% in Hamburg und von 0,4 auf 0,3% in Niedersachsen. Der erstmals angetretene KBW blieb im Promille-Bereich.

Die eigentlichen Wahlsieger außerhalb der Parlamentsparteien waren in Niedersachsen die "Grüne Liste Umweltschutz" mit 3,9% der Wählerstimmen und in Hamburg die "Bunte Liste – Wehrt Euch" mit 3,5% zusammen mit der auch dort kandidierenden Grünen Liste, die 1% der abgegebenen Stimmen erhielt. Etwas mehr als 200.000 von insgesamt rund 5 Millionen Wählern haben in den beiden Bundesländern diesen Gruppen ihre Stimme gegeben. Im Zusammenhang mit der These, daß die Integrationskraft des etablierten Parteienkartells nachläßt, sind jedoch weniger die absoluten Zahlen interessant als die soziale und altersmäßige Zusammensetzung dieser "Protestwähler". Laut "Infas-Nachfrage" am Wahltag handelt es sich bei den farbigen Listen um eine "Bewegung der jungen Leute": Ein Viertel der 18-25jährigen Wähler haben in Hamburg für sie votiert (in Niedersachsen 14% dieser Altersgruppe). Die Wählergruppe von 26-34 Jahren entschied sich noch zu 14% (in Niedersachsen 7%) für diese Liste. Fazit der Süddeutschen Zeitung vom 6. Juni: "In der Bewegung der Grünen und Bunten drücken sich Schwierigkeiten des herkömmlichen Parteiensystems aus, Probleme und Menschen – vor allem jüngere, gut ausgebildete – zu integrieren." (S.8)

Eine erste Betrachtung der Verteilung der Wählerstimmen für die Bunte Liste deutet darauf hin, daß sie vor allem bei Studenten und in mittelständischen Wohnvierteln, weniger jedoch in traditionellen Arbeitervierteln erfolgreich war. Ähnliches gilt für die Grüne Liste, deren Erfolge in Niedersachsen allerdings dort besonders groß waren, wo es intensive Umweltkonflikte gegeben hatte (Gorleben, Unterelbe usw.). Auch in vielen niedersächsischen Großstädten übersprang die GLU die 5%-Hürde, insgesamt blieben jedoch die Grünen und Bunten im Vorhof der parlamentarischen Beteiligung. Lediglich bei den gleichzeitig abgehaltenen Kommunalwahlen konnten sie zwei Sitze in der Bezirksversammlung von Hamburg-Eimsbüttel erlangen.

Mit dem Scheitern der FDP an der 5%-Klausel, an dem die Öko-Listen erheblich mit beteiligt waren, sind sie zu einem politischen Faktor geworden, der von den Parlamentsparteien in ihr strategisches Kalkül einzubeziehen ist. Dabei kündigen sich – in ihren Folgen noch relativ unabsehbare – Strukturveränderungen im westdeutschen Parteiensystem an, die sowohl zu einer Schwächung wie auch zu einer längerfristigen Stabilisierung in Richtung Zwei-Parteien-System führen können. Einiges spricht dafür, daß das Ausscheiden der FDP aus zwei Landesparlamenten kein vorübergehendes "Formtief", sondern eine Etappe im Zerfallsprozeß dieser Partei ist. Nach dem Ende der Reformära, in der sie sich noch mit bildungs- und ostpolitischen Initiativen profilierte, konnte die FPD keine politischen Ansatzpunkte mehr (außer einer allgemeinen Anpassung an das Restaurationsklima) entwickeln, die ihrer notorisch parlamentarische Mehrheiten stiftenden Rolle auch nur den Hauch von Legitimität verleihen. In der Artikulation kapitalistischer Herrschaftserfordernisse unter Krisenbedingungen waren die beiden großen Schwestern überlegen. Weder die liberalen Reformbremser noch die ordoliberalen Marktwirtschaftler konnten an die Schmidtschen Austeritätsprogramme heranlangen. Die Politik der "Auflockerung" an die CDU verzerrte die Profillosigkeit der Partei bis zur Kenntlichkeit. "Die Lauen werden ausgespien", hieß es dann auch im liberalen Hausorgan "Die Zeit".

"Wir müssen umdenken ..."

Ein profilierender programmatischer Richtungswechsel, wie er in der Vorbereitung der sozialliberalen Koalition auf Kosten einer weitgehenden Auswechselung der Parteibasis vollzogen worden war, steht nicht in Aussicht. Es gibt dafür keine Ansatzpunkte, denn auch das grün-bunte Mäntelchen (inzwischen längst vergeben) könnte die politischen Blößen nicht glaubwürdig überdecken. Unter der Hand richten sich die beiden großen Parteien schon auf die Zeit ohne das "Waagscheißerle" ein. Nur um bei den Hessenwahlen "Mitleidseffekte" zu verhindern, wurde sie von den Unionsparteien noch nicht voll unter Beschuß genommen. Den Sozialdemokraten droht das vorzeitige Ende ihrer sozialliberalen Koalition in Bonn, wenn – wie fast zu erwarten ist – die FDP auch in Hessen durchfällt und die Sozialdemokraten (mit zusätzlichen Stimmenverlusten an die schon konstituierte Grüne Liste) schwächer abschneiden als die CDU. Dann kommen die parlamentarischen Verhältnisse gehörig ins Schwimmen, auch wenn die Grünen draußen bleiben, wobei die Strömung klar sein dürfte, denn eine Linksentwicklung in der Opposition wäre etwas völlig Neues in der Parteigeschichte der Sozialdemokratie.

Nicht in erster Linie deshalb dürften sich die autoritären Tendenzen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft verstärken. Relevanter ist schon, was sich unterhalb der Wahl- und Parteiebene abspielt. Uns muß die Struktur der sozialen Konflikte und Krisenerfahrungen interessieren, die die eigentliche Ursache der Krisen- und Repressionstendenzen des parlamentarischen Systems in der Bundesrepublik bilden. Parteikonflikte und Wahlergebnisse bieten dabei nur ein spezifisch verzerrtes Bild, in dem die nicht im politischen System integrierten bzw. nicht von ihm aufgesogenen gesellschaftlichen Konfliktlagen weitgehend fehlen. Was sich aus der Perspektive des politischen Systems als Krise der Massenintegration darstellt und in Schlagwörtern wie "Vertrauensverlust" und "Legitimationskrise" abgehandelt wird, drückt sich in der Bundesrepublik gegenwärtig vor allem in einer starken Bürgerinitiativbewegung aus. In ihr werden u.a. folgende politischen Momente sichtbar: als politische Organisationsform richten sich Bürgerinitiativen oft gegen den Versuch einer "Verstaatlichung gesellschaftlicher Konflikte" (Ausdehnung des Polizei- und Überwachungsapparates, Bürokratisierung des Parteiensystems und die diversen Maßnahmen und Aktionen, die unter dem Stichwort "politische Repression" in der Linken breit diskutiert werden, sind nur einige Elemente dieser herrschenden Tendenz); durch ihr Beharren auf der Legitimität konkreter Interessenvertretung geraten zahlreiche Bürgerinitiativen recht bald in Widerspruch in das staatlich definierte Allgemeininteresse, das gerade in Krisenzeiten repressiv durchgesetzt und parteipolitisch legitimiert werden muß. In diesen Konflikterfahrungen der meist mittelschichtgeprägten Bürgerinitiativbewegungen liegen gerade für die westdeutsche Linke neue politische Möglichkeiten, weisen sie doch die gleiche Struktur auf, die bisher lediglich für Kampfsituationen der Arbeiterbewegung und der Linken galt. Darum ist es für uns politisch sehr bedeutungsvoll, wenn sich in der Bundesrepublik heute mehr Menschen in Bürgerinitiativen engagieren als in den politischen Parteien. Mit Blick aufs Parlament waren 62% der Befragten einer Spiegel-Umfrage der Meinung, daß es viele Menschen in der BRD gibt, "deren Interessen eigentlich niemand so richtig vertritt", und die Hälfte sah bei den im Bundestag vertretenen Parteien kaum noch einen Unterschied in deren politischen Ansichten und Zielen (Spiegel 24/78). Gegenüber diesem breiten Unmut nehmen sich die Wahlergebnisse der Öko-Listen eher bescheiden und thematisch beschränkt aus.

So sehr die Wahlergebnisse für die grünen Listen ein Ausdruck des Erosionsprozesses des politischen Systems sind, so sehr müssen sie auch als systemkonformes Ventil für das aufgestaute Unbehagen betrachtet werden. Noch ehe

sie Sitz und Stimme erobert haben, droht ihnen eine zweifelhafte Anerkennung und Nutzung durch das herrschende Parteienkartell. So wichtig die von ihnen aufgeworfenen Fragestellungen auch sind, indem Arbeitslosigkeit und andere Krisenfolgen unaufgegriffen bleiben, werden zentrale Erfahrungsbereiche thematisch ausgeklammert. Während die Bürgerinitiativbewegung aufgrund ihrer Nichteinbindung in die Strukturen der "repräsentativen Demokratie" immer wieder ins Zwielicht der Illegalität gesetzt und zum Objekt polizeilicher und verfassungsschützerischer Aktionen wurde, dienen die grünen Wählerstimmen heute vorwiegend als Kalkulationsmasse bei der Stabilisierung des labilen Parteiensystems und zur Schaffung neuer absatzfähiger Wahlkampfthemen. Alle Parteien tragen nach dem letzten Wahltag plötzlich grün, die hessische SPD preist sich gar als größte Bürgerinitiative in Sachen Umweltschutz und kündigt symbolische Zugeständnisse an.

Aber nicht nur diese Vermarktung und ihre absehbare praktische Folgenlosigkeit für die Auseinandersetzung um die Lebensbedingungen in der BRD stimmen skeptisch, was den politischen Nutzen der Wahlbeteiligung der grünen Listen angeht. Auch die Zielsetzungen, die mit dem Marsch aufs Parlament verknüpft werden, scheinen fragwürdig. Über den gegenaufklärerischen Charakter von Wahlkämpfen und Parlamentsdebatten ist schon genug Kritisches angemerkt worden. Solche Formen demonstrativer Öffentlichkeit sind sicher nicht das Medium aktivierender politischer Lernprozesse, eher der Blokkierung und Verdummung. Schon zeichnet sich ab, daß die zentralen Fragestellungen der Ökologiebewegung – auf das Thema "Umweltschutz" zurechtgestutzt – zu parlamentarischem Spielgeld verkommen. Die eilig zusammengeschusterten Programme sind selbst ein Beitrag in dieser Richtung. Die Hoffnung, über diese Art von Öffentlichkeit die Basis der Ökologiebewegung zu verbreitern, ignoriert die eigenen Entstehungsbedingungen und Lernprozesse im Zusammenhang einer außerparlamentarischen Widerstandsbewegung. Die aktuellen Listenexperimente zehren von dieser Bewegung, ohne sie weitertreiben zu können.

Nicht nur die Hoffnung auf demonstrative Signalwirkungen durch Wahlprozente trügt, es breiten sich auch parlamentarische Illusionen aus, an deren Aufrechterhaltung nicht gelegen sein kann. Schon vor dem Anlauf zum Sprung über die 5%-Hürde sollte klar sein, wo man landet. Sind es denn die dem Wählerwillen verpflichteten Parlamentarier, die hier zu entscheiden haben? Eine bisher kaum verdaute und politisch überwundene Erfahrung der eigenen Schwäche der Ökologiebewegung ist doch, daß die aktuelle Atompolitik – selbst Produkt einer 20jährigen Kooperation von Konzernen und Bundesregierungen – im letzten Herbst durch eine außerparlamentarische Massenmobilisierung des Kapitals mit Beteiligung von Teilen der Gewerkschaften verteidigt wurde (Dortmunder Kundgebung als Höhepunkt), just zu einem Zeitpunkt, als die parlamentarische Unterstützung zu bröckeln schien. Parteien und Gewerkschaften zogen lediglich nach. Aber auch die weit weniger spektakulären Alltagserfahrungen eines Großteils der Bürgerinitiativen verdeutlichen die Machtlosigkeit dieses Gremiums gegenüber den abgeschirmten bürokratischen Strukturen und den dort angelagerten Kapitalinteressen.

Nach den Erfahrungen von Kalkar, Dortmund und den Grohnde-Prozessen steht die Frage von Legalität und Legitimität des Widerstands gegen Atomkraftwerke im Vordergrund. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn sich Teile der Anti-Kernkraft-Bewegung von einer Parlamentsbeteiligung einen Zugewinn an Legitimität und damit auch Handlungsmöglichkeiten erhoffen. Demgegenüber ist festzuhalten, daß parlamentarische Praktiken und Wahlbeteiligungen lediglich sich selbst legitimieren können. Sie legitimieren nicht einmal in jedem Falle die Gruppierungen, die sie unternehmen, wie am Schicksal der DKP und der K-Gruppen leicht abzulesen ist. Vor allem haben sie – zumindest solange sie nicht mehrheitsfähig sind – keine Chance, auf diesem Wege die außerparlamentarischen Handlungsmöglichkeiten zu erhalten oder zu erweitern. Unter den

gegenwärtigen politischen Bedingungen droht der Ökologiebewegung durch ihre Parlamentarisierung eine bisher weitgehend verhinderte Fraktionierung und Abspaltung von "besonnenen Kräften, die das Gespräch mit den Parteien suchen". Ihnen hat sich Herr Dregger schon wenige Tage nach den Wahlen als Gesprächspartner angeboten.

Gegenwärtig läßt sich noch nicht absehen, wieweit die nach der kaum angelaufenen Wahlbeteiligungsdiskussion eilig zustandegekommenen Listenverbindungen und Parteigründungen nicht schon die Handlungsfähigkeit der Ökologiebewegung nachhaltig beeinträchtigt haben bzw. noch werden. Sie sind schnell zu einem Tummelplatz vor allem der bürgerlichen Teile der Bewegung und verschiedener Umweltschutzverbände geworden, assistiert von K-Gruppen, die ins neue grüne und bunte Gewand geschlüpft sind. Die Programme sehen entsprechend aus: meist ein Sammelsurium ohne ernsthafte Analysen oder politische Umsetzungsstrategien. Selbst die "Bunte-Liste/Wehrt Euch", als pluralistisches Forum verschiedener Bürgerinitiativen unter Beteiligung des KB angetreten, hat sich um des parlamentarischen Erfolgs willen, so scheint es, den Riten der Wahlkämpfe angepaßt: "Holger Strohm und seine Mannschaft muß ins Rathaus". Initiativen für Solidaritätsaktionen anläßlich der Grohnde-Prozesse wurden der Wahlzeit geopfert (vgl. hierzu den Bericht einer Hamburger Bürgerinitiative im "id" Nr. 233).

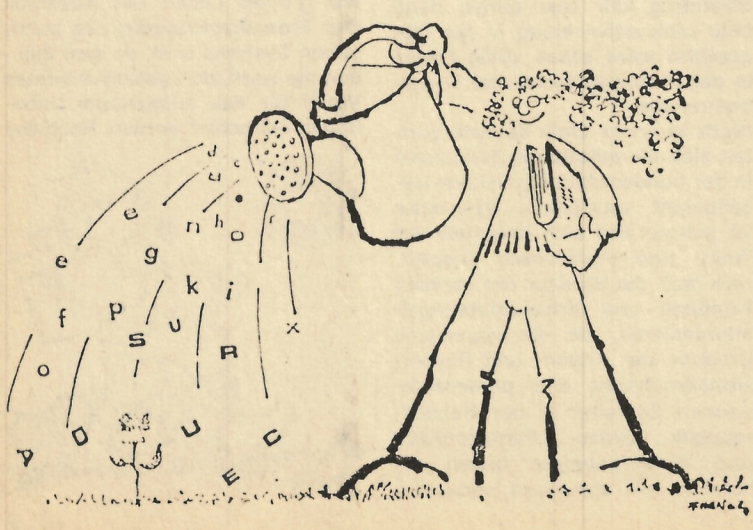
Schon diese ersten Erfahrungen lassen Zweifel an einer "Doppelstrategie" aufkommen, die eine problemlose Koppelung oder ein Nebeneinander von parlamentarischen Bemühungen und Basisarbeit unterstellt und die Prägekraft bürgerlicher Institutionen unterschätzt. Wenige Tage nach den Landtagswahlen konnte ein Sprecher der Elektrokonzerne befriedigt feststellen, daß in der Gegnerschaft gegen Atomkraftwerke eine "Beruhigung" eingetreten sei und die in Angriff genommenen Kernkraftprojekte zügig realisiert werden könnten.

Mit den Parlamentarisierungsversuchen treten auch die politischen Ambivalenzen der Ökologiebewegung deutlicher zutage, die Zweifel an der politischen Sprengkraft einer borniert verstandenen Ökologiefrage nähren. Zum einen werden die Kräfte stärker, die durch eine kooperative Strategie mit Staat und Kapital durch kleine Schritte eine "profitable Lösung" der Umweltprobleme fördern. Sie arbeiten im Grunde als Lobby eines ökoindustriellen Komplexes, der dem westdeutschen Kapital neue staatlich subventionierte Anlagesphären eröffnet. Dieser "realistischen Wende" entspricht auf der anderen Seite die Tendenz zu einer neuen Innerlichkeit, in der die Ökologiefrage, ihres antikapitalistischen Kerns beraubt, zu einer Frage des Lebensstils reduziert wird.

Statt die vorhandenen Kräfte auf Wahlwerbung und Programmschusterei zu vergeuden, gilt es gerade für die linken und basisorientierten Kräfte in der Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung, die basisdemokratischen Binnenstrukturen zu erhalten und an die bisher doch recht erfolgreichen Lern-, Kooperations- und Aktionsformen anzuknüpfen.

Gerade wenn man bedenkt, daß in einer den Parteien und der Regierung vorgehaltenen Mängelliste Arbeitslosigkeit und Angst um die Renten weit vor der Umweltgefährdung rangieren (s. die schon erwähnte Spiegel-Umfrage), gilt es, eine politische Bornierung auf Umweltfragen zu verhindern. Politische Perspektiven für eine Weiterentwicklung der Ökologiebewegung eröffnen solche Versuche wie die "Aktionskreise Leben". Sie zu unterstützen, bietet eher die Chance auf ein hoffnungsvolles Grün als der Marsch auf die Parlamente.

ROLAND ROTH



Betriebs- und Aufsichtsratswahlen 1978

Streiks und Aussperrungen in der Druck- und Metallindustrie standen im Mittelpunkt der Klassenauseinandersetzungen im ersten Halbjahr 1978. Dahinter zurück traten in der Aufmerksamkeit der außerbetrieblichen Öffentlichkeit zwei Ereignisse, die – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – für die innerbetriebliche Situation in dieser Zeit von Bedeutung waren: die Betriebsratswahlen 1978 und die ersten nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 erfolgenden Wahlen der "Arbeitnehmervertreter" in die Aufsichtsräte der Unternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten. Die beiden ungefähr zur gleichen Zeit stattfindenden Wahllen zeigten, daß es für die DGB-Gewerkschaftsorganisationen zunehmend notwendiger ist, auf die ökonomische Krise und die soziale und politische Offensive des Kapitals anders als in der Vergangenheit zu reagieren, wenn sie ihren Einfluß auf die Mitgliederbasis erhalten wollen. Denn die während der Streiks vielerorts sichtbar gewordene Unzufriedenheit mit den traditionellen Formen gewerkschaftlicher Interessenvertretungs-

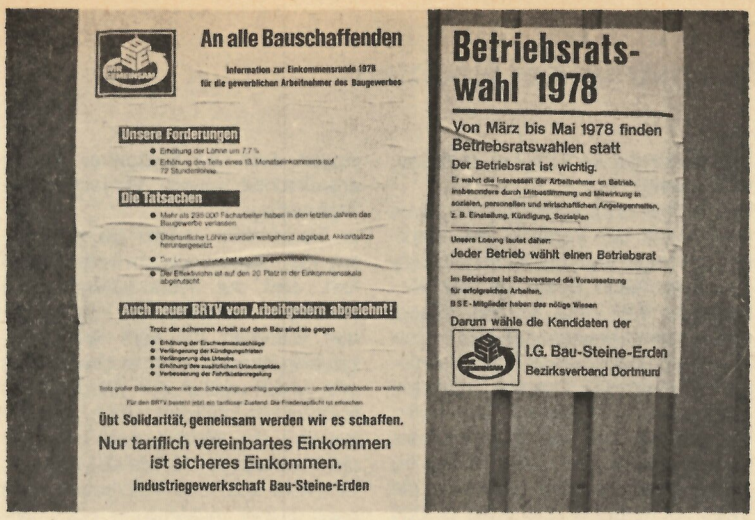


Bild: vk-Kollektiv

politik (vgl. "links", Nr. 97, 99, 100) läßt sich nicht weniger deutlich in den Ergebnissen dieser Wahlen wiederfinden.

Auffälligstes Resultat der Wahlen zum Aufsichtsrat war das vielfach zu beobachtende relativ schlechte Abschneiden der Kandidaten von DGB-Gewerkschaften. Dies war zum einen auf den weithin faktisch praktizierten Wahlboykott vieler unzufriedener Kollegen zurückzuführen, die entweder gar nicht erst zur Wahl gingen oder aber ungültige Stimmzettel abgaben, da sie niemanden in ein ihrer Kontrolle völlig enthobenes Entscheidungsorgan des Unternehmens entsenden wollten, der dort – mit materiellen Privilegien ausgestattet – Politik über ihre Köpfe hinweg betreiben würde. Hinzu kam, daß viele Kandidaten hauptamtliche gewerkschaftliche Spitzenfunktionäre von außerhalb des Betriebs waren, gegen die sich die Ressentiments der Kollegen traditionell in besonderem Maße zu richten pflegen. Andererseits traten bei diesen Wahlen für ein unternehmerisches Entscheidungsorgan erwartungsgemäß in besonderem Maße nicht in DGB-Gewerkschaften organisierte Kandidaten in Erscheinung, die für die DAG, christliche Gruppen, berufsständische Spalterverbände oder aber als "Unabhängige" direkt mit Unterstützung der Unternehmer kandidierten. Sie profitierten von der niedrigen Wahlbeteiligung zu Lasten der Kandidaten von DGB-Gewerkschaften – insbesondere untere Angestellten. Weitaus wichtiger für den betrieblichen Alltag waren jedoch die Betriebsratswahlen. Die fast überall höhere Wahlbeteiligung zeigt, daß diese Wahlen von den Belegschaften wichtiger genommen wurden als die Wahlen zum Aufsichtsrat. Eine Gesamteinschätzung ist jedoch schwer zu geben. Es gibt – im Gegensatz zu allgemeinen politischen Wahlen – kein vorliegendes Gesamtergebnis. Zudem verlaufen die Wahlen von Betrieb zu Betrieb sehr unterschiedlich, sind in ihrem Verlauf und in ihrem Ausgang stark von spezifischen betrieblichen Bedingungen abhängig. So ist es sehr schwer, die in diesen Wahlen in zum Teil sehr widersprüchlichen Ergebnissen sichtbar gewordenen Tendenzen qualitativ und quantitativ einzuschätzen. Es könnte der Eindruck entstehen, daß wir die Erfolge der "Linken" bei diesen Betriebsratswahlen überschätzen; es geht in diesem Kommentar jedoch vorrangig um Betriebe, in denen "Linke" kandidiert haben und gewählt wurden.

Die im folgenden verwendeten Begriffe "rechts" und "links" bezeichnen in der betrieblichen Situation in der Regel weniger eine ausformulierte programmatische politische Position, sondern sind eher synonym für sozialpartnerschaftliche bzw. belegschaftsorientierte aktive innerbetriebliche Interessenpolitik.

Zweifellos hat sich in den meisten Betrieben im Verlauf dieser Wahlen nur wenig an Veränderungen gezeigt, sind die traditionellen Betriebsratsstrukturen erhalten geblieben. Doch ungleich stärker als in der Vergangenheit waren im Verlauf dieser Wahlen in vielen Betrieben Tendenzen zur Erosion der traditionellen Mehrheitsverhältnisse in den Betriebsräten sichtbar. Teilweise profitierten extrem sozialpartnerschaftliche, nicht in DGB-Gewerkschaften organisierte Kandidaten von den Verlusten der alteingesessenen, sozialdemokratischen, in DGB-Gewerkschaften organisierten Betriebsräte. Da aber auch die innerbetriebliche Linke – im Gegensatz zu den Aufsichtsratswahlen – an diesen Wahlen teilnahm und vielfach Kandidaten aufstellte, wurden hier deutlicher als bei den Aufsichtsratswahlen Tendenzen zu einer seit den fünfziger Jahren nicht gekannten politischen Polarisierung auf betrieblicher Ebene sichtbar, die zu Lasten der zumeist seit Jahren unangefochten dominierenden sozialdemokratisch - sozialpartnerschaftlichen Betriebsratsfürsten und ih-

Betriebsratswahlen im Hafen

Bei der Hamburger Hafen und Lagerhaus AG (HHLA) wurden 8 in der ÖTV organisierte Kandidaten der Kollegengruppe "Alternative" in den Betriebsrat gewählt. Die "offizielle" ÖTV-Liste erhielt 18 Sitze, ein aus der ÖTV ausgeschlossener Vertreter der ROG 1 Sitz. Waren bei den Wahlen 1975 in Persönlichkeitswahl 4 "Alternative"-Kollegen gewählt worden, so hat sich diese Zahl jetzt verdoppelt, obwohl es während des Wahlkampfes nicht an Behinderungen von offizieller Gewerkschaftsseite gefehlt hat. So hieß es beispielsweise, daß die gewerkschaftliche Kampfkraft entscheidend geschwächt und eine konsequente Betriebsratsarbeit nicht mehr möglich sein würde, wenn die "Spalterliste" gewählt würde. Die Kollegen sahen das jedoch anders: aus ihren täglichen Erfahrungen mit den Kollegen der "Alternative"-Liste heraus wie auch unter dem Eindruck des konsequenten Verhaltens der "Alternative" während des Hafenarbeiterstreiks im Winter 1978.

Warum eine eigene Liste? Diese war nötig, weil sich bei den ÖTV-Funktionären eine Persönlichkeitswahl nicht durchsetzen ließ, da diese nicht mit den aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Kollegen auf einer Liste kandidieren wollten. In einem benachbarten Hafenbetrieb war dies allerdings geschehen: Ausgeschlossene, Unorganisierte und ÖTV-Mitglieder hatten auf einer gemeinsamen Liste kandidiert. Der wahre Grund für die Weigerung der ÖTV-Funktionäre, auch bei der HHLA eine gemeinsame Liste zuzulassen, war der, daß die alten Betriebsräte befürchteten, bei einer Persönlichkeitswahl nicht wiedergewählt zu werden. So stellten sie eine eigene Liste auf und setzten sich selbst an die Spitze. Da die "Alternative"-Kollegen nicht – an aussichtsloser Stelle plaziert – auf dieser Liste kandidieren wollten, blieb ihnen nur noch die eigene Liste, wenn sie sich den Kollegen wirklich zur Wahl stellen wollten. Ihre Arbeitskollegen sahen dieses Verhalten keineswegs als "spalterisch" an, wie das Wahlergebnis zeigte. Die auf die Wahl folgende Vertrauensleuteversammlung stand ganz im Zeichen des Stimmenzuwachses der "Alternative"-Kollegen. Verkniffen bemerkten die ÖTV-Funktionäre, daß der Bundesgerichtshof in einem Urteil vom Februar 1978 einer derartigen Entwicklung den Weg geebnet habe, indem er den Gewerkschaftsausschluß wegen des Kandidierens auf "konkurrierenden" Listen verbot. Das Urteil war zwar zu Gunsten Rechter gefällt worden, doch hier half es auch Linken. Der zuständige Gewerkschaftssekretär stellte bedauernd fest, daß man wegen der Kandidatur auf der "Alternative"-Liste keinen Ausschlußantrag stellen könne, obwohl seiner Meinung nach ein derartiges Verhalten "gewerkschaftsschädigend" war. Im Klartext heißt das wohl, daß die ÖTV nach anderen Gründen suchen muß, um die mißliebigen Kollegen von der "Alternative" loszuwerden. Ob sie diese findet, hängt davon ab, wie konsequent und kollegennah die "Alternative"-Kollegen ihre weitere betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit betreiben.

KOLLEGEN AUS DEM HAMBURGER HAFEN

olle und wolter

Gerade erschienen:
Nr. 17

kritik
Zeitschrift für sozialistische Diskussion Nr. 17

Grüne Listen

Jochen Steffen
Plädoyer für eine alternative Politik

Heinz Brandt
Die Grünen und die SPD

Mez/Wolter
Kommentar zu den Wahlen in Hamburg u. Niedersachsen

Volkhard Brandes / Lothar Fietzek
Neue Tendenzen in den Tarifrunden und Betriebsratswahlen 1978

Frankreich nach den Wahlen

Arno Münster
Die Krise der französischen Linken

Louis Althusser
Was in der Kommunistischen Partei so nicht weitergeht

Jean Elleinstein
KPF in der Krise

Roger Garaudy
Für eine Zukunft mit menschlichem Antlitz

Andre Gunder Frank / Ernest Mandel
Kontroverse über den Eurokommunismus

Hermann Weber
Entwicklungsbedingungen der DDR

7.– DM, im Abo 6.– DM

Lateinamerika
Analysen und Berichte 2
Internationale Verflechtung und soziale Kämpfe
Herausgegeben von Bennholdt-Thomsen, Evers, Meschkat, Olle, Müller-Plantenberg, Schoeller
Aus dem Inhalt:
– Neue Etappe der Klassenkämpfe in Lateinamerika
– Rolle des Nationalstaates in der Dritten Welt
– Bundesrepublik und Neue Weltwirtschaftsordnung
Mit 12 Länderberichten
u.a. über Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Uruguay
380 Seiten, DM 24,80

Verlag Olle & Wolter
Postfach 4310, 1000 Berlin 30
Katalog anfordern!

Betriebsratswahlen bei Daimler-Benz Stuttgart
Erfolge der Linken und Wahlbetrug der Rechten

Die oppositionelle Liste der Betriebsräte Hoss, Mühleisen u.a. ging gestärkt aus den Betriebsratswahlen 1978 hervor. 1972 war sie erstmals als eigenständige Liste neben der offiziellen IG Metall-Liste aufgetreten. Daraufhin folgte trotz massiver öffentlicher Proteste der Gewerkschaftsausschluß der oppositionellen Kandidaten. 1975 ging ihr Stimmanteil von 28% (8 Sitze) im Jahre 1972 auf 18,7% (5 Sitze) zurück, um in diesem Jahr wieder auf 27% (8 Sitze) zu steigen (Zahlen jeweils für den Arbeiterbereich). Die IG Metall verlor demgegenüber 4 Sitze, während der Christliche Metallarbeiterverband einen Sitz hinzugewann. Unter Angestellten konnten rechte Kandidaten als Folge der dort vorherrschenden Desorientierung und Verunsicherung deutliche Erfolge erzielen.

Die Stimmengewinne der Kandidaten der linken Liste dürften vor allem auf ihre beständigen Versuche zurückzuführen sein, eng mit den Kollegen zusammenzuarbeiten. Die Betriebsräte der oppositionellen Liste informierten die Belegschaft kontinuierlich über die sozialpartnerschaftliche Politik der Betriebsratsmehrheit, deren Verhalten immer deutlicher dazu beiträgt, daß die Firma ihre Interessen ungehindert in Form von allgemeiner Leistungssteigerung, Erhöhung der Stückzahlen, Einführung von MTM und EDV-Überwachung usw. durchsetzen kann. Die Unzufriedenheit vieler Kollegen mit dieser Form sozialpartnerschaftlicher Politik widerspiegelte sich auch in dem Wahlergebnis. Von Bedeutung für den Stimmengewinn der oppositionellen Gruppe dürfte auch der weithin anzutreffende Unmut über das enttäuschende Ergebnis des mehrwöchigen Metallerstreiks im Frühjahr 1978 gewesen sein.

Unmittelbar nach Auszählen der Stimmen wurde der Verdacht des Wahlbetrugs zugunsten der IG Metall-Liste geäußert. Nach Aussagen des Betriebsrats Willi Hoss wurden "Stapel von zusammenhängenden, alle in gleicher Richtung liegende Briefumschläge mit gleichmäßig sauber gefalteten Stimmzetteln bemerkt". Auf allen Stimmzetteln war die IG Metall-Liste angekreuzt worden. Das Stuttgarter Arbeitsgericht erklärte daraufhin die Wahl für ungültig. Die rund 30.000 Arbeiter und Angestellten des Stuttgarter Daimler-Benz Werkes in Untertürkheim müssen die Betriebsratswahlen wiederholen. Der Versuch von IG Metall-Betriebsräten, die Wahlen zu ihren Gunsten zu manipulieren, droht zum Bumerang zu werden. Inzwischen ermittelt von Amts wegen auch die Stuttgarter Staatsanwaltschaft wegen Verdachts des Wahlbetrugs.

In Flugblättern stellten die Kandidaten der oppositionellen Liste empört fest, daß der Wahlvorstand einen sofortigen Vergleich der abgegebenen Stimmen mit dem Wählerverzeichnis abgelehnt hatte, obwohl dies alle Listen außer der offiziellen IG Metall-Liste gefordert hatten. So setzten sich der Wahlvorstand wie auch die Vertreter der IG Metall-Liste dem Verdacht aus, den Wahlbetrug auch nach seiner Aufdeckung noch vertuschen zu wollen, um die etablierten Betriebsräte weiterhin in ihren privilegierten Positionen zu halten und die Politik sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Firma fortsetzen zu können. **H.E. BRAND**

★

res Anhangs gingen.

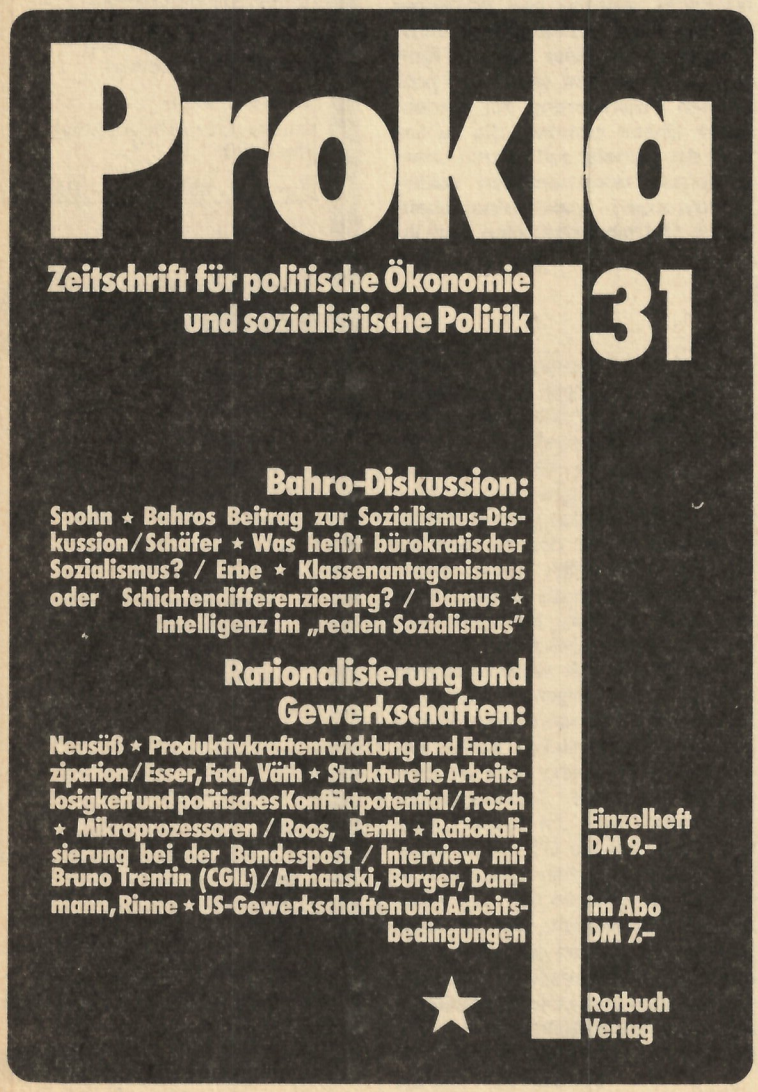
Unter den materiell und qualifikationsmäßig privilegierten Angestellten waren – stärker noch als bereits bei früheren Wahlen – Tendenzen zu beobachten, nicht in DGB-Gewerkschaften organisierte Kandidaten zu wählen. DAG, christliche Listen und direkt vom Unternehmer gestützte "unabhängige" Kandidaten konnten zum Teil deutliche Stimmengewinne erzielen.

Dies war zum großen Teil Ausdruck der mit der wachsenden Angst um den Arbeitsplatz wieder verstärkt aufbrechenden anti-gewerkschaftlichen Ressentiments und der unter vielen Angestellten trotz aller Krisenerfahrungen aufrechterhaltenen Hoffnungen, sich entweder durch individuelle Anpassung oder aber durch Unterstützung ständischer Verbände abzusichern, die – wie sie glauben – bei den Unternehmern besser als die Gewerkschaften angesehen sind und ihrer Ansicht nach deshalb auch leichter Zugeständnisse seitens der Unternehmer aushandeln können.

War unter Angestellten bei den Betriebsratswahlen – von Ausnahmen abgesehen – insgesamt eher eine Tendenz zur Wahl extrem sozialpartnerschaftlich-ständischer Kandidaten zu Lasten der alten sozialdemokratischen Betriebsratsmehrheit festzustellen, so wählten Arbeiter eher Vertreter einer konsequenten Interessenpolitik. Zwar konnten auch hier Gruppen, die der CDU oder noch weiter rechts anzusiedelnden Positionen nahestehen, Erfolge erzielen. Doch blieben ihre Erfolge in den Betrieben, in denen linke Gewerkschaftsgruppen oder Gruppen ausgeschlossener Kollegen eine konsequente Betriebsarbeit aufzubauen versucht hatten, zumeist gering.

Allgemein war bei diesen Wahlen eine deutliche Unzufriedenheit großer Belegschaftsteile mit den alteingesessenen Betriebsräten zu beobachten, da deren in den Zeiten der Hochkonjunktur relativ erfolgreiche sozialpartnerschaftliche Praktiken heute immer weniger greifen, wo die Unternehmer keinen Anlaß mehr sehen, bereitwillig Zugeständnisse zu machen, um die Arbeitskräfte an den Betrieb zu binden. Vielfach war es sicher eine aus Verbitterung und Enttäuschung zu erklärende Protesthaltung, die die Kollegen oppositionelle Kandidaten wählen ließ, ohne daß sie sich notwendigerweise mit den Vorstellungen der von ihnen Gewählten identifizierten; sie wollten es den etablierten Betriebsräten "einmal zeigen", ohne sich damit von ihnen bereits unbedingt endgültig abzuwenden. Aus dieser Protesthaltung heraus dürften dort – wo sich keine linken oppositionellen Gruppen zur Wahl stellten – die Wahlerfolge rechter Kandidaten teilweise zu erklären sein. Aus einer derartigen Protesthaltung – nicht aber aus einer bewußten Identifikation mit ihrem Programm – dürften auch die spektakulären Wahlerfolge verschiedener der KPD-ML nahestehender RGO-Kandidaten zu erklären sein, obwohl sie mit ihren massiven Angriffen auf den "Gewerkschaftsfilz" die unter den Kollegen weithin anzutreffende Kritik an den etablierten Gewerkschaftsstrukturen politisch aufgriffen. So erhielt die RGO bei Schmalbach Lubeca Heilbronn 62% der Stimmen, konnte aber – da sie nicht genügend Kandidaten hatte nominieren können – nur einen Sitz besetzen; bei Hoesch Dortmund erhielt sie 34% der Stimmen, konnte aber nur 2 Sitze einnehmen (inzwischen ist dort der Betriebsrat zurückgetreten); bei Mannesmann Kammerich Bielefeld kam sie auf 35% der Stimmen, konnte aber nur einen Sitz einnehmen; bei Casella Frankfurt kam sie auf 27% usw.

Hinter derartigen Protesthaltungen verbergen sich aber auch reale Erwartungen der Kollegen hinsichtlich einer effektiveren Durchsetzung ihrer Interessen mit Hilfe eines Betriebsrates, der zur Suche nach neuen Wegen bereit ist. Wie schwer diese Erwartungshaltungen in der Realität des betrieblichen Alltags zu erfüllen sind, erfuhren bereits jene gewerkschaftsorientierten oppositionellen Gruppen, die bei früheren Betriebsratswahlen gewählt worden waren und in den vergangenen Jahren ihre Vorstellungen konkret durchzusetzen versuchen mußten: sie wurden bei dieser Wahl weniger durch die oben beschriebene Protesthaltung der Kollegen begünstigt, sondern eher an der von ihnen in den vergangenen Jahren tatsächlich geleisteten Betriebsratsarbeit gemessen. Sie hatten erfahren müssen, wie schwer es ist, Ansätze einer alternativen Betriebsarbeit konkret zu formulieren und durchzusetzen. Dementsprechend schwer war auch ihre Situation in diesen Wahlen, wurde doch ihre Arbeit einerseits – im Gegensatz zu der Arbeit sozialpartnerschaftlicher Betriebs-



räte – von Unternehmerseite wie von konservativen Gewerkschaftern massiv behindert und mußten sie sich andererseits an ihren eigenen weiterreichenden Zielen und Ansprüchen messen lassen. In einigen Fällen mußten sie Verluste hinnehmen (z.B. die aus der IG Metall ausgeschlossene GOG Opel Bochum, die "Liste für die Belegschaftsforderungen" bei Siemens Gladbeck). Dort, wo sie während der Arbeitskämpfe der letzten Monate Gelegenheit hatten, vorwärtstreibend einzugreifen, konnten sie jedoch Erfolge erzielen ("plakat"-Gruppe bei Daimler-Benz in Stuttgart, "Alternative"-Gruppe im Hamburger Hafen).

Zudem mußten sich die oppositionellen Gruppen gegenüber einer flexibleren gewerkschaftlichen Betriebsratswahlstrategie behaupten. Waren in der Vergangenheit gewerkschaftlich organisierte Kandidaten, die wegen manipulativer Kandidatenaufstellungsverfahren zur Kandidatur auf oppositionellen Listen gezwungen waren, in der Regel aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden, während die Gewerkschaftsapparate am Prinzip der gewerkschaftlichen Einheitslisten festhielten, stellten sie bei diesen Wahlen in weitaus stärkerem Maße selbst verschiedene Gewerkschaftslisten auf oder duldeten diese, um so das auf Gewerkschaftslisten kandidierende politische Spektrum zu erweitern und ein "Überlaufen" von Kollegen zu gewerkschaftsunabhängigen rechten oder linken Listen möglichst in Grenzen zu halten. Teilweise hofften sie auch, die Linken besser ausschalten zu können, wenn sie ihnen eine eigene Liste aufzwangen – bei Siemens-Hofmannstraße in München endete dieser Versuch allerdings mit einem Erfolg der Linken. Gleichzeitig manifestierten sich in der Existenz konkurrierender gewerkschaftlicher Listen die sich an der Gewerkschaftsbasis und in den betrieblichen Funktionärskörpern verstärkenden politischen Polarisierungstendenzen. Teilweise weiteten die Gewerkschaften auch das politische Spektrum auf ihrer offiziellen Liste aus, um damit oppositionelle Listen zu verhindern oder zu schwächen. Von einer derartigen Taktik war z.B. die GOG Opel Bochum betroffen. Allerdings verlor dort nicht nur die GOG, sondern auch die IG Metall Stimmen – letztere vor allem im Angestelltenbereich.

Die Tarifrunde 1978 wie die Betriebsratswahlen dieses Jahres haben gezeigt, daß die traditionelle gewerkschaftliche Stellvertreterpolitik angesichts der geringeren Konzessionsbereitschaft des Kapitals und der gegen die Arbeiterklasse gerichteten Offensive der Unternehmer deutlicher in eine Sackgasse gerät. Die traditionell die betrieblichen Vertretungsorgane der Belegschaften dominierende sozialdemokratisch-sozialpartnerschaftliche "Mitte" vermag heute die Kollegen weniger als in der Vergangenheit an sich zu binden. In wachsendem Ausmaß werden politische Polarisierungstendenzen auf betrieblicher Ebene sichtbar. Diese zeigen sich innerhalb der betrieblichen Gewerkschaftsorganisation wie an deren Rand und außerhalb in Form des verstärkten Auftretens alternativer linker Listen, "unabhängiger" sozialpartnerschaftlicher Kandidaten und der verstärkten Mobilisierung der DAG und christlicher Gewerkschafter. Dabei ist – um in traditionellen Kategorien zu sprechen – eine Stärkung linker, aber auch – dies gilt insbesondere für Angestellte – konservativer rechter Tendenzen zu beobachten.

Der DGB-Kongreß im Mai 1978 zeigte zwar, daß unter gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären die Einsicht zu wachsen beginnt, daß bei einem starren Festhalten an dem bisherigen Weg eine Erosion des politischen Einflusses der DGB-Gewerkschaften in den Betrieben – trotz derzeit noch steigender Mitgliederzahlen – bevorstehen dürfte. Praktische Konsequenzen wurden allerdings nicht beschlossen. Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen sind jedoch – wie die während der Streiks der letzten Monate unter den Kollegen sichtbar gewordenen Reaktionen – ein deutlicher Hinweis für die DGB-Gewerkschaftsapparate, nicht mehr so weiterzumachen wie bisher. Angesichts der Immobilität und Begrenztheit der offiziellen Gewerkschaftspolitik dürfte allerdings die Integrationskraft der sozialdemokratischen "Mitte" im Betrieb – analog zur allgemeinen politischen Entwicklung in der BRD – weiter abnehmen, während sich die politischen Polarisierungstendenzen unter den herrschenden Krisenbedingungen verstärken: Hoffnung einerseits im Hinblick auf eine Stärkung der Linken, aber auch die Gefahr eines bedrohlichen Anwachsens reaktionärer politischer Strömungen unter Arbeitern und Angestellten.

Die in vielen Betrieben gestärkte Linke könnte heute – unter besseren Bedingungen als in den letzten Jahren – versuchen, erste Schritte zur Aufhebung ihrer Vereinzelung zu entwickeln und Formen überbetrieblicher Zusammenarbeit aufzubauen. Bislang dominieren jedoch – wie die Betriebsratswahlen einmal mehr zeigten – weiterhin die Fragmentarisierungstendenzen, bleibt die Linke in ihren Aktivitäten auf den einzelnen Betrieb beschränkt – auch dies eine Warnung, die Ergebnisse der Wahlen zu überschätzen. V. BRANDES

Gekündigter zum Betriebsrat gewählt

Zu welchen Handlungen rechte Betriebsräte fähig sind, um ihre Posten gegenüber ihren linken Gegnern zu behaupten, zeigte sich im Verlauf der Betriebsratswahlen 1978 in dem zum Neußer Pierburg-Konzern gehörenden Solex-Werk in West-Berlin. Dort war – mit Zustimmung des rechten Betriebsrates – zwei Kollegen gekündigt worden, die für den Betriebsrat kandidieren wollten und die zuvor den alten Betriebsrat auf Betriebsversammlungen hart kritisiert hatten. Doch das Arbeitsgericht lehnte die von Firmenleitung und Betriebsrat einverständlich ausgesprochenen Kündigungen ab und verfügte die Wiedereinstellung der Entlassenen. Bis heute dürfen sie jedoch den Betrieb nicht wieder betreten. Herr Pierburg zog es vor, den Solex-Fernschreiber wegen Mißachtung der Gerichtsurteile pfänden zu lassen und dafür die ungeliebten "Mitarbeiter" draußen zu lassen. Doch die Belegschaft verpaßte ihm und den rechten Betriebsräten eine Ohrfeige und wählte einen der Entlassenen in den Betriebsrat. ★

Staatsbeauftragter für das Bibliothekswesen

"Staatsschutz" – Schnüffler an allen Fronten

Das Lesen von politischen Büchern und Zeitschriften, die nicht die offizielle Politik dieser Republik positiv betrachten, wird zu einem Risikofaktor; zumindest für diejenigen, die sich um ein öffentliches Amt bewerben.

Verschiedene Artikel in der Frankfurter Rundschau und im Spiegel haben zur Genüge darauf hingewiesen. Funktionieren Zensur und Selbstzensur in öffentlichen Bibliotheken nicht – Entfernen von Büchern aus dem Bestand oder deren Verlegung aus den öffentlich zugänglichen Regalen; Umstellen von Kinderbüchern in die Erwachsenenabteilung; Einschwärzung von angeblich inkriminierbaren Textstellen oder Passagen; Entfernung von Ausstellungsregalen mit Neuerscheinungen; allgemeine Bestandskontrolle, um nur einige Merkmale der in den letzten zwei Jahren bekannt gewordenen Fälle zu benennen – funktioniert also diese Form der Einschränkung der Informationsfreiheit nicht, tritt ein allseits bekanntes Staatsschutzorgan auf, um "Einblick in die Ausleihvorgänge" (FR, 29.3.78) zu nehmen. Das geschieht sowohl auf dem Weg der sogenannten Amtshilfe als auch durch illegale Beschaffung bibliothekseigenen Datenmaterials.

Zum anderen besteht eine wie auch immer zu bezeichnende Liste über kritische Zeitschriften, die dem Bundesgrenzschutz als Orientierungshilfe zur Feststellung potentiell verfassungsfeindlicher Grenzgänger oder sonstiger Reisender dient. Leserreaktionen auf entsprechende Artikel können dies nur bestätigen; ebenso die Reaktion einiger weniger eher aufgewachter denn aufgeweckter SPD-Bundestagsabgeordneter.

Betrachtet man sich dieses Netz, das die individuellen, durch das Grundgesetz garantierten Freiheiten einschränkt, weiß man kaum noch zu reagieren. Noch schlimmer, viele nehmen es schon hin. Der alltägliche Verfassungsbruch der Exekutive beginnt allmählich, unsere Köpfe zu vernebeln. Auch wird er schon gar nicht mehr "legitimiert" (wie noch vor einem Jahr im Fall Traube); vielmehr gehen die Staatsschutzapparate von ihm als selbstverständlichem aus. Um so höher zu bewerten ist es, wenn im Inneren dieses Systems von Überwachung und Kontrolle sich ständig Widerstand bemerkbar macht. Die "Informanten" mit liberalem und rechtsstaatlichem Bewußtsein können nicht genug gewürdigt werden, setzten sie doch ihre politisch-moralischen Bedenken über den Tellerrand der materiellen Reproduktion: Mitarbeiter bundesdeutscher Bibliotheken dokumentieren die staatsschützerischen Aktivitäten an ihrem Arbeitsplatz, Beamte des Bundesgrenzschutzes wagen den risikoreichen Vorstoß in die veröffentlichte Meinung, aus Protest gegen verfassungswidrige Dienstanweisungen des Verfassungsministeriums.

Ebenso sehr jedoch wie der zivile Ungehorsam jener Beamten hoffen läßt, zeigt er in seiner objektiven Wirkung genau die Schadstelle der Überwachungsapparate an, die wir nicht aus dem Auge verlieren dürfen: die Resistenz der in ihnen Beschäftigten, die sich mitunter aus ganz unterschiedlichen Motiven herstellt.

Aber lassen sich nicht solche Schadstellen im ansonsten gut funktionierenden System ausmerzen? Ist nicht die Überwachungsmethodik gegen "linksextremistische" und "linksextremistisch-beeinflußte" Organisationen, Zeitschriften und Personen in der "Bundesrepublik in ihrer geographischen Lage an der Grenze zu den sozialistischen Staaten" (Maihofer) zu verfeinern, zu perfektionieren? Immerhin hat es seit der Kalten-Krieg-Ära der fünfziger Jahre eine technologische Revolution gegeben. Datenmaschinen sind zu Datengehirnen gewachsen. George

Neues (& altes) vom Rechtsstaat & von mir
Alle Epigramme von Arnfrid Astel

Neues (& altes) vom Rechtsstaat & von mir

MEIN MERKHEFT-GEDICHT Nr. 33

Der Verleger Lutz Reinecke
will sich "Zensur nicht nachsagen lassen".
Da ich ihm rechtzeitig
Zensur nachgesagt habe,
ist jetzt mein Buch
unzensiert bei ihm versteckt worden.

Astel, 66 Saarbrücken
St. Ingberter Str. 52
Tel. 0681/63435/602412

(Zensieren, d.h. als ganzes ausschließen, wollte er das 3. Kapitel: "Mit allen Knüppeln des Rechtsstaats"; genau das, was ich zu "Deutschland im Herbst" zu sagen hatte. Vergl. Merkheft 33, "Für einen guten Zweck", kleingedruckt auf dem Rükken des Wondratschek-Gedichts: 976 S.; DM 9.80 Nr. 15647; 2001 Versand, Fach 710249, 6 Ffm 71)

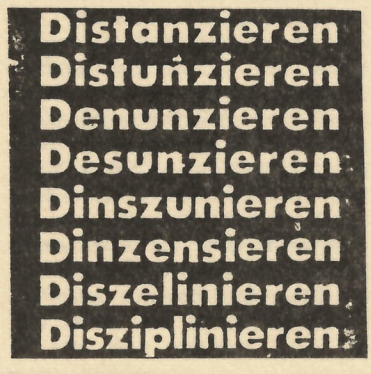
Alle Epigramme von Arnfrid Astel

Orwells Politikfiktion "1984" ist angesichts der heutigen Möglichkeiten Dilettantismus.
Eins ist der sozial-liberalen Bundesregierung nicht anzukreiden: daß sie sich nicht um den Erhalt von Arbeitsplätzen kümmert. Während die Privatwirtschaft allenthalben Arbeitsplätze durch computergesteuerte Automaten wegrationalisiert, können und mögen die verschiedenen Staatsschutzorgane noch immer nicht auf die zwischenmenschliche Kommunikation verzichten. Konservativ, wie man dort nun einmal ist, wird der Mensch in den Mittelpunkt gestellt: die Menschen als Subjekt der Erforschung menschlicher Gesinnung.
Aber liegt nicht hier genau die Quelle der angedeuteten Schadstelle? Nur eine kalte Maschine, ein Computer kann den Verfassungsschutz und seine Auftraggeber vor ungeschützten Angriffen schützen. Dieser Computer schweigt vor Unberufenen, hat weder ein politisches noch rechtsstaatliches Bewußtsein; er interpretiert die Verfassung nach Wunsch. Nur er ist in der Lage, neutral verfassungsfeindliche von -konformer Literatur zu unterscheiden. Nur er kann, auf eine fern jeder Politik liegende Weise, "Bücherscheine" ausstellen; analog zum "Waffenschein" sollte ein Bücherschein ausgestellt werden, eine Art Erklärung zur Befähigung des richtigen Lesens kritischer Literatur. Somit wären auch die letzten fraglichen Kriterien ausgeschaltet. Kein Grenz- oder Verfassungsschützer, kein Bibliothekar, Kultusbeamter o.ä. wäre mehr in der Lage, sich hinter angeblichen Verfassungstexten, persönlichen, moralischen oder gar politischen Bedenken zu verschanzen. Die zur Wahrung der Freiheit konstruierte, die individuelle Freiheit aber abschaffende Maschine wäre beim Stand der heutigen technologischen Entwicklung denkbar. Der Phantasie bleibt freien Raum.
Aber ist Zynismus die einzige Form, sich der allseits zugreifenden staatlichen Gewalt zu entziehen, gegen sie zu opponieren? Die optimal programmierte Überwachungsmaschine wird nicht in der Lage sein, das wirklich Unkalkulierbare zu bemessen. Kalkulierbar sind z.B. Terroranschläge. Diese angebliche Form des Widerstandes kann nur nach dem vermeintlich Höchsten einer Gesellschaft greifen, um effizient zu sein. Das aber hat seinen Rahmen, ist faßbar. Kalkulierbar sind Parteien. Ihr abgesteckter Rahmen ist, zuzüglich der ideologischen Komponente, überschaubar. Berufsverbote gegen DKP-Mitglieder meint weniger die konkrete politische Richtung, als mehr eine Verbreitung individueller Angst am Beispiel eines faßbar zu machenden Gegners.
Das nicht Berechenbare bringt 'die Steine zum Tanzen'. Ein Russell-Tribunal, das zu Gericht sitzt über die angeblichen Hüter einer fdGO, bringt eben jene Hüter in Konfusion. Der Legitimationszwang wie die kaum einzuschätzenden Kräfte, die hier unterstützen und zuliefern, erzielen Überreaktionen. Die Planspiele Bonner Bürokraten sind allseits bekannt (s. "links", April 78). Grüne oder Bunte Listen bringen Unruhe in die festgefügte Parteienlandschaft. Weder läßt sich etwas aussagen über die Heterogenität ihrer Wähler noch ihrer Träger. Arbeiterselbsthilfeorganisationen (ASH), alternative Zeitungsprojekte, jede Form der sich staatlichen Einflüssen entziehenden, an den eigenen Bedürfnissen sich orientierenden Selbstorganisierung durchbricht die kalkulierbaren Denkschemata der Überwachungsmaschinerie. Diese Unruhe muß gefördert werden. Schrecken und konkrete, um so verständlichere Angst dürfen uns nicht hindern, weiterhin alternativ zu denken und zu handeln.

HELMUT BURGWINKEL

"Es gibt noch Richter in Berlin!"

Vorbemerkung: Ich verwende den Titel meines Kommentars lediglich als ein – auf den Kammergerichts-Beschluß vom 10. Mai 1978 hinführendes – Zitat und mache mir denselben mitnichten zu eigen. Ich bin mir bewußt, daß das "noch" im Titel vom unbefangenen und unverbildeten, aber auch sorgfältigen Leser dahingehend verstanden werden kann, (a) als sei in der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder ein Rückgang unparteiischer Rechtsprechung zu verzeichnen, oder (b) als sollen durch diesen Titel terroristische Banden zur Ermordung weiterer Berliner Richter aufgefordert werden. Ich bin mir ferner bewußt, daß das "in Berlin" im Titel vom obengenannten Leser dahingehend verstanden werden kann, als sei in Bundesländern außerhalb von Berlin keine unabhängige Rechtspflege mehr zu erwarten. Beide Verständnisse würden mich hinreichend verdächtig erscheinen lassen, die Bundesrepublik Deutschland und ihre Länder beschimpft und böswillig verächtlich gemacht zu haben – Vergehen, strafbar nach § 90a Abs. 1 Nr. 1 StGB. Ich distanziere mich daher in aller Form vom Inhalte des Zitates. U.M.
Fast gleichzeitig werden dieser Tage zwei Informationen bekannt. Das Kammergericht in Berlin hat der Beschwerde der Staatsanwaltschaft stattgegeben und das Hauptverfahren gegen die 14 Berliner Herausgeber des sog. "Buback-Nachrufes" vor der Großen Strafkammer des Landgerichts nun doch eröffnet. Und die Staatsanwaltschaft in Bremen hat gegen die dort ansässigen 16 Mitherausgeber der Dokumentation Anklage gleichfalls bei der Großen Strafkammer des Landgerichts erhoben. Scheinbar gleichlautend, erweisen doch beide Akte der Rechtspflege bei näherem Zusehen eine Unstimmigkeit, die zu denken gibt. Während der zuständige Bremer Staatsanwalt noch treu und brav das ganze Paragraphenwerk auffährt, das bislang zum Mescalero-Komplex zusammengetragen werden konnte – Staatsverunglimpfung, Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener; Billigung von Straftaten wird offenbar nicht mehr erwogen –, ist das Berliner Gericht bereits einen Schritt weiter auf dem Weg zur Wahrheitsfindung: es anerkennt nunmehr, daß sich die Dokumentatoren den Inhalt des nachgedruckten "Buback-Nachrufes" nicht zu eigen gemacht hätten, hält aber nun seinerseits die der Dokumentation vorangestellte "Erklärung" der Herausgeber für hinreichend verdächtig einer Staatsverunglimpfung nach § 90a StGB, um deshalb Anklage – und zwar "wegen der Bedeutung der Sache" vor der Großen Strafkammer – zu erheben:
"In der Erklärung heißt es, es sei 'unter Strafe gestellt worden', den Nachruf zu veröffentlichen; jeder Ansatz sozialistischer Kritik und Praxis solle erstickt werden, während "faschistoide Tendenzen" sich ungehindert breit machen könnten; einzelne Studentenvertreter würden exemplarisch kriminalisiert. Abschließend heißt es dann: "Mit seiner (gemeint ist: des Mescalero-Artikels) Veröffentlichung wollen wir zugleich dazu beitragen, der Kriminalisierung, der Illegalisierung und dem politischen Äußerungsverbot entgegenzutreten, …' (S. 18/19 des Beschlusses)."
Das Gericht – als Oberlandesgericht bisher ranghöchstes, mit dem Mescalero-Komplex befaßtes Gericht – sieht dadurch den hinreichenden Verdacht der Staatsverunglimpfung begründet.
Bei dem "unbefangenen und unverbildeten, aber auch sorgfältigen Leser" – dessen Sachverstand das Kammergericht sich selbst bescheinigt – weckt der Spruch, in seltener Weise verknüpft, Erleichterung und Bestürzung zugleich. Erleichterung darüber, daß das Gericht die schiere Selbstverständlichkeit ausspricht, daß Dokumentieren nicht Identifizieren ist; Bestürzung darüber, daß Einschätzungen, die in den letzten Jahren wie sauer Bier gehandelt wurden, die Bibliotheken, Gazetten, parlamentarische und außerparlamentarische Reden füllten, die so niemanden mehr recht hinter dem Ofen hervorlocken konnten –, daß dergleichen Einschätzungen heute nicht mehr schlicht auf ihren Wahrheitsgehalt, der im Wege öffentlicher Diskussion, sondern auf ihren Strafbarkeitsgehalt zu prüfen sind, der im Wege richterlicher Wahrheitsfindung geschieht. Beide Tendenzen enthüllen, was dem aufmerksamen Beobachter der Ereignisse um den "Buback-Nachruf" nicht entgangen sein kann: die Mescalero-Affäre – wenn sie je eine solche war – ist keine Mescalero-Affäre mehr, sondern eine Staats- und Justizaffäre. Sie han-



Konkrete Poesie

delt nicht von "kranken Gehirnen", vom "Sumpf", von "Sympathisanten", sondern von der äußeren und inneren Verfassung der staatlichen Rechtspflege im Umgang mit gesellschaftlichen Kommunikationsfreiheiten.

Begonnen hatte die Affäre mit dem Schlachtruf, der "Buback-Nachruf" billige den Mord von Karlsruhe, und die Nachdrucker täten ihm darin gleich. Gewiß: jüngst noch hat ein Bonner Amtsrichter etliche Studenten wegen dieser lächerlichen Unterstellung für 1/2 Jahr mit Bewährung ins Gefängnis geschickt. Aber er steht damit mittlerweile allein. Niemand kann mehr seriös behaupten, daß die Mescalero-Schrift den Mord gebilligt habe. Daß Presse und Strafverfolgungsbehörden insoweit auf falscher Fährte waren, räumt selbst das Kammergericht ein: es erwägt die Mordbilligung bezüglich Buback überhaupt nicht mehr, kann aber offensichtlich nicht verhehlen, daß der "Nachruf" sehr wohl eine Mordbilligung enthalte – nämlich eine "Billigung des Mordes an dem spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco"!

Als sich der erste Vorwurf – der der ganzen Kampagne gegen Göttinger AStA, gegen Universitäten und Sympathisanten scheinbare Rechtfertigung gab –, nicht zuletzt aufgrund der öffentlichen Verbreitung der Schrift, als haltlos erwiesen hatte, hatte sich die Strafverfolgung in die Peripherie verlagert: ob dieses, ob jenes Wort, diese oder jene Passage des "Nachrufs" diesen oder jenen verunglimpfe, beleidige, verächtlichmache, verhetze. Die staatlichen Übergriffe in der Mescalero-Affäre, das Ausbleiben einer demokratischen Korrektiv-Funktion der Presse hätten damals politisch belangt werden müssen. Stattdessen wurden mühevoll juristische Konstruktionen gesucht und – wann hätte es daran je gemangelt? – gefunden, um die Nachdrucker wenigstens noch mit peripheren Vorwürfen überziehen und Politiker, Justiz und Presse dadurch aus der Schußlinie nehmen zu können.

Nun endlich ist – jedenfalls für Berlin – auch der Identifikationsvorwurf vom Tisch, und damit die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Nachdrucker für angebliche Delikte im "Nachruf". Daß damit andere Justizbehörden vom Kammergericht desavouiert und unzulässiger Rechtskonstruktionen überführt sind, soll nicht unser Problem sein. Immerhin stehen jetzt die Ankläger in Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen – von den zahllosen Ermittlungsverfahren, Anklagen und Urteilen gegen Studenten und Schüler wegen Nachdruckens des "Nachrufs" ganz zu schweigen –, die doch durchweg Identifikation unterstellt hatten, einigermaßen ratlos da.

Was aber unser Problem ist, das sind die Strafmaßstäbe bei öffentlichen Meinungsäußerungen, die das Kammergericht entwickelt hat. Jedermann wird schon aus der Presse ersehen haben, daß diese Strafmaßstäbe überhaupt nichts mehr mit dem Anlaß – dem "Buback-Nachruf" – zu tun haben. Sie sind eine Neubestimmung der Grenze zwischen Staats- und Ehrschutz einerseits, den Kommunikationsfreiheiten im weitesten Sinne andererseits, bedeutsam hinsichtlich systemkritischer Äußerungen (daß die systemkonforme Diffamierung vor Gericht anders dasteht, hat uns jüngst der Bundesgerichtshof in Sachen Böll vs. Walden vorgeführt).

Der 25seitige Beschluß enthält bis Seite 18 ausschließlich Ausführungen zum Inhalt des "Nachrufs" selbst. Diese Ausführungen sind im juristischen Sinne überflüssig – sog. "obiter dicta", die Entscheidung nicht tragende Gründe, da das Gericht ja die Identifikation der Nachdrucker mit dem "Nachruf" ablehnt, folglich dessen Strafbarkeit gar nicht zu prüfen hätte. Dergleichen juristische Fehlleistungen haben meist Methode – so auch hier. Einmal setzt das Kammergericht so – wenn auch dafür überhaupt nicht zuständig – Maßstäbe für die Revisionsverhandlung zum Göttinger AStA-Prozeß, wo bekanntlich zwei Studenten freigesprochen, zwei andere zu Geldstrafen (und zwar nur wegen Staatsverunglimpfung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, wohingegen der Vorwurf der Volksverhetzung und der Billigung von Mord fallengelassen worden war) verurteilt worden sind. Zweitens bereitet das Gericht für die Bewertung des Verhaltens der Professoren den Boden, indem es erst einmal die Latte von Paragraphen Revue passieren läßt, die der "Nachruf" nach seinem Judiz erfüllt. Und drittens engt es schon an dieser Stelle des Beschlusses – wo es noch gar nicht um den "eigentlichen" Fall geht – die Grenze der Meinungsfreiheit zum Staatsschutz so stark ein, daß diese Maßstäbe dann ziemlich mühelos und unbegründet in die Bewertung der eigentlichen Tat, der "Erklärung" der Herausgeber, einfließen können: wenn es etwa – auf S. 6 – heißt, der BRD die Rechtsstaatsqualität streitig machen, "überschreite weit ... das jedermann zustehende Recht auf politische Kritik, auch harte und unsachliche"; oder wenn der Vorwurf "dickster Rechtsbrüche" gegenüber Schieß und Bender so eingestuft wird: "Trotz der Bezugnahme auf ein konkretes Ereignis überwiegt der Wertungscharakter dieser Äußerung so erheblich, daß die ganze Äußerung als Werturteil und damit (sic!) als Beleidigung anzusehen ist" (S. 14); oder wenn dem Ausdruck "Folter" vorgeworfen wird, es stehe "in dem Zusammenhang, in dem er verwandt wird, der Wertungscharakter aus einseitiger, weltanschaulich motivierter, politischer Kritik (das reicht offenbar zur Inkriminierung!) weit im Vordergrund" (S. 15).

Dann folgt – nach dem vorbereitenden Theaterdonner – auf S. 18 das bereits Zitierte aus der "Erklärung" der Herausgeber. Zur Begutachtung wird nicht etwa historischer, politischer oder soziolinguistischer Sachverstand zugelassen, sondern jener "unbefangene" (hält sich das Gericht für so befangen, daß es zu seiner Rechtfertigung der affirmativen Subjektivierung seines Gegenteils bedarf?) "und unverbildete" (ist das Gericht schon derart im Strudel der Sumpf-Theorien, daß es Bildung nur noch als Ver-Bildung rezipiert, daß es nach Rückkehr in den geistigen Naturzustand verlangt?), "aber auch" (mahnt sich da das Gericht selbst wegen seines eilfertigen Anhimmelns naturwüchsiger Naivität?) "sorgfältige" (denkt da das Gericht an jenen doppelsinnigen Staatsschutz-Imperativ "Wir verfolgen aufmerksam und bereit ..."?) "Leser" herbeizitiert. Das Gericht verdoppelt sich in den Richter aus Fleisch und Blut, der allemal fehlbar ist, und jenen unfehlbaren "billig und gerecht Denkenden" (oder auch das "gesunde Volksempfinden"), dessen Judiz die fleischlichen Hüllen hinter sich gelassen und wahrhaft metaphysische Weihen angelegt hat.

Dieser kundige Leser schaltet und waltet, wie das Gericht selbst es nicht kann. Er sieht in dem Ausdruck "unter Strafe stellen" und "exemplarische Kriminalisierung" den Vorwurf willkürlicher Verfolgung und Bestrafung. In der Behauptung "faschistoider Tendenzen" wähnt er die "Erinnerung an die Willkürherrschaft des Dritten Reiches wachgerufen" und "gleiche oder zumindest ähnliche Zustände ... der Bundesrepublik vorgeworfen". Er identifiziert die Behauptung eines "politischen Äußerungsverbots" mit dem Vorwurf der "Unterdrückung der Meinungsfreiheit" (alles S. 19/20). Er meint, wenn jemand dergleichen behaupte, leugne er zugleich die "Bindung" von Verwaltung und Gerichten an Gesetz und Recht (Art. 20 Abs. 3 GG)! Ob etwas und was an diesen Behauptungen dran ist, untersucht jener kundige Leser nicht. Vielmehr erklärt er sie – in aller Unbefangenheit, Unverbildetheit und Sorgfalt – für "maßlos" und für den "schwersten Vorwurf, der gegen die Bundesrepublik und ihre Länder erhoben werden kann." (S. 20). Wenig Federlesen macht er auch mit dem Vorwurf der Böswilligkeit": die "dem Staat feindselige Gesinnung" ergebe sich aus dem Vorwurf, der Staat übe Gesinnungszwang aus und "verordne Trauer".

Ganz wohl ist jenem kundigen Leser nicht in seiner Haut. Erst erklärt er die Maßnahmen gegen den Göttinger AStA – jene Terroristen-Großrazzia, die den ganzen Streit um die Verfolgung des "Nachrufs" auslöste und von der noch heute niemand plausibel machen kann, daß sie zum Anlaß in einem juristisch erforderlichen "Verhältnis" stand – im Brustton der Überzeugung für "gerechtfertigt". Dann unterstellt er vorsorglich einmal "Übergriffe einzelner Polizeibeamten", hält aber "gemessen hieran" (kann mir ein Mensch sagen, wie diese "Messung" des Gerichts vor sich gegangen sein soll?) die erhobenen Vorwürfe für weder ein "adäquates Mittel" noch eine "angemessene Reaktion". Während der Richter gehalten wäre, staatliches Handeln auf seine Verhältnismäßigkeit und damit Rechtmäßigkeit hin zu überprüfen, ist der "unbefangene Leser" in ihm so frei, privater Kritik an – sei's denn auch rechtswidrigem – Staatshandeln Verhältnismäßigkeit abzuverlangen und daran Strafsanktionen zu knüpfen. Die Logik der Verdoppelung in Richter und unbefangenen Leser ist also, den Richter von den Fesseln zu befreien, die der Leser nicht hat.

Bedarf es noch weiteren Kommentars darüber, welche repressiven Dimensionen dieser Beschluß des Kammergerichts eröffnet? Hätte die Mescalero-Affäre einen Verlauf nehmen können, der besser demonstriert, daß es bei ihr um ein Exemplum der Infragestellung einerseits, der Verteidigung von Kommunikationsfreiheiten und politischer Demokratie andererseits geht? Wie schon im Falle des

Nr. 42/43 JUNI 78: Charles Bukowski in Heidelberg/ Frauenhaus/Unmögliche Revolution-Revolution des Unmöglichen/Biermann in Eppelheim/Und dann geht die Vorstellung los/ Eine feste Burg/Lyriks von W.Schlegel.

Nr. 44/45 MAI 78: Don't cry for me Argentina/Frankreich nach der Wahl/ Ja kann denn sowas ein Mann sein/ Indianerbewegung/Astrologie/Besuch bei einem fast Vergessenen.

Nr. 46/47 JANUAR 78: M.Foucault:Offener Brief/Jäger und Gejagte/Frauenhaus in Heidelberg/ Städtepartnerschaft von links unten ...

NOCH ERHÄLTLICH: Nr. 38/9 Kontaktsperre/ FreeClinic/ Frauenboxen/Kriegsverbrecher Druschke/Nr. 36/7 Herbert Achternbusch: Servus Bayern/Frauen-Gewalt/Entxxxxhülltes Nr. 34/5 Neue Studentenbewegung/Atomkraftwerke umzingeln Heidelberg/Laßdich nicht verbittern/Nr. 32/3 Altstadtplanierung/ Frauenkongreß/Wurstfinger im Gehirn/Gestapomörder in HD/Nr. 30/1 Zeit/Verbindlichkeit und Sexualität/ Zensur im Südwestfunk u.a.

Edition CARLO SPONTI:
Michael Buselmeier: Der Untergang von Heidelberg
Jörg Burkhard : Die Verhältnisse löschen die Poesie
jeweils DM 9,- , 90 Seiten

Je Ex.DM 1.20+o.50Porto, ab 3 Ex o.70 in Briefmarken an:
Carlo Sponti,Plock 32a,69Heidelberg oder:M.Metzner Sonderkonto Nr.36433-751 Pschk Karls.(Abo 14,-,Förderer20,-) oder in fast allen linken Buchläden!

Astel, Biermann, Bloch, Bürger, Chamisso, Drewitz, Dronke, Engels, Fontane, Fried, Glassbrenner, Graf, Gryphius, Herwegh, Hesse, Hutten, Kegel, Kisch, Kunze, Liebknecht, H. und Th. Mann, Marx, Mühsam, Münzer, Ossietzky, Pfau, Schnog, Schubart, Toller, Weisenborn, Weerth, Zahl, Zschorsch u.v.a.

Ein anderes Deutschland

Texte und Bilder des Widerstandes von den Bauernkriegen bis heute.

Herausgegeben von Ulrike Haß, Jochen Hiltmann, Walter Kreipe, Alexander von Plato.

Ca. 500 Seiten, zahlreiche Abbildungen, ca. DM 25.00

„Nach Engelmanns ‚Anti-Geschichtsbuch' ein erneuter Versuch, Geschichte im Interesse und zum Nutzen der Beherrschten zu vermitteln. Dokumente der Unterdrükkung und des Widerstandes vom Beginn des 16. Jahrhunderts bis in die Tage des Russel-Tribunals."
(Literatur konkret. Frühjahr '78)

OBERBAUMVERLAG

Postfach 127, D-1000 Berlin 21, Tel. 395 30 99

§ 88a StGB geht hier im Falle des § 90a die unselige Saat auf, die mit der Sanktionierung bestimmter Formen des öffentlichen Denkens gesät wurde. Vor diesen totalitären Keimen hätten z.B. die Richterschelten aus dem Munde von Börner und Wehner, hätte gar die mutige Rede von Coppik im Bundestag (sieht man einmal von Immunitäten ab) keinen Bestand: denn sie fügen sich den engen Grenzen, die der "unbefangene Leser" des Kammergerichts den Kommunikationsfreiheiten zieht, nicht organisch und "angemessen"ein.

Wie sich der Spruch auf die übrigen im Mescalero-Komplex anstehenden Prozesse auswirkt, ist wie gesagt noch ungewiß. In den ca. 150 Ermittlungsverfahren, die wegen etwa 110 Nachdrucken eröffnet wurden – von denen wenigstens in 50 bis 60 Fällen an verschiedensten Orten der BRD Anklage erhoben worden ist, in wenigstens 10 Fällen zu Freiheits- und/oder Geldstrafen verurteilt worden ist –, wird erst noch das entlastende Moment des Kammergerichts-Beschlusses – daß Dokumentieren nicht Identifizieren ist – durchzusetzen sein. Das aber ist erst die Vorbedingung dafür, der uferlosen Disziplinierung und Zensur, wie sie sich in dem Beschluß niederschlägt, entgegenzutreten. Die kommenden Prozesse müssen dazu beitragen.

ULRICH MÜCKENBERGER

PORTUGAL

DER KAMPF UM DIE AGRARREFORM

Wir waren im September 1977 in Portugal. Dort, in der Begegnung mit der jüngsten portugiesischen Wirklichkeit, ist die Idee für dieses Buch über den Kampf um die Agrarreform entstanden. Wir versuchen, die bescheidenen Erfahrungen, die wir in Portugal gemacht haben und die Informationen, die wir dort und später noch zusammengetragen haben, weiterzugeben, weil die bürgerliche Presse die dortige Entwicklung totschweigt, wir aber auch innerhalb der Linken wenig Informationen vorfinden.

Wir haben uns weitgehend auf die landwirtschaftlichen Aspekte beschränkt, weil sie Gegenstand unserer Reise waren und unser Interesse sind. Das Buch will kein bloßer Erlebnisbericht sein, sondern jedem, dem es nicht genügt, den Rückgang der revolutionären Bewegung in Portugal zu konstatieren, möglichst ausführliche Informationen über die Agrarverhältnisse, ihre Entwicklung und die Geschichte der Agrarreform geben.

Unser Buch (ca. 200 Seiten, broschiert) kostet DM 7,-- (es ist ein Überschuß einkalkuliert, der bedrohten landwirtschaftlichen Kooperativen in Portugal zugute kommen soll). Bezug (den Gegenwert in Briefmarken, Bargeld oder als Verrechnungsscheck beilegen) über Arbeitsgruppe Portugal im Arbeitsbereich Landwirtschaft, c/o Agrarliteraturvertrieb, Heusteigstr. 49, 7000 Stuttgart 1.

"Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein"

Zwei Dimensionen hat die seit Wochen im veröffentlichten Bewußtsein anhaltende Affäre um den baden-württembergischen Ministerpräsidenten und ehemaligen Marinerichter Filbinger, der in der Endphase des Krieges und sogar danach nicht von der Aburteilung von Matrosen lassen wollte, deren Verhalten er dem nationalsozialistischen Gesinnungszwangs nach als abträglich wertete und dabei den Matrosen Gröger in kalter und vermeintlicher "Pflichterfüllung" füsilieren ließ.

Einmal also der Fall Filbinger im engeren Sinne, der sich in seinem süddeutschen Musterländle einen berüchtigten Namen in der Verfolgung Andersdenkender macht und sogar nach dem höchsten Amt im Staate strebt. Ein Begehren, das sogar der noch vor kurzem sich rechtswärts tendenzwendenden liberalen Presse als eine nicht unwidersprochen hinzunehmende Herausforderung erscheint. Mit dieser Absicht Filbingers, nach dem Bundespräsidentenamt zu greifen, soll endgültig über die Signalwirkung seiner Unperson der Abschluß des kurzen Interregnums bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte dokumentiert werden, was über die Person Gustav Heinemanns einen doch so vielversprechenden Anfang hatte nehmen sollen. Schon im eigenen Interesse müssen die letzten publizistischen Zitadellen bundesdeutscher Liberalität im Bewußtsein dessen Front machen, daß hier ein wichtiger Grenzgraben demokratischen Selbstverständnisses gehalten werden soll. Gleichzeitig ist die liberale Offensive gegen Filbinger aber auch eine Defensivhandlung für die oppositionellen Kräfte in der BRD, gegen die sich Filbinger besonders exponiert. In diesem Sinne wird die Person Filbingers und sein Verbleiben im Amt zur Kraftprobe um die Weiterführung der herrschenden Repressions- und Anpassungspolitik.

Zum anderen wird anhand der Person Filbingers gleichzeitig fühlbar – zum großen Unbehagen aller Legitimationsideologen der herrschenden Ordnung –, daß im baden-württembergischen Ministerpräsidenten, mit seinem zur ewigen Ordnung mahnenden Zeigefinger, die Geschichte einen unliebsamen Zeugen für die verleugnete Geburtsurkunde dieses Staates hinterlassen hat, nicht nur Rechtsnachfolger des Reiches zu sein, das sich das Dritte nannte. Kein Wunder, wenn die Peinlichkeit, zu der sich die Affäre für die konservativen Staatserhalter verdichtet hat, sogar einen Joachim C. Fest in der Frankfurter Allgemeinen dazu bewegt, sich dahingehend schützend vor den Staat zu stellen, daß er Filbinger zum Rücktritt auffordert.

Tatsächlich machen Filbingers Äußerungen deutlich, wo die legitimatorischen Schwachstellen dieser Republik liegen. So nimmt er mit Verwunderung und Gekränktheit wahr, daß das, was früher als höchste Tugenden gepriesen wurde und heute wieder als hohes Ideal gilt – Ordnung, Gehorsam und Staatstreue –, ihm als moralische Vergehen vorgehalten werden; Werte, die gerade er so eifrig im Faschismus wie in der Bonner Republik zu achten und verteidigen sich bemühte. Freilich waren es damals "Schädlinge am Volksganzen", die es "unschädlich" zu machen galt (Filbinger); heute ist es das ordnungspolitische Chamäleon der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung", das er zu schützen vermeint. Seinem Selbstverständnis nach tut Filbinger, damals wie heute, nur seinen Dienst am Staat, den er nach seiner Legitimation und seinen Inhalten unbefragt zu lassen hat. Das ist der tiefe, ja staatsphilosophische Sinn seinen Anspruches: "Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein." Die jeweilige Ordnung wird hingenommen, weil sie die herrschende ist. Und was im Namen legaler Herrschaft vollzogen ist, ist nicht zu befragen. Legalität allein schafft Legitimität. Damit wird auch der politische Gehalt der Dreggerschen Parole verständlich, die das "Hinterfragen" und damit Kritik aus Klassenzimmern und Hörsälen verbannen will, weil dieses Hinterfragen das hinzunehmende staatstragende Prinzip einer bloß formellen Legalität unterminiert und implizite einem Widerstandsrecht das Wort redet.

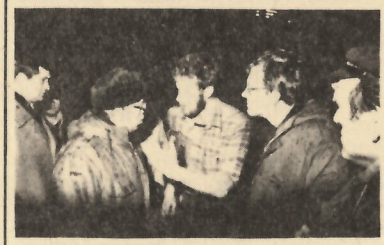
Filbinger beruft sich also auf die Legalität seiner damaligen Handlungen, die ihrer Legalität wegen ebenso legitim waren wie die legalen Handlungen, die er heute ausführt. In diesem Sinne kann die damalige Legalität seines Tuns nicht mit der gegenwärtigen Legalität in Konflikt geraten; ebensowenig wie die gegenwärtige Legalität seines Handelns mit einer zukünftigen in Frage gestellt werden dürfte.

Mit diesem Staats- und Machtopportunismus steht Filbinger zweifelsohne nicht allein. Dieser Opportunismus soll heute zur durchgängigen Staatsraison vermittels der FdGO-Formel verinnerlicht werden.

Filbingers Verhalten ist also durchaus konsistent. Die Widersprüche, die in seinen Äußerungen offenbar werden, sind demnach nur scheinbare. So hat der im "Spiegel" publizierte Aufsatz Filbingers aus den dreißiger Jahren über das nationalsozialistische Recht, in dem er sich zum faschistischen "Ordnungsdenken" bekennt, tatsächlich nicht unbedingt einen Gesinnungsnachweis Filbingers erbracht, denn Filbinger ist nicht zu einer inhaltlich faßbaren Gesinnung fähig; außer derjenigen, sich der jeweils herrschenden Ordnung willig und dienstbar zu unterwerfen. Wenn er also meint, er habe in dem besagten Aufsatz nur die damals herrschende Lehre zusammengefaßt, so kann ihm das nicht leichthin abgesprochen werden, zumal Filbinger nur befähigt ist, die jeweils herrschenden Verhältnisse und ihre ideologische Rechtfertigung opportunistisch mitzuleben.

Aus diesem Grunde kann seine den Widerstand feiernde Rede zum Gedenken an die drei hingerichteten Bürger von Brettheim im Jahre 1960, die aus kaum anderen Gründen als der von Filbinger gemordete Matrose Gröger zu Tode "gebracht" wurden, nicht als eine scheinheilige Perfidie gewertet werden, die den Hohepriester der reaktionären postfaschistischen

Hafenarbeiterstreik 1978



Er bringt die kämpferische Stimmung der Kollegen zum Ausdruck, ihre Kritik an der Streikführung, ihren Unmut über den von ihrer Gewerkschaft zunächst ausgehandelten Tarifabschluß von 7% ab Februar.

Dokumentation

Streik der Hafenarbeiter Januar 78

Die Dokumentation wurde von den ÖTV-Kollegen der"Alternative" von der HHLA zusammengestellt. Anhand von Flugblättern,Zeitungsausschnitten, Fotos, Videoprotokollen wird die Vorgeschichte und der Verlauf des Streiks dargestellt.

78 Seiten DM 5.- (incl. Porto)

Videofilm

"So kommt ihr an uns nicht vorbei"

In Zusammenarbeit von MPZ und ÖTV-Kollegen von der HHLA entstand während des Streiks im Januar ein ca. 60 Min.Videofilm. Der Videofilm dokumentiert den Streik. Er zeigt, wie der Streik von den Hafenkollegen organisiert wurde, welche Probleme dabei aufgetreten sind und welche Erfahrungen die Kollegen gemacht haben.

medienarbeit 17/18

Schwerpunkt Betrieb und Gewerkschaft

enthält u.a. Berichte und Fotos zu:
-Videoarbeit im Hafenarbeiterstreik Hamburg
-der Streik der Hafenarbeiter und die Massenmedien
-Gespräch mit W.Biermann und einem Hafenkollegen zu seinem Lied "4 Tage vor Eurokai"
-Film als Waffe im Arbeitskampf - "Arbeit und Film"
- Videoarbeit in der betrieblichen Erwachsenenbildung

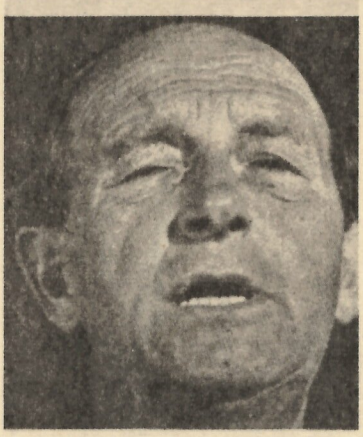
64 Seiten DM 3.50

Bestellung und Überweisung an:

MPZ
Medienpädagogik Zentrum e.V.
Thadenstr. 130A · 2000 Hamburg 50
Tel.: 040/439 72 59 (18-19 Uhr)

PschA Hmbg. Kt.Nr. 4373-208

Staatslegitimation, Joachim C. Fest, veranlaßten, Filbingers Rücktritt leitartikelnd zu erbitten.
Ein Filbinger, der so sehr in Person und Denken die Kontinuität deutscher Herrschaftsgeschichte in sich birgt, ist für die Gralshüter der "richtigen" Geschichtsdeutung eine Belastung geworden; und dabei hat der brave Landesvater sich während dieser im Jahre 1960 gehaltenen Widerstandsrede nur so verhalten, wie es von ihm von Staatswegen erwartet worden war und wie er dies in seinem notorischen Rechtsaufsatz in den dreißiger Jahren demonstriert hatte: nämlich nur die herrschende Lehre "zusammengefaßt" zu haben. Damit steht Filbinger völlig auf der Grundlage eines durch und



Filbinger: Fest auf dem Boden der FdGO

durch herrschaftsopportunistischen Verhaltens, das Hannah Arendt als die "Banalität des Bösen" bezeichnet hat. Es entspricht durchaus seinem Selbstverständnis, wenn er sich nach 1945 als Widerstandskämpfer geriert, wie er zuvor nationalsozialistische Gesinnung demonstrierte und realisierte. Denn ebenso wie er der Herrschaft ihrer Substanz nach unbefragt dient, eignet er sich auch deren ideologische Rechtfertigung an.
Wenn, wie alle Jahre wieder, am 20. Juli das Ritual des Widerstandes der Republik als Feierlichkeit verordnet wird, stellt sich der Linken die Aufgabe, der Reaktion und ihren ideoloischen Apologeten einen anderen, aktiv vergessenen und namenlosen Widerstand gegen den Faschismus entgegenzuhalten, für die der durch Filbingers Betreiben füsilierte Matrose Gröger stellvertretend steht. 16.000 von Wehrmachtsrichtern zu Tode gebrachte deutsche Soldaten – 16 Bataillone (Hochhuth) – von den Strafbataillonen abgesehen – stehen für eine Form des Widerstandes, die an den Grundfesten derjenigen Unwerte rüttelt, für die die Filbingers sich damals und heute stark machen: Ordnung, Gehorsam und Staatstreue. 16 Bataillone dokumentieren eine Form des Widerstands, der keinen Raum in den Geschichtsbüchern und im herrschaftsstabilisierenden Geschichtsbewußtsein findet: Fahnenflucht, praktisch und damit politisch wirksam gewordene Angst des Einzelnen – militärischer Entzug. Ein Widerstand der massenhaften Vereinzelung und individuellen Verlassenheit. Der Widerstand der Grögers. DANY DINER

Ausschlußpraxis bei der SPD verschärft

Die Bundesschiedskommission der SPD hat am 20. April 1978 Mechthild Jansen (Bundesvorsitzende des SHB) und Prof. Gerhard Stuby wegen ihrer Mitarbeit beim "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" und wegen ähnlicher politischer Aktivitäten aus der Partei ausgeschlossen. Damit wurden Entscheidungen der zunächst zuständigen Landesschiedskommission Bremen der SPD aufgehoben, wonach M. Jansen und G. Stuby zwar mit Parteistrafen belegt, jedoch nicht aus der Partei ausgeschlossen worden waren.
Die Begründung für die Ausschlüsse ist – über den unmittelbaren politischen Anlaß hinaus – sehr aufschlußreich für das Verständnis von Parteistruktur und innerparteilicher Willens- und Meinungsbildung, wie es nach dem Willen der Bundesschiedskommission für die SPD gelten soll. Ähnlich wie schon in den Fällen Benneter und Kade argumentiert die Bundesschiedskommission, die dem Parteivorstand zustehende "Leitung der Partei" sei „... als politische Gestaltung aufzufassen. Wenn der Parteivorstand die vom Parteitag beschlossenen Grundsätze und Programme auslegt und mit Leben erfüllt, indem er z.B. die Zusammenarbeit mit dem 'Komitee' für unzulässig erklärt, so kann das einzelne Parteimitglied diese Parteivorstandsbeschlüsse zwar in der parteiinternen Diskussion kritisieren und auf ihre Abänderung oder Aufhebung hinzuwirken versuchen. Es kann aber seine individuelle Meinung nicht an die Stelle des satzungsgemäß berufenen ... Parteiorgans setzen und diesen Beschluß öffentlich mißachten ..."
Die Alleinzuständigkeit für politische "Unvereinbarkeiten", die hier dem Parteivorstand zugesprochen wird, verwundert zunächst, da nach § 6 des Organisationsstatuts der SPD solche Beschlüsse nur im Benehmen mit dem – breiter zusammengesetzten – Parteirat gefaßt werden können.
Die Bundesschiedskommission beruft sich in ihrer Entscheidung jedoch auf § 35 des Organisationsstatuts, wonach Parteiordnungsverfahren und notfalls Parteiausschluß gegen solche Mitglieder eingesetzt werden können, die gegen "Beschlüsse des Parteitages oder der Parteiorganisation" oder gegen die "Grundsätze der Partei" verstoßen. In der Entscheidung der Bundesschiedskommission heißt es:
"Grundsätze der Partei sind nicht nur die Thesen, die in einem Grundsatzprogramm ... zusammengefaßt sind, sondern alle Beschlüsse, die durch die dazu berufenen Parteiorgane für die politische Verhaltensweise ... gefaßt worden sind und nach innen die Einhaltung der Bestimmungen über die politische Willensbildung (?) und nach außen das einheitliche und glaubwürdige Bild der Partei garantieren sollen. Es bedarf im Einzelfall keineswegs der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gemäß § 6 Organisationsstatut, um ... die Aktivität für Vereinigungen, Ausschüsse, Komitees oder "Tribunale" als Verstoß gegen die Grundsätze der Partei zu erkennen. Wenn der Parteivorstand ... die Mitwirkung für Sozialdemokraten als unzulässig bezeichnet, so muß dies von den Mitgliedern der Partei beachtet werden."

24

Hier stellt sich dann allerdings die Frage, welchen Sinn § 6 des Organisationsstatuts, der den Parteirat bei Unvereinbarkeitsbeschlüssen eingeschaltet wissen will, haben soll, wenn der Parteivorstand unter Berufung auf § 35 jederzeit die Mitarbeit in einer politischen Gruppe auch ohne Befragen des Parteirats für unvereinbar mit der SPD erklären kann. Bemerkenswert ist auch, daß mit dem Hinweis auf "Tribunale" wohl ein Vorgehen gegen die Mitarbeit beim Russell-Tribunal signalisiert wird. Wichtiger ist aber die grundsätzliche Interpretation des Parteiverständnisses, die hier sozusagen vom "Verfassungsgericht" der SPD vorgelegt wird. Demnach wird ein Unterschied an Verbindlichkeit zwischen Parteivorstands- und Parteitagsbeschlüssen nicht mehr gemacht und die Möglichkeit der Kritik an Parteivorstandsbeschlüssen auf die parteiinterne Ebene beschränkt. Öffentliche Opposition gegen Parteivorstandsentscheidungen ist nach dieser Auffassung für SPD-Mitglieder nicht mehr zulässig. In der Konsequenz schließt das auch jegliche offene Vertretung von Minoritätspositionen in der Partei aus, auch dann, wenn es sich um alternative Positionen nicht zum Grundsatzprogramm oder zu Parteitagsbeschlüssen, sondern zu Parteivorstandsentscheidungen handelt.

Hier ist darauf hinzuweisen, daß dieses Parteiverständnis keineswegs das im internationalen Maßstab sonst im Bereich der Sozialdemokratie übliche ist. Man denke etwa an die in der britischen Labour Party oder bei den französischen Sozialisten praktizierten Rechte auf innerparteiliche – auch gruppierte und öffentliche – Opposition und Minderheitenvertretung. Organisationsstrukturell entspricht der von der SPD-Bundesschiedskommission festgelegte Parteibegriff eher dem in den klassischen kommunistischen Parteien vorherrschenden Modell des "demokratischen Zentralismus".

ARNO KLÖNNE

SCHWARZE PROTOKOLLE

Die SP sind eine ZEITSCHRIFT zur THEORIE DER LINKEN BEWEGUNG, die zur BEWEGUNG DER LINKEN THEORIE beitragen will und nunmehr selbst in BEWEGUNG geraten ist.

nr.12/Nov.75: Erfahrungsbericht aus dem Betrieb + Beiträge zur Frauenbewegung + Analyse einer DDR-Zeitschrift + Recht u. Gewalt +

nr.13/April 76: Beruf - Durchwursteln - Gegenmodell + Spuren von Kunst + Schreiben als Art zu Leben + Die Partikularität des Weltgeistes + Comic +

nr.14/Nov.76: Revolutionäre und Irre + Geschichte als Fiktion + Ouvrez les fenêtres de votre coeur! + Der junge Axelbrod + Draussen + Klau's +

nr.15/Sept.77: Negerküsse - vom Alltag u.d. Größe unserer Zeit + Das bewaffnete Wort + Immer radikal - niemals konsequent + Augen + Jahrestag + Gedichte +

Nr.16/Mai 78: Krank an Deutschland + Terror - bekannt d. Funk u. Fernsehen + Der Psychoanalytiker W. Reich + Bisexualität und Preussentum + Ret Marut und seine rheinischen Freunde + Glanz und Elend des 'Chicago Piano' +

Redaktion u. Vertrieb: Anti quariat Magister Tinius
Peter H. Ober Hansjörg Viesel Hackerstraße 4
1000 Berlin 41 ☎ 030/851 80 54
PSK: P. Ober, Bln-W. 33 25 25-104
je Heft 4.50

Zaire in Afrika und Europa

Die Unruhen in Zaire dauern an. Die europäischen Techniker stehen Koffer bei Hand. Sie sind nicht mehr bereit, ihre Haut zum Rohstoffmarkte zu tragen. Die Guerilleros, die der Westen mit blauäugigem Seitenblick auf die ohnmächtige, nachzu jaltaisierte OAU (1) als Katanga-Gendarmes (2) hinzustellen versucht, stehen Gewehr bei Fuß.

Und die Westmächte, allen voran die Franzosen, stehen vor einem Dilemma. Söldner, seien sie nun auf dem Killermarkt eingekauft, wie jene in Angola und 1964 in Zaire, seien es Fremdenlegionäre, deren Vergangenheit aus dem algerischen Befreiungskrieg noch zu deutlich in der Erinnerung vieler eingeprägt, gar eingebrannt ist, seien es belgische Fallschirmjäger, die 1960 die Sezession Katangas militärisch abstützten, weiße Söldner sind allemal ein Pfahl im Fleisch der Afrikaner, anschaulichster, nicht mehr verdrängbarer und der eigenen Bevölkerung auch bei pompösesten, schwulstig-leeren Authentizitätsfestivals (wie die Zairisierung von Mobutu) nicht mehr zu verhehlender Kolonialismus.

Nach relativer Beruhigung an der militärischen Shabafront Ende Mai spielen sich die schlagzeilenträchtigsten Ereignisse im Zusammenhang mit Afrika aber in den europäischen Hauptstädten – meist ohne Afrikaner – und in Washington ab.

In Washington scheint nun endlich der regelmäßig sich wiederholende Stilwandel bei Ablösung einer Republikaner- durch eine Demokratenadministration perfekt: hier Tendenz zu erhöhter Repression und Demonstration der Stärke in der Innenpolitik und zu diskreteren, von der Öffentlichkeit als vermittelnde Realpolitik wahrgenommene Kabinettstückchen, dort Tendenz zu Vermittlungen und Verhandlungen mit Kongreß, Oberstem Gerichtshof und Gewerkschaften, abnehmender Repressivität in der Innenpolitik und Demonstration der Stärke in der Außenpolitik, dies diktiert durch das breiter gefächerte Wählerpotential der Demokraten, die, mehr auf Vollbeschäftigung und Integration verpflichtet als die Republikaner, innenpolitisch versöhnende Moral und außenpolitisch aggressive Moral praktizieren.

In Paris schart Giscard d'Estaing Ende Mai die afrikanischen Staaten des ehemaligen Kolonialreichs um sich. Diesmal sollen, anders als 1977, nicht nur die für afrikanische Normalverhältnisse physiognomisch doch etwas blaß und geographisch etwas als Randfall wirkenden Marokkaner, diesmal sollen auch waschechte Schwarze an die Shabafront (so ernst ist die Lage!). Vielleicht, hofft man wohl, fallen die nicht so auf. Doch auch die Schwarzen zeigen wenig Neigung, ihre Haut zum Rohstoffmarkte zu tragen. Präsident Kountché des Niger, ein uranreiches Land und daher Schutz-Befohlener Frankreichs, sträubt sich: die afrikanischen Armeen seien ungenügend ausgerüstet, eine solche Aufgabe zu übernehmen. Damit zeigt er, daß er Giscard falsch versteht. Sinn der Sache ist ein Zweifaches: einmal sollen die Fremdenlegionäre nächstes Mal Afrikanern zur Hilfe eilen, die Afrikanern zur Hilfe geeilt sind, die von Afrikanern angegriffen worden sind. Andererseits sollen die Afrikaner erst mal Stoßdämpfer spielen bei Überraschungsangriffen.

Anfang Juni tagten in Paris die vier auch sonst in Afrika nach Lösungen Suchenden: USA, Großbritannien, Frankreich, BRD sowie – es ging um Zaire – Belgien. Mobutu selbst war nicht geladen, wohl weil man im Beisein des vielleicht zu Hängenden nicht offen vom Strick reden kann. Mitte Juni trifft sich in Brüssel eine Art Finanzplanungsrat: die Fünf sowie Saudi-Arabien, Italien, Iran, Kanada und die "Sachverständigen" des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

Die Fünf ließen schon verlauten, daß die Kredite für Zaire an die Forderungen ernsthafter Versuche der wirtschaftlichen Belebung des Landes gekoppelt werden müsse, was im Klartext wohl bedeutet: entschieden ist noch nicht, ob man Mobutu nicht gerettet hat, um ihn kontrollierter fallenlassen zu können und die Nachfolgerfrage zu regeln. Denn es ist ein offenes Geheimnis, daß Belgien schon seit längerem versucht, ihn loszuwerden, weil mit ihm kein Staat, nicht einmal ein kolonialisierter, zu machen ist.

Die USA dürften im Prinzip dafür zu gewinnen sein, denn in Carters auch nur gedämpft geblasener Menschenrechtskampagne setzt ein Verbündeter wie Mobutu alle Gesetze der Tonalität außer Kraft. Zum zweitenmal verdankt Mobutu sein politisches Überleben dem Frühstücksfreund Giscard. Die Belgier schienen diesmal besser auf seinen Sturz vorbereitet zu sein als noch im Vorjahr. Doch Giscard braucht Mobutu, um über ihn weiter in Zaire wirtschaftlich Fuß zu fassen. 1977 beklagte der damalige belgische Außenminister Van Elslande, Frankreich überschreite in Afrika die Grenzen seiner historischen Einflußsphäre – OAU-Prinzip unter Europäern. Dieses Jahr ging die Verstimmung so weit, daß Belgien ostentativ einer anderen EG-Konferenz in der Nähe von Kopenhagen fernblieb, wo die französische Intervention gesamteuropäisch sanktioniert werden sollte. Denn die Einigkeit besteht innerhalb der EG zwar qua Ziel, nicht qua Mittel und Folgen. Großbritannien ist eine Unterstützung Mobutus nicht genehm, weil dieser fast sämtlichen panafrikanischen Kredit in den ehemaligen ostafrikanischen britischen Gebieten verspielt hat (außer bei Amin) und somit eine Hypothek für seine Afrikapolitik darstellt. Noch weniger genehm ist den Briten wohl die Tatsache, daß sich das interwesteuropäische Gleichgewicht in Afrika zugunsten Frankreichs verschiebt, wenn Frankreich seinen Einfluß auf Zaire ausdehnen kann.

Die BRD dagegen ist wohl vor allem wegen der Raketenversuchsbasis der halbstaatlichen OTRAG in Kivu an einer schlagkräftigeren Interventionstruppe als es die Belgier jemals sein können, interessiert. Außerdem wäre bei einer Lösung, wie sie Belgien vermutlich anvisiert, die Präsenz der OTRAG in Frage gestellt. Viel weist darauf hin, daß die Belgier diesmal ihre Fallschirmjäger, die kaum eingegriffen haben, nicht nur nach Shaba geschickt haben, um Menschenleben zu retten, sondern um im Schutz der Truppe über Mittelsmänner, in Brüssel wohnende F.N.L.C.-Mitglieder, mit den Rebellen zu verhandeln. Zum Beispiel auch über eine Alternativlösung zu Mobutu. Die Tatsache, daß sie ihre Truppen unbeanstandet von den anderen Westmächten und von den im Ausland lebenden F.N.L.C.-Mitgliedern in Shaba belassen, deutet darauf hin, daß diese Lösung auch durch Giscards Zwischenspurt noch nicht ganz überholt ist.

Zeigt sich in der nächsten Zeit ein stärkeres In-den-Vordergrund-Treten der belgischen Initiative, muß Mobutu zittern. Die Lösungsstrategie könnte so aussehen: nach Ablauf einer angemessenen Schamfrist für Mobutu und seine Clique, vielleicht einer Periode begrenzter Scharmützel, wie sie zur Zeit noch in Kolwezi im Gange sind (die Marokkaner würden sich heraushalten und dementieren), könnte versucht werden, einen auch für die F.N.L.C. akzeptablen Regierungschef, womöglich aus der früheren M.N.C. (Partei Lumumbas) oder P.S.A. (Partei Gizengas, des ersten Ministers der Regierung in Stanleyville), mit der Bildung einer Regierung der nationalen Einheit zu beauftragen.

Es ist zum Erkennungszeichen eines kritischen Kommentars geworden, solche personellen Änderungen mit dem Hinweis als unwichtig abzutun, daß Personen austauschbar sind. Allein, in diesem Fall könnte ein Sturz Mobutus zum Symbolereignis für den hinter verschlossenen Konferenztüren geleisteten Offenbarungseid und das Ende einer Kolonialisierungsstrategie sein, die man gemeinhin als Neokolonialismus bezeichnet. Denn auch die CIA oder sonstige Geheimdienste führen in ihrer Hampelmann-Palette den Typus des nationale Rücksichten nehmenden Politikers, und ihre personelle Wahl bestimmt sich nach der instrumen-

Französische Fremdenlegionäre nach ihrem Einsatz in Shaba dpa

Sozialistisches Büro – Arbeitsausschuß: Brief an Fidel Castro – Betrifft: Eritrea

Lieber Genosse Castro!
Die Invasion der äthiopischen Armee mit kubanischer und anderer ausländischer Unterstützung in das Gebiet von Eritrea hat uns sehr betroffen gemacht. Aus diesem Grunde wenden wir uns mit diesem Brief an Dich und die Öffentlichkeit, um unsere tiefe Besorgnis auszudrücken.
Das Sozialistische Büro ist eine politische Organisation, die sich aus der außerparlamentarischen und Studentenbewegung der 60er Jahre entwikket hat. Für unsere Orientierung ist der lange Kampf der vietnamesischen Befreiungsfront von großer Bedeutung gewesen. Wir haben ihn viele Jahre mit unseren Möglichkeiten in der Bundesrepublik unterstützt. Von der vietnamesischen Befreiungsbewegung haben wir gelernt, wie wichtig der Zusammenhang zwischen den revolutionären Mitteln und den Möglichkeiten zur Erreichung sozialistischer Ziele ist. Die in Vietnam praktizierte Politik der "nationalen Versöhnung" ist für uns beredter Ausdruck für ein solches Verständnis und für eine langfristig angelegte, auf humane Ziele gerichtete politische Praxis.
Im Fall Eritrea befürchten wir, daß dort der Versuch unternommen wird, eine nationale und soziale Befreiungsbewegung mit sozialistisch-marxistischer Orientierung, die wie die vietnamesische Befreiungsfront vornehmlich auf der eigenen Stärke der bislang unterdrückten Klassen aufbaut, zerschlagen werden soll. Anders als in Vietnam sind daran aber nicht imperialistische Industriestaaten beteiligt, sondern Staaten, wie anscheinend auch Kuba, die den Anspruch erheben, sozialistische Politik auch im internationalen Maßstab zu verfolgen.
Der Kampf der verschiedenen eritreischen Befreiungsbewegungen hat seinen Ursprung in der kolonialistischen und von den USA gestützten Annexion Eritreas und der terroristischen Unterdrückung seines Volkes durch die Feudalherrschaft des Kaisers Haile Selassie. Nach Beseitigung der Monarchie durch die vom Militär eingeleitete revolutionäre Umwälzung in Äthiopien wurde die Unterdrückung jedoch nicht sofort beendet, sondern mit militärischen Mitteln fortgesetzt. In dieser Zeit konnte sich aus den rivalisierenden Strömungen die sozialistisch orientierte eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) als stärkste Kraft gegenüber den bürgerlich-nationalistischen Kräften durchsetzen. Sie konnte trotz der für sie notwendigen Hilfe von außen ihre Unabhängigkeit und damit auch ihre sozialrevolutionäre Handlungsfreiheit sichern. Dazu hat sie sich vor allem auf die eigenen Kräfte der bis dahin im Lande unterdrückten Klassen gestützt und viel getan, um deren revolutionäres Bewußtsein und ihre militärische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Praxis zu entwickeln. Deshalb kann sie eher als andere Kompromisse mit bürgerlichen oder reaktionären Kräften zu Lasten der ausgebeuteten Klassen vermeiden. Hierin liegt die Ursache ihrer Stärke, die sie nicht nur gegenüber äußerer Invasion, sondern auch gegenüber den autoritären, bürgerlich-nationalistischen Kräften der EPLF zeigt. Da die EPLF die stärkste Kraft der Revolution und der sozialen Entwicklung ist, wird sich die Invasion äthiopischer Truppen mit ausländischer Hilfe notwendig besonders gegen sie auswirken müssen.
Der Angriff auf Eritrea wird von einem Regime in Äthiopien getragen, dessen dauerhafte Orientierung kaum einzuschätzen ist. Wir verkennen nicht die außerordentlichen Probleme, vor denen eine revolutionäre, das feudale System stürzende Bewegung in diesem Lande stand, das von tiefen Stammes- und Religionsunterschieden, die gleichzeitig zu sozialen Herrschaftsstrukturen geronnen waren, geprägt war. Wir sehen aber auch, daß die militärische Führungsgruppe Äthiopiens keine eindeutige Klassenbasis aufweist, sondern sich in terroristischer Weise in kleinbürgerlichen Fraktionskämpfen verstrickt. Die Erfahrungen, nicht nur aus anderen afrikanischen Ländern, zeigen, welch unbestimmtes Moment gesellschaftliche Entwicklungen in solchen, weitgehend von Zwischenschichten geprägten Herrschaftssystemen liegt. So ist für uns keineswegs auszumachen, daß die Regierung Mengistu als eine "national-demokratische" mit "sozialistischer Orientierung" gekennzeichnet werden kann. Viele solche Zwischenschichten-Regierungen in anderen Ländern haben – selbst nach Verstaatlichungen und Agrarreformen – die Interessen der Bauern und Arbeiter an der allseitigen Entwicklung des Landes zugunsten der Sicherung ihrer eigenen Privilegien unterdrückt. Hierzu waren sie oft genug bereit, ihr Land in erneute Abhängigkeit von alten Kolonial- und Imperialmächten zu bringen und dadurch eine nationale Entwicklung aufs Höchste zu gefährden. Das Beispiel Ägypten, früherer Paradefall für die sowjet-marxistische Theorie des "nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges", mag hier als Warnzeichen dienen.
Die Invasion in Eritrea soll nun von dem Argument gedeckt werden, daß zunächst die staatliche Einheit des Landes herzustellen sei. Erst dann könne Addis Abeba größere Flexibilität zeigen. Wir halten das Argument von der Priorität der staatlichen Einheit um jeden Preis für Marxisten für völlig unzulässig. Es vergißt, daß die Frage der staatlichen Einheit nicht absolut zu entscheiden, sondern im historischen und sozioökonomischen Zusammenhang zu sehen ist. Für sozialistische Bewegungen, die den Anspruch nach der Entfaltung einer freien und zutiefst demokratischen Gesellschaft stellen, kann staatliche Einheit verschiedener Völker nicht auf Unterwerfung einer revolutionären Bewegung durch die andere, sondern nur auf ihrer freiwilligen Kooperation beruhen. Der militärische Konflikt zwischen ihnen muß dagegen konterrevolutionärem Einfluß Tür und Tor öffnen. Konkret gesprochen: Durch die Invasion in Eritrea wird die EPLF in ihrem Klassenkampf gegenüber den national bürgerlichen Kräften geschwächt, und um Waffen zu erhalten, gegenüber äußeren Einflüssen verwundbarer.
Auf der anderen Seite wird der revolutionäre Prozeß in Äthiopien durch diesen Invasionskrieg notwendig zerstört werden. Nicht mehr die soziale Revolution, sondern die militärische Effizienz steht im Vordergrund. Sozialistische, kommunistische und gewerkschaftliche Opposition, die sich nicht strikt den nationalen Kriegszielen unterordnet, wird verstärkt Objekt der Repression werden. Die jüngste Verfolgung der Gewerkschaftsführung ist hierfür ein eindringliches Zeichen. Der Unterdrückungskrieg gegen den Widerstand eines ganzen Volkes muß die revolutionäre Moral Äthiopiens zerstören und eine sozialistische Orientierung aufs Äußerste gefährden. Die Beihilfe hierzu von Staaten mit sozialistischem Anspruch muß den revolutionären Internationalismus aufs Schwerste treffen!
Wir ziehen als Schlußfolgerung: Mit der Invasion in Eritrea wird nicht nur die Gefahr der Zerschlagung einer selbständigen, sozialrevolutionären Bewegung zugunsten der Konterrevolution eingeleitet, sondern auch dem revolutionären Prozeß in Äthiopien, der von ausschlaggebender Bedeutung für die Entwicklungschancen des armen Landes ist, selbst großer Schaden zugefügt. So wichtig auch die Hilfe Kubas für die MPLA in Angola gegen die Hilfskräfte der imperialistischen Staaten gewesen ist, so sehr wenden wir uns gegen sein Eingreifen auf Seiten der äthiopischen Regierung gegen die sozialrevolutionäre Bewegung in Eritrea. Wie will Kuba in diesem Jahr die Teilnehmer an den Weltjugendfestspielen unter den Bildern von Che Guevara begrüßen, wenn gleichzeitig kubanische Soldaten dazu beitragen, die Befreiungsbewegung in Eritrea zu bekämpfen?
Wir fordern Dich und alle kubanischen Genossen auf, die indirekte oder direkte kubanische Unterstützung für die Invasion in Eritrea sofort abzubrechen und eure Kräfte mit langem Atem für eine Verständigungslösung ohne Anwendung von Gewalt und Druck zwischen Äthiopien und den sozialrevolutionären Kräften in Eritrea einzusetzen. Nur so kann unermeßlicher Schaden für die Völker von Eritrea und Äthiopien und für die bestehenden Ansätze sozialistischer internationaler Solidarität abgewendet werden.
Mit solidarischem Gruß!
Sozialistisches Büro – Arbeitsausschuß
i.A. gez. Andreas Buro

Wer sich in gleichem Sinne engagieren möchte, schreibe an Botschaft der Republik Kuba, Kennedyallee 22-24, 5300 Bonn-Bad Godesberg.

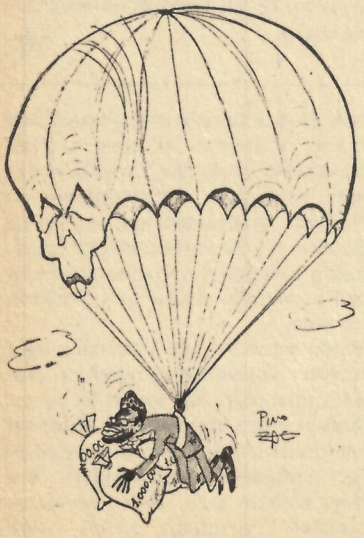
★

talen Eignung einer Person für die höheren Orts definierte Politik.
Es stellt sich die Frage, ob die Ereignisse in Zaire nicht den Versuch einer neuen Politik einleiten werden, die spürbarer als bisher, vor allem unangenehm-spürbarer, auf Europa zurückwirken wird. Dazu ist es notwendig, sich noch einmal die Etappen der Kolonisierung vor Augen zu führen.
Ziel der ersten Kolonialisierungsphase ist die Zerstörung autonomer Vergesellschaftungsformen zwecks Aufbau einer auf die Interessen der Metropole zugeschnittenen Wirtschaftsstruktur. Die Zerstörung erfolgt durch militärische Expeditionen deren Nachhut von Geologen, Industriekapitänen und Missionaren behufs materieller und immaterieller Stabilisierung der Eroberung gebildet wird.
In der zweiten Phase erfährt diese Strategie einen Wandel unter dem Druck der Unabhängigkeitsbewegungen. Die politischen und militärischen Kader werden "vereinheimischt", sie dürfen freilich auch nie so stark werden, daß in ihrem Schoß stets zu erwartende Autonomieimpulse reale Aussichten auf Verwirklichung hätten. In sozioökonomischer Hinsicht darf und muß eine materiell privilegierte, an die Interessen der Metropole angebundene Schicht entstehen, der allerdings die Verfügung über die mehrwertintensive Produktion – billige Arbeitskraft-Rohstoffe – verwehrt bleiben muß. Die Grundlage ihres Privilegs muß somit in der Zirkulationssphäre angesiedelt werden und dort angesiedelt bleiben (Handels- oder Kompradorenbourgeoisie, Staatsbürokraten- und Militärkaste).
Unverzichtbares Dogma des Neokolonialismus ist die Besetzung des sekundären Sektors (Industrie) durch metropolitane Gesellschaften. Eine nationale Bourgeoisie darf nicht entstehen. In diesem (Hinter-)Sinne muß der Vorwurf anderer westlicher Kolonisatoren an Belgien verstanden werden, keine solche privilegierte Schicht rechtzeitig aufgebaut zu haben und nicht auf Lumumba vorbereitet gewesen zu sein.
Wenn auch Patrice Lumumba kein klares Wirtschaftsprogramm besaß, unverkennbar waren in seinen Äußerungen die Akzente einer an nationalen Interessen ausgerichteten Industrialisierungspolitik. Bei den Wahlen zum ersten kongolesischen Parlament erhielt seine

Partei als einzige eine breite nationale Stimmenbasis, die anderen Parteien wurden eindeutig auf der Grundlage der Stammeszugehörigkeit gewählt.
Folglich war es das Bestreben der Belgier und der CIA, Lumumba politisch und wirtschaftlich zu demontieren. Als Legitimation zur Entsendung von Truppen brauchte man vor der Öffentlichkeit und der sozialdemokratischen Opposition weiße Menschenleben – Leichen! Nach den ersten Unruhen (Vergewaltigungen – Plünderungen – keine nachweisbaren Toten) bombardierten die Belgier den Hafen Matadi und hatten dann als Folge der anschließenden Ausschreitungen die Menschenleben, mit denen sie ihre Intervention später rechtfertigten.
Die Truppen landeten dann in Katanga, wo allerdings keine Unruhen feststellbar gewesen waren. Allein, es ging darum, den Nationalisten Lumumba durch Abtrennung der bei weitem reichsten Provinz wirtschaftlich zu strangulieren und ihm den von der Union Minière du Haut-Katanga (3) aufgebauten Moise Tshombé entgegenzusetzen.
Die Operationalisierung dieses Ziels durch die belgischen und amerikanischen Geheimdienste läßt sich auf folgende Formel bringen: gegen Lumumba, einen Führer mit Charisma und einem an nationalen Interessen orientierten Wirtschaftsprogramm, einen Herrscher mit Charisma aufzubauen, der nurmehr ein Vetternwirtschaftsprogramm verfolgt. Die Dynamik einer solchen Strategie war vorgezeichnet wie die strenge Logik eines Eliminationsverfahrens. In einem auch nur rudimentär-demokratischen Staat muß jede politisch entscheidende Person zumindest den Schein aufrechterhalten können, nationale Interessen zu vertreten.
Hintereinander fielen der erste Präsident Kasa-Vubu, der als Rebell der ersten Stunde bei fortschrittlichen afrikanischen Ländern noch einigen Kredit besaß, und Tshombé, der Mann der Union Minière, diesem Prinzip zum Opfer.
Übrig blieb der ehemalige Agent des belgischen Sicherheitsdienstes und CIA-Agent Mobutu. Sein Charisma wurde ihm nach Art der amerikanischen Wahlwerbung besorgt. Statt sich unters Volk zu begeben – die Transportwege, sofern vorhanden, verkümmerten unter seiner Regierung völlig und das Land war selten ganz befriedet (natürlich außer Katanga, inzwischen Shaba) – , präsentierte er sich alltäglich seinen Landsleuten im Fernsehen, aus einer Peter-Stuyvesant-Wolke als großer Steuermann entsteigend. Seine Afrikanisierungspolitik bestand im Gaukeln mit Namen: Kongo wurde Zaire – die Union Minière wurde nationalisiert und hieß fortan Gécamines, war aber vertraglich noch fester in fremder Hand als zuvor, da der ganze Gewinn abgeschöpft wurde, usw. Die Armee wird durch Säuberungen regelrecht geschwächt, die Soldaten erhalten keinen Sold, dafür wird seine persönliche Prätorianergarde umso besser bezahlt. Ein Regime, das mit dem Haiti von Papa Doc und dem Uganda von Idi Amin den Grausamkeitswettbewerb aufnehmen kann.
Eine wirtschaftliche Gesundung Zaires ist mit Mobutu nicht möglich. Auf ihn zu wetten, heißt für die Westmächte, das Handtuch zu werfen. Ersatz aus seiner Umgebung könnte zwar einen ernsthafteren Versuch einleiten, die wirtschaftliche Lage zu verbessern, der Versuch müßte aber scheitern, weil damit keine Garantie für politische Stabilität gegeben ist. Die diplomatische Hektik beweist, daß sich das F.N.L.C. als Kraft in Zaire etabliert hat. Es müßte daher ein Politiker die Führung übernehmen, der als Gesprächspartner für das F.N.L.C. akzeptabel ist. Die Wahl wird schwierig sein, wenn nicht unmöglich.

ROBERT DETOBEL

(1) OAU: Organisation der Afrikanischen Einheit, hat sich auf die Einhaltung der vom Kolonialismus ererbten Grenzen verpflichtet. Politisch möchte Frankreich den Aufstand in Shaba als neuen Sezessionsversuch abqualifizieren.
(2) Die Katanga-Gendarmes kämpften auf Seiten der weißen Söldner gegen die A.N.P. (Nationale Volksarmee), wurden aber teils von den Söldnern auf Befehl Mobutus ermordet, teils lockte sie Mobutu durch ein vom Internationalen Roten Kreuz garantiertes Amnestieversprechen 1968 ins Land und ließ sie dann fast restlos umbringen.
(3) Die Union Minière du Haut-Katanga wurde 1906, 14 Jahre nach den ersten Erzfunden in Katanga, gegründet. Wie die 1911 in Süd-Kasai, der Nachbarprovinz Katangas, nach den Diamantenfunden gegründete Forminière ist sie eine Tochtergesellschaft des belgischen Holdings Société Générale. Sie bildete seit jeher einen Staat im Staat. Sezessionsabsichten nach nordrhodesischem Muster hatte es bereits lange vor der Unabhängigkeit gegeben. Katanga eignete sich klimatisch gut für den Aufenthalt der Europäer.



Spanische KP – Parteitag der Entstalinisierung

Vom 19. bis 23. April fand in Madrid der erste legale Kongreß der KP Spaniens (PCE) seit 46 Jahren statt. Wegen ihres "eurokommunistischen" Kurses findet die Partei starke Beachtung. Wir wollen über ihre soziale Struktur und innere Organisation genauer informieren.
Obwohl die PCE bei den Wahlen im Juni 1977 nur knapp 10% der Stimmen erhielt – die jetzt vereinigten Sozialisten dagegen 32% – ist sie derzeit die an Mitgliedern stärkste politische Formation Spaniens (201.740 im April 1978). Ihre Bedeutung ist in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich: Andalusien mit mehr als 40.000 Mitgliedern, Madrid mit 32.000, Valencia mit 23.000 und das Bergbaugebiet Asturien (12.000) stehen an der Spitze. Hinzu kommt die formell unabhängige "Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens" (PSUC) mit 40.000 Mitgliedern. Die spanische KP ist vor allem in den Industriezentren des Landes verwurzelt, wenig jedoch im Baskenland. Starken Zulauf findet sie auch in den Latifundiengebieten und wenig industrialisierten Städten Andalusiens. Schwach ist die PCE in den verarmten Landzonen Nordwest-, Mittel- und Westspaniens, die meist durch vorwiegend kleinbäuerlichen Besitz und eine sehr hohe Abwanderungsquote gekennzeichnet sind.
Industrie- und Landarbeiter bilden eine klare Mehrheit der Parteimitglieder; daneben findet sich ein beträchtlicher Teil (meist) Lohnabhängiger mit akademischer Ausbildung. Kaum eingetreten sind Bauern, Angestellte und städtisches Kleinbürgertum; auch Arbeiter aus den in Spanien noch sehr verbreiteten Kleinbetrieben sind unterrepräsentiert. Ein dunkler Punkt sind Teilnahme und Gewicht der Frauen in der Partei. Auf dem Kongreß stellten sie nur 13% der Delegierten, 20 von ihnen wurden in das 160 Personen umfassende ZK gewählt. In diesem ZK sind 80 Arbeiter, 60 Mitglieder mit akademischer Ausbildung, 9 Angestellte und 6 Bauern vertreten. Zu erwähnen ist noch die Jugend der Partei: So lag das Durchschnittsalter der Kongreßdelegierten bei 35 Jahren, obwohl die Jugendorganisation der Partei nicht vertreten war.
Die schnelle Zunahme der Mitgliedschaft seit der Legalisierung, April 1977, machte es nötig, die PCE den neuen Aufgaben einer "Massenpartei" anzupassen. Bis 1976 war die Partei hauptsächlich über den Arbeitsplatz in "Zellen" organisiert. Seitdem wird der Schwerpunkt des Parteilebens in die Wohngebiete verlagert. Die Basisgruppen der "agrupaciones" sollen die Partei stärker in der Bevölkerung verwurzeln. Dabei sollen die Genossen weniger durch Agitationstätigkeiten – wie Plakate kleben, Zeitschriftenverkauf – absorbiert werden, sondern in erster Linie demokratische Initiativen und Bewegungen der Bevölkerung in ihrem Lebensbereich fördern. So ist die PCE stark in der Stadtteil- und Nachbarschafts-Bewegung präsent. Viele, vielleicht die meisten dieser Vereinigungen wurden von ihren Mitgliedern initiiert.
Die Umstellung der Partei auf agrupaciones ist nicht problemlos verlaufen. Der starke Mitgliederzuwachs führte vielerorts zu Desorganisation. Passivität und Demobilisierung in vielen agrupaciones ist die Folge. Die Schwierigkeiten der Partei liegen jedoch nicht nur in ihrer organisatorischen Struktur, mehr noch in einer politischen Desorientierung sehr vieler Genossen: Der politische Wandel im Land bleibt trotz einiger Reformschritte undurchsichtig und widersprüchlich. Im unmittelbaren Lebensbereich der Bevölkerung sind die Institutionen der Diktatur noch teilweise intakt. Es gab bisher weder Kommunal- noch Regionalwahlen. In den meisten Orten bestimmen Bürgermeister aus der Zeit des Franquismus. Die Kompetenzen und rechtliche Stellung der kürzlich gewählten Betriebsräte (vgl. die Mai-Ausgabe von "links") ist bisher durch kein Gesetz geregelt, während gleichzeitig die restriktiven Bestimmungen aus der Diktatur von der Arbeiterbewegung durchbrochen wurden. In dieser widersprüchlichen Situation hat sich nun gleichzeitig schnell eine abgehobene "politische Klasse" etabliert, an der auch führende

Kommunisten zum Teil partizipieren. Daß die PC-Führung sofort nach der Legalisierung durch weittragende Beschlüsse – wie die Anerkennung der Monarchie –, Parlamentsreden und Vereinbarungen – wie den Pakt von Moncloa – in der "großen Politik" mitmischte, hat auf der anderen Seite Unzufriedenheit und noch mehr Verunsicherung unter den Mitgliedern und Sympathisanten verstärkt. Dies umso mehr, als Erfolge im sozialen und ökonomischen Bereich ausbleiben.

Vor diesem Hintergrund war die Hauptaufgabe des Parteikongresses nicht so sehr, ein politisches Programm zu beschließen, sondern die Organisation zu konsolidieren, und vor allem: ihre innere Demokratisierung voranzubringen. In der Illegalität war die PCE stark zentralistisch und sehr wenig demokratisch. Den "eurokommunistischen" Kurs, eingeleitet nach der CSSR-Invasion 1968, haben die Genossen in den Zellen zwar diskutiert, er wurde jedoch von der Führung weitgehend selbständig bestimmt. 1972 fand der 8. Parteitag in tiefster Geheimhaltung statt, die meisten Mitglieder erfuhren es erst Monate später aus der Presse. Das dort eingesetzte ZK war mittels Kooptation gebildet.

Wie ist nun die versprochene Demokratisierung in Vorbereitung und Durchführung des 9. Parteitags im letzten April verwirklicht worden? Das alte ZK hat Ende Januar, nach Vorarbeit einer Kommission, Thesen und neue Statuten beschlossen. Sie wurden an alle agrupaciones zur Diskussion verteilt. Gleichzeitig eröffnete "Mundo Obrero", die Wochenzeitung der PCE, eine vierseitige "Tribüne" für Diskussionsbeiträge. Auf allen Ebenen fanden Plenarversammlungen statt. Wahlen zu den Komitees der verschiedenen Ebenen, die Wahl von Delegierten für den Parteitag (einer für 150 Mitglieder), von Kandidaten für das neu zu wählende ZK. Alle Änderungsvorschläge zu Programm und Statut – ob sie von agrupaciones oder einzelnen Genossen kamen – wurden an die Redaktionskommission des ZK weitergeleitet. Obwohl "Mundo Obrero" auch Beiträge abdruckte, die sich mit dem Entwurf des ZK kritisch auseinandersetzten, war die Diskussionsfrist von nur zwei Monaten viel zu kurz. Darüber, wie auch in der Wahl der Delegierten zum Parteitag, kam es in einigen Regionalversammlungen zu härteren Konflikten. Am spektakulärsten war der Auszug von 110 Delegierten in Asturien, der durch eine autoritäre Konferenzführung der dortigen Parteileitung provoziert wurde.

Die endgültige Entscheidung über Programm und Satzung wurde auf dem Parteitag von Arbeitskommissionen vorbereitet, auf die sich alle Delegierten gleichmäßig verteilten. Änderungsvorschläge, die dort eine Mehrheit oder 1/3 aller Stimmen erhielten, wurden vom Plenum des Parteitags abgestimmt. Den Arbeitsgruppen lag ein revidierter Entwurf der Redaktionskommission des ZK vor, der Änderungsvorschläge aus der Parteibasis zum Teil berücksichtigte. Verschiedene politische Thesen wurden dennoch vom Parteitag erheblich umgearbeitet. Ein kleines Beispiel ist die Debatte um die Kernkraftwerke. Der erste Entwurf des ZK sprach sich bündig für Nuklearenergie in nationalisierten Betrieben aus. Die Delegierten der Emigration sowie kleinerer Provinzen Spaniens forderten dagegen einen Stopp der KKWs. Durchsetzen konnten sie sich nicht, erreichten aber, daß die PCE jetzt für eine "Begrenzung" der Kernenergie eintritt, solange nicht strengere Sicherheitsvorschriften erlassen sind, und solange nicht eine "authentische öffentliche Debatte" über den Bau von Kernkraftwerken geführt worden ist. Gleichzeitig fordert sie den Ausbau nichtnuklearer Energiequellen.

Die schärfsten Kontroversen gab es um These 15, die das ideologische Selbstverständnis der Partei formuliert. Die PCE definiert sich jetzt als "marxistische, demokratische und revolutionäre Partei", also nicht mehr als "marxistisch-leninistisch". Eine Sonderkonferenz der katalanischen Sektion der PCE (PSUC) hatte mit knapper Mehrheit gegen eine Streichung des Leninismus entschieden, in Madrid, Asturien und anderen Regionen eine beträchtliche Minderheit. Auf dem Kongreß konnten die Leninisten gut 20% der Delegierten auf sich vereinigen.

Deutschen Genossen mag die Debatte um den Leninismus wie Wortklauberei erscheinen, vor allem, da der Kongreß zentralistische Prinzipien in der Partei wie auch das Fraktionsverbot bestätigt hat. In Spanien steht hinter der Debatte die Befürchtung vieler aktiver Mitglieder, daß eine pragmatische Tagespolitik das Ziel einer sozialistischen Revolution mehr und mehr zurückdrängt, die Partei in sozialdemokratische Tendenzen gerät. Gerade für ältere spanische Kommunisten bleibt die russische Oktoberrevolution ein legendäres Vorbild, "Leninismus" ist ihnen das Symbol eines unnachgiebigen Kampfes gegen die Bourgeoisie. Der Diskussions- und Entscheidungsprozeß vor und während des Parteitags war eine Einübung in neue Formen demokratischer Willensbildung. Dem setzt jedoch weiterhin der "demokratische Zentralismus" Grenzen. Auch das neue Statut verbietet Fraktionsbildung und "organisierte Tendenzen" in der Partei. Wann unterschiedliche Richtungen in der Partei legitim, wann sie feste Fraktionen sind, bleibt dabei verschwommen. Tatsächlich fällt das Statut hinter die Entwicklung der Partei zurück, in der sich feste Tendenzen bereits herausgebildet haben – am deutlichsten in der PSUC. Auch im neuen ZK sind Exponenten aller Richtungen in der Partei vertreten. Wie unentschieden die Debatte um eine innere Demokratisierung der PCE ist, spiegelt eine von den Delegierten beschlossene Änderung der Statuten wider. Im ursprünglichen Entwurf hieß es recht selbstgefällig: "Die spanischen Kommunisten haben selbstkritisch die Etappe des Stalinismus überwunden". Jetzt heißt es: "Wir sind dabei, den Stalinismus zu überwinden, und wir gehen weiter in diese Richtung."

Das politische Programm der PCE kann an dieser Stelle nur angedeutet werden. Die Partei verpflichtet sich ausdrücklich auf die Regeln bürgerlicher Demokratie. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt fordert sie eine "Regelung der demokratischen Konzentration" mit Rechtsparteien und Sozialisten. Diese zeitlich begrenzte Koalition soll die Herstellung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse in Spanien absichern. Als Voraussetzung einer ökonomischen Entmachtung des Kapitals proklamiert sie eine "Etappe der politischen und sozialen Demokratie". In dieser Etappe soll die Herrschaft der Monopole zurückgedrängt, der Staatsapparat auf allen Ebenen demokratisiert, eine Hegemonie der Arbeiterklasse und der "Kräfte der Kultur" im gesellschaftlichen Leben erreicht werden. Für den Übergang zum Sozialismus ist ein Zusammengehen aller linken Organisationen und Bewegungen im Land notwendig – eine "neue politische Formation, an der alle zum Sozialismus positiv stehenden Parteien beteiligt sind, wie auch Gewerkschaften, Kooperativbewegungen und andere soziopolitische Organisationen". Erst diese Einheitsbewegung kann eine reale Alternative zum bürgerlichen Block sein.

HARTWIG BERGER
SANTIAGO TOVAR

Einladung ins Syndikat

In der Syndikat-Buchgesellschaft schließen sich Autoren, Verleger und Leser zu einer Institution zusammen, die den Bestand kritischer Wissenschaft zu bewahren und zu erweitern sucht. Erklärtes Ziel ist die Konzentration aller für die kommenden Jahre relevanten wissenschaftlichen Literatur an *einem* Ort.
Jetzt erscheint der zweite Katalog mit dem neuen Buchclub-Programm. Wir stellen hier eine Auswahl vor. Lieferbar sind zur Zeit etwa 200 Titel.

Leiris Die eigene und die fremde Kultur, **Thomson** Die ersten Philosophen, **Baxandall** Die Wirklichkeit der Bilder, **zur Lippe** Naturbeherrschung am Menschen, **Aries** Geschichte der Kindheit, **Grandville** Das gesamte Werk, **Mill** Die Hörigkeit der Frau, **Schivelbusch** Geschichte der Eisenbahnreise, **Luxemburg** Politische Schriften, **Neumann** Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus, **Bataille** Die Aufhebung der Ökonomie, **Meillassoux** „Die wilden Früchte der Frau", **Jay** Dialektische Phantasie, **Abraham** Psychoanalytische Studien, **Parow u. a.** Über die Schwierigkeit, erwachsen zu werden, **Mannoni** „Scheißerziehung", **Enzensberger** Literatur und Interesse, **Aragon** Pariser Landleben, **Panofsky** Das Leben und die Kunst Albrecht Dürers.

COUPON

Der Buchclub des Syndikats interessiert mich. Schicken Sie mir unverbindlich und kostenlos
o Informationsmaterial
o den ausführlichen Katalog (DM 2,– in Briefmarken lege ich bei)

.....
Name

.....
Adresse

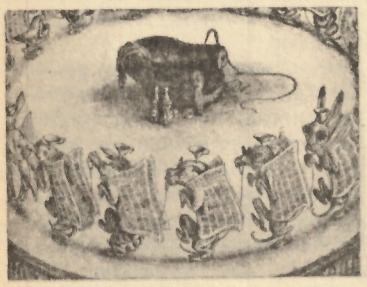
.....

SYNDIKAT Buchgesellschaft für Wissenschaft und Literatur
Savignystr. 61-63
6000 Frankfurt am Main

russell-nachlese

Gedanken zum Verfassungskonzept

Nachdem Ernst-Otto Maetzke in der FAZ dem Jury-Mitglied des Russell-Tribunals Lolle Nauta eine gute Note für dessen "erkennbares Bemühen" gegeben hat, sich der eigentlichen Problematik der 'Nichteinstellung in den Öffentlichen Dienst" wenigstens zu nähern und nicht nur zu "verleumden", verteilt er anschließend Fünfen und Sechsen im Stil des deutschen Gymnasialprofessors:



"Auch Jury-Mitglieder aus Skandinavien und Irland waren gelegentlich einer nüchternen Überlegung fähig. Freilich konnten sie sich nicht gegen die penetrant-lehrhaften und primitiv-demagogischen Jury-Mitglieder aus Frankreich, Italien und Amerika durchsetzen. Die pharisäische Selbstgerechtigkeit des französischen Linguisten Faye bildete den Tiefpunkt, der – statt Fragen zu stellen – viele Jahrhunderte europäischer Geistesgeschichte abhandelte und dabei den Begriff der Treue der "Feudalgesellschaft" zuordnete." (FAZ v. 4.4.78)

Untenstehend dokumentieren wir den Leserbrief, den Jean Pierre Faye daraufhin an die FAZ schrieb.

Redaktion "links"

Bei der Lektüre des Artikels "Erniedrigte Sittenrichter" aus der FAZ vom 4. April 1978 habe ich mich mit Erstaunen gefragt: was hatte den Verfasser dieses Artikels veranlaßt, seine Kaltblütigkeit so weitgehend zu verlieren, daß er sich in solch beleidigenden Worten über diejenigen Mitglieder der Jury, die "aus Frankreich, Italien und Amerika" nach Frankfurt gekommen waren, zu äußern?

Da er mich bzw. meine Äußerungen als den Tiefpunkt dieser Situation beschreibt, fühle ich mich befugt – in meinem Namen – mit einer vorläufigen Antwort zu einem Ideentausch beizutragen, der künftig für jeden Deutschen und für jeden "freien Europäer" von Interesse ist, wenn man es noch wagen darf, auf diese Bezeichnung Bezug zu nehmen, die auf die große deutsche Philosophie des vorigen Jahrhunderts zurückgeht.

Eine auf juristischer sowie philosophischer Ebene skizzierte Kritik am Konzept der "Verfassungstreue" scheint mir im Hinblick auf alle freien Bürger der Bundesrepublik sowie des künftigen Europa – einschließlich Frankreich – gerechtfertigt. Wie kann der Autor des Artikels in diesem Unterfangen eine "pharisäische Selbstgerechtigkeit" sehen? Ich muß gestehen: dies gibt mir ein Rätsel auf. Liegt es vielleicht daran, daß ich mich auf die erste verfassungsgebende Versammlung Europas bezogen habe, die die Geschichte in Frankreich hervorbrachte (wie sie die Entdeckung der Keplerschen Gesetze in Deutschland zeitigen ließ)? Aber ich habe die Tatsache betont, daß die grundlegende Frage über eine politische Verfassung das erste Mal ausdrücklich von Montesquieu in einem Kapitel mit dem Titel "Über die Verfassung Englands" erhoben worden ist – selbst wenn diese englische Verfassung nie ausdrücklich aufgeschrieben und abgefaßt worden ist. Und daß ausgehend von dieser Abfassung eine erste Verfassung mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung in der Neuen Welt schriftliche Form erhielt. Dieser dreifachen Tatsache wird die große deutsche Philosophie gerecht, indem sie ihr in einer außerordentlichen Schrift (Kritik der Urteilskraft), die umfassendste Auslegung bereitete, welche so mutig von Immanuel Kant zu einem Zeitpunkt verfaßt wurde, als die Armeen der absolutistischen Herrscher in das "Land der Verfassung" einbrachen. Im Rahmen dieser vier Ereignisse sind die sich entfaltenden Momente des Konzepts der deutschen Verfassung festzumachen, über die Frankfurter Nationalversammlung der Paulskirche und der verfassungsgebenden Versammlung von Weimar bis hin zum Parlamentarischen Rat und dem Grundgesetz von 1949.

Ich denke, daß die folgende Frage zentral ist: Jede Verfassung hat sich aus der Ablehnung des "Ergebenheitsprinzips" gegenüber der Willkürherrschaft eines Fürsten, Monarchen, einer Exekutive, einer Regierung entwickelt, ob es sich um die Stuarts oder die Bourbonen, um die Kolonialherrschaft in der Neuen Welt, den wilhelminischen Obrigkeitsstaat oder den Führerstaat handelt. Der gesamte Verfassungsgedanke der westlichen Welt stützt sich, seit der "Petition of Rights" von 1628, der "Bill of Rights" von 1689 sowie der Erklärung der Menschenrechte von 1789 und 1793 auf diese Bestätigung der Grenzen, die der Exekutivgewalt des Staates gesetzt wurden. In diesem Sinne ist es am "Fürsten", obliegt es der Exekutive, sich treu zu den Prinzipien der Verfassung zu verhalten, da sie ja das Monopol der "rechtmäßigen Gewalt" innehat. Heutzutage wäre es Aufgabe der exekutiven Gewalt, diesen Prinzipien und in Anerkennung der Menschenrechte, einen "Treueeid zu leisten". Wenn von einfachen Bürgern eine "allégeance": Treue, Verpflichtung, Bekenntnis auf einen Text primär deshalb gefordert wird, weil es sich um einen staatlichen Text handelt, neigt diese ganze Treuesprache dazu, auf die Gefolgschaftsideologie zurückzuschreiten, dieser Fortführung des Führergedankens.

Von Kant bis Heine und Hölderlin bis Büchner befanden sich die deutsche Philosophie und Dichtung im Mittelpunkt dieser Hauptströmung des abendländischen Gedankenguts. Diese bezog Marx mit ein, was sowohl die Apologeten des Stalinismus als auch die Hexenverfolger des Konservatismus überraschen wird. Man vergißt, daß Marx Hegel gerade die Volks-Souveränität und den Vorrang der gesetzgebenden vor der exekutiven Gewalt entgegenhält. Als Repräsentant des "Willens der Allgemeinheit" hat "die gesetzgebende Gewalt die großen allgemeinen Revolutionen gemacht". Dagegen hat "die Regierungsgewalt die kleinen Revolutionen, die retrograden Revolutionen, die Reaktionen gemacht": Die des Louis Bonaparte in der Revolution von 1848, wie die des Generalsekretärs in der russischen Revolution; die der Machtergreifung in der Weimarer Republik, wie die der Armeen in Brasilien, Chile und Argentinien. Marx präzisiert, daß in all diesen Fällen "die Regierungsgewalt ... gegen die Verfassung revolutioniert hat". Aus diesem Grund ist die freie Diskussion über den Weg des "kritischen Denkens" ein besseres Mittel, sich vom stalinistischen Alptraum zu befreien, als die polizeilichen Anhörungen über "Treue", wodurch indirekte Repräsentanten des Verfassungsschutzes zu den Praktiken der "inquiries" des McCarthyismus zurückkehren.

Es steht dem Volk der "Kritik" zu – dem der 'Kritik der Praktischen Vernunft' und der 'Kritik der Hegelschen Staatsphilosophie' –, über die Situation der Menschenrechte im eigenen Land vor dieser international anerkannten kritischen Instanz, dem 3. Russell-Tribunal, eine konsequente und freiheitliche Debatte zu eröffnen. Schon allein die Tatsache, daß dieser Schritt auf Anregung einer sehr wichtigen Gruppe bundesrepublikanischer Bürger hin stattfand, zeigt klar und deutlich den Unterschied, der zwischen dieser Situation und der anderer Länder Europas, die von Faschismus oder Stalinismus geprägt sind, herrscht.

Die jungen deutschen Zuhörer, die in dem großen Saal des Bürgerhauses von Harheim applaudierten, als ich zu der Gründung eines "Unterstützungskomitees für die Bewegung der Menschenrechte" aufrief (dieser Zentralpunkt der sowjetischen Dissidenten), diese Zuhörer verdienen in keiner Weise, in der Presse als eine sich außerhalb des Gesetzes befindliche Horde bezeichnet zu werden. Sie haben zweifellos, mehr als jeder andere, den Sinn für Freiheit. Die Solidarität, die sie für die Dissidenten der DDR, Prags und der Sowjetunion empfinden, ist ein offenkundiges und wesentliches Faktum.

Freilich waren bestimmte Anhörungen, die vor dem "sogenannten Russell-Tribunal" beschrieben wurden, denen, die der Prager Vaclav Havel in seinen Dialogen beschreibt, sehr ähnlich. Mit dem Unterschied in der Anzahl der Fälle. Und auch noch, was ich wünsche, mit dieser ausdrücklichen Unterscheidung, daß in Frankfurt, nicht aber in Prag, ein Recht bestehen muß, auf diffamierende Artikel in der Presse zu antworten, was sich aus dem Wortlaut der Menschenrechte und aus den Prinzipien der Verfassung selbst herleitet.

JEAN PIERRE FAYE

Rotbuch Verlag

Potsdamer Straße 98

1000 Berlin 30

Lagebericht

viele von uns sitzen noch
zornig
am Schreibtisch
viele von uns laufen noch
frei
herum
viele von uns schießen noch
gegen uns
mit ihren Gnadengesuchen
viele von uns denken noch
sie kämen durch
wenn sie ganz ruhig bleiben

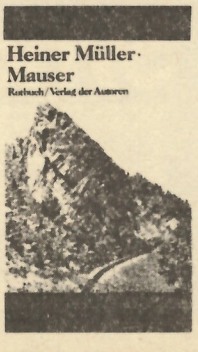
Rotbuch 182
80 Seiten
DM 8

Ebenfalls als Rotbuch erschienen: Balladen vom kurzen Prozeß, Rotbuch 138, DM 7 und: Die Landnahme von Torre Bela, Rotbuch 150, DM 7

Rotbuch 188
192 Seiten
DM 10

Ebenfalls als Rotbuch erschienen: Bezahlt wird nicht! Rotbuch 166, DM 7

Rotbuch 184
104 Seiten
DM 8



Bitte fragen Sie im Buchhandel nach den fünf bereits erschienenen Titeln der Heiner-Müller-Ausgabe unseres Verlages.

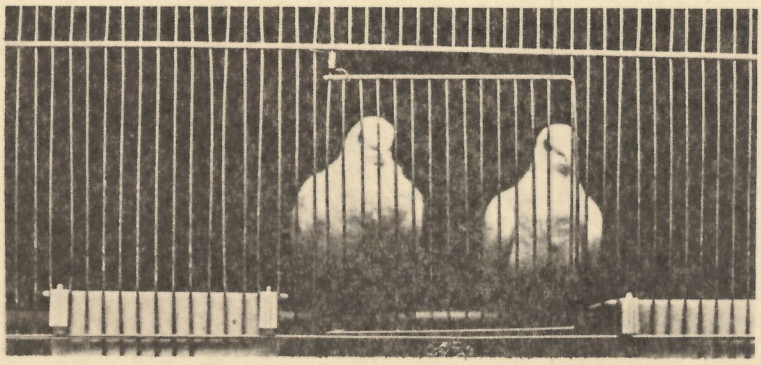
Wer schützt unsere Verfassung vor ihren Hütern?

Rüdiger Pusch

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat in seiner Entscheidung zum Wehrpflichtänderungsgesetz (besser bekannt unter der Bezeichnung KDV-Novelle) dem einzelnen Kriegsdienstverweigerer (KDVer) das Risiko dafür aufgebürdet, daß seine Gewissensentscheidung grundsätzlich nicht überprüfbar ist. Wie sich der KDVer auch dreht und wendet, letztlich ist er immer der Dumme. Folgt nämlich der Gesetzgeber dem Hinweis des BVerfG, daß man durch eine massive Verschlechterung hinsichtlich Art und Dauer des Zivildienstes (bis zu 24 Monate hält das BVerfG für unbedenklich) die leidige Gewissensprüfung überflüssig machen könne, so wird der dann staatlich anerkannte "echte" Kriegsdienstverweigerer gegenüber dem durch die Verlängerung des Zivildienstes abgeschreckten "unechten" Kriegsdienstverweigerer, der zur Bundeswehr gegangen ist, bis zu 9 Monate länger Dienst leisten müssen (mit den entsprechenden ausbildungsmäßigen und finanziellen Auswirkungen, die diese längere Dienstzeit für ihn hat). Bleibt der Gesetzgeber bei der bisher praktizierten Gewissensprüfung (unter Umständen mit geringfügigen Veränderungen), so trägt der KDVer das Risiko, daß seine Gewissensentscheidung nicht anerkannt wird und daß er zur Bundeswehr muß, um im Ernstfall zu töten und zu sterben. Soll die Verlängerung des Zivildienstes somit vor allem eine Probe auf die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung sein, so wird der KDVer in Wirklichkeit doch für seine Gewissensentscheidung (und dafür, daß sie nicht direkt überprüfbar ist) bestraft. Hat er seine Gewissensentscheidung "bewiesen", so muß er dafür länger dienen.

Schon diese vom BVerfG in seiner Entscheidung angedeutete Konsequenz ist – am Grundgesetz gemessen – mehr als bedenklich. Gilt zwar grundsätzlich für jeden Prozeß die Regel, daß derjenige, der Rechte geltend machen will, die Voraussetzungen seines in Anspruch genommenen Rechtes darlegen und beweisen muß und daß er das Risiko des Fehlschlagens seiner Beweisantritte trägt, so kann dieser Grundsatz im Bereich der verfassungsrechtlich verbürgten Grundrechte nicht gelten. Dies folgt aus der Funktion der Grundrechte, wie sie sich historisch herausgebildet haben. Als vor- bzw. überstaatliche Rechte des Bürgers gingen sie den staatlichen Rechtssätzen voraus und dienten dem Staatsbürger zur Abwehr obrigkeitsstaatlicher Eingriffe in den Bereich seiner politischen Freiheitsrechte wie seiner privaten Autonomie. Daraus folgte logischerweise auch, daß Einschränkungen dieser Rechte durch den Staat grundsätzlich unzulässig waren. Wenn Eingriffe des Staates in diesen geschützten Bereich des Bürgers zulässig waren, so nur unter äußerst restriktiven und verfahrensmäßig genau abgesicherten Bedingungen.

Folgt man dieser klassischen Funktion von Grundrechten, so hat der Staat das Nichtvorliegen ihrer Voraussetzungen in jedem Einzelfall zu beweisen. Konkretisiert für den Bereich der Kriegsdienstverweigerung bedeutet dies, daß der Staat im Einzelfall zu beweisen hätte, daß sich ein Bürger zu Unrecht auf das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung (Art. 4 Abs. 3 GG) beruft. Verstieß schon das bisher geübte Verfahren der Gewissensprüfung somit gegen verfassungsrechtliche Grundregeln, so ist dies bei der jetzt vom BVerfG ins Auge gefaßten Bestrafung von Kriegsdienstverweigerern für die Nichtüberprüfbarkeit von Gewissensentscheidungen erst recht der Fall.



Das Bundesverfassungsgericht hat seine Entscheidung so begründet:

1. Das Grundgesetz enthält auf Grund der im Zuge der Wehrgesetzgebung vorgenommenen Änderungen eine verfassungsrechtliche Grundentscheidung für die militärische Landesverteidigung. Zwar haben grundsätzlich Bundesregierung und Bundestag die Kompetenz, diese verfassungsrechtliche Grundentscheidung auszugestalten; das Wehrpflichtänderungsgesetz beeinträchtigt aber offenbar die im Grundgesetz getroffene Entscheidung. Deshalb mußte das Bundesverfassungsgericht korrigierend eingreifen.
2. Der Staat ist verpflichtet, Menschenwürde, Leben, Freiheit und Eigentum seiner Bürger zu schützen. Dieser Verpflichtung kann er nur mit Hilfe seiner Bürger und ihres Verteidigungswillens nachkommen. Daher ist die allgemeine Wehrpflicht verfassungsrechtlich gerechtfertigt.
3. Die allgemeine Wehrpflicht ist Ausdruck des allgemeinen Gleichheitsgedankens. Wehrdienstausnahmen und damit auch die Kriegsdienstverweigerung müssen sich im Rahmen der Wehrgerechtigkeit halten.
4. Das Grundrecht sieht die allgemeine Wehrpflicht als einzige – primäre – Dienstpflicht an. Der Zivildienst ist keine Alternative zum Wehrdienst, sondern ein reiner Ersatz.
5. Das Grundgesetz verlangt, daß Wehrpflichtige grundsätzlich Wehrdienst leisten. Der Grundsatz der Wehrgerechtigkeit fordert von jeder gesetzlichen Regelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, daß nur solche Wehrpflichtigen als KDVer anerkannt werden sollen, die sich zu Recht auf eine Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst mit Waffen berufen. Die bloße Erklärung, man sei aus Gründen des Gewissens gegen den Kriegsdienst mit der Waffe, reicht hierfür nicht aus.
6. Falls der Gesetzgeber also die Gewissensprüfung abschaffen will, muß der Zivildienst nach Art und Dauer so ausgestaltet werden, daß durch die Übernahme einer Ersatzdienstpflicht die Gewissensentscheidung so offenbar wird, daß mit "unechten" Kriegsdienstverweigerern nicht mehr gerechnet zu werden braucht.
7. Gegenwärtig kann nicht davon ausgegangen werden, daß die Ersatzdienstpflicht als eine im Verhältnis zur Wehrpflicht auch nur gleichermaßen aktuelle und gleichbelastende Pflicht angesehen werden kann.

Schon die letzte Begründung der Entscheidung beweist, daß die Mehrheit der Richter des 2. Senats des BVerfG nicht nur ideologische Vorurteile gegen Kriegsdienstverweigerer haben, sondern daß sie darüber hinaus auch noch sachlich inkompetent sind. Abgesehen von den sonstigen Fehlern und Manipulationen mit Zahlen, die der Entscheidung zugrunde gelegt wurden, sind auch nach offiziellen Angaben die Einberufungsquoten zum Zivildienst bisher höher gewesen als die zum Kriegsdienst mit der Waffe.

Es ist hier jedoch nicht die Stelle, die Behauptungen und Scheinbegründungen der Senatsmehrheit in ihrer tatsächlichen wie rechtlichen Fragwürdigkeit detailliert zu widerlegen. Das Minderheitsvotum des Richters Hirsch vermittelt das schon zur Genüge. Hier sei nur auf die zentrale Behauptung der Senatsmehrheit eingegangen, das Grundgesetz enthalte eine verfassungsrechtliche Grundentscheidung für die militärische Landesverteidigung. (Sind damit im übrigen alle Forschungen über die Voraussetzungen einer nicht-militärischen Gegenwehr, d.h. ein ganzer Zweig der Friedensforschung, verfassungsfeindlich? Ist damit jeder, der als Kriegsdienstverweigerer über seine eigene Entscheidung der Nichtbeteiligung hinaus auch die Berechtigung des Versuches einer militärischen Landesverteidigung prinzipiell bestreitet, ein Verfassungsfeind? Der Berufsverbotsfall Häberlein und andere Berufsverbote gegen politische Pazifisten sowie die Diffamierung ihrer Verbände als verfassungsfeindlich zeigen, daß manche Behörden und Gerichte schon dieser Ansicht sind.) Die Behauptung einer verfassungsrechtlichen Grundentscheidung für die militärische Landesverteidigung ist nicht nur in dem Urteil nicht belegt, sie ist auch nicht belegbar. Die Verfassung von 1949 enthält nach dem Willen der Verfassungsväter die Entscheidung, daß zumindest von deutschem Boden nie wieder eine Kriegsgefahr ausgehen dürfe. (Ob diese historische Zielsetzung der Verfassung von 1949 nicht zumindest als Interpretationsregel zu einer restriktiven Interpretation der Wehrverfassung führen müßte, kann hier nur als Frage angemerkt werden.)

Entscheidend ist, daß die Behauptung einer Grundentscheidung für die militärische Landesverteidigung sich auch aus systematischen Gründen nicht halten läßt. Die Senatsmehrheit verkennt schon den Unterschied zwischen juristischen Kompetenz- und Ermächtigungsnormen einerseits und Normen, die eine verfassungsrechtliche Verpflichtung des Staates zu einem bestimmten Handeln bzw. Verhalten beinhalten. Andererseits: die von der Mehrheit herangezogenen Normen der Verfassung sagen nicht mehr aus, als daß der einfache Gesetzgeber berechtigt ist, eine Armee zur militärischen Landesverteidigung aufzustellen und daß im Kompetenzgefüge der Bundesrepublik hierfür der Bund (und nicht etwa die Länder) zuständig ist.

Von einer Grundentscheidung für die militärische Landesverteidigung kann auch schon deshalb keine Rede sein, weil der Verfassungsgeber von 1949 eine ganz andere Grundentscheidung getroffen hatte: die Verpflichtung der Bundesrepublik, mit ihrer ganzen Existenz zur Sicherung des Friedens beizutragen, wie sie in den Artikeln 24-26 der Verfassung ihren Niederschlag gefunden hat. Da diese Artikel zumindest bisher noch nicht aufgehoben worden sind, hätte das BVerfG das Spannungsverhältnis zwischen dem Friedensgebot der Art. 24 ff. GG zu den Normen (noch einmal: Ermächtigungsnormen) des Grundgesetzes, aus denen das

BVerfG die angebliche Grundentscheidung für die militärische Landesverteidigung entnommen hat, aufgreifen müssen. Dies hat es jedoch nicht getan.
Im Gegenteil, man gewinnt bei der Lektüre der Entscheidung, in der das BVerfG dieses Friedensgebot auf das Angriffsverbot des Art. 26 GG reduziert hat, den Eindruck, daß das BVerfG dieses Friedensgebot und die einschlägige Literatur, die sich mit ihm beschäftigt, überhaupt nicht kennt.
Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, daß die Ermächtigung zu dem Versuch einer militärischen Landesverteidigung unter dem Vorrang dieses Friedensgebotes steht. Sollte sich erweisen, daß die militärische Landesverteidigung den Frieden nicht sichert, sondern im Gegenteil eher stört, muß die Konzeption einer militärischen Landesverteidigung aufgegeben werden. Ob die Juristen des BVerfG fachlich in der Lage sind, zu beurteilen, ob die militärische Landesverteidigung den Frieden sichern kann, ist mehr als zweifelhaft. Während es im Bereich der Naturwissenschaften inzwischen z.B. üblich geworden ist, daß sich die Juristen der Expertise der einschlägigen Wissenschaften bedienen, halten sie sich im Bereich der Sozialwissenschaften (hier wäre es der Friedensforschung) nach wie vor uneingeschränkt für kompetent.
Langfristig bedenklicher noch als der hier angesprochene Punkt ist aber die in dieser Entscheidung zuvor schon in dem Urteil zum § 218 StGB oder in anderen Urteilen der letzten Jahre immer deutlicher zutage tretende Tendenz des BVerfG, die Grundrechte nicht mehr nur als Abwehrrechte des einzelnen Bürgers zu verstehen, sondern in staatliche Gestaltungsrechte umzudeuten. Am deutlichsten ist diese Tendenz vielleicht in dem Schleyer-Beschluß hervorgetreten, in dem das BVerfG der Bundesregierung freien Raum ließ, ob es Schleyer gegen Angehörige der RAF austauschen wolle oder nicht. In diesem Beschluß führte das BVerfG aus, die Grundrechte des Individuums hätten im Zweifelsfall vor dem Interesse der Gesamtheit aller Bürger zurückzutreten. Das bedeutet im Klartext aber auch, daß der Staat als ideeller Repräsentant der Interessen der Gesamtheit aller Bürger zumindest solange in die Grundrechte des einzelnen Bürgers eingreifen kann, wie er diese Eingriffe als im Interesse aller Bürger liegend legitimieren kann. Damit verschiebt sich aber der Grundrechtsschutz von der Aufgabe der Sicherung der Menschenwürde und der Freiheitsrechte des Individuums hin zu einer Frage der Legitimation staatlichen Handelns. Wird das staatliche Handeln nur von der Mehrheit aller Bürger akzeptiert, so gäbe es – nach der Auffassung des BVerfG – gegen staatliche Eingriffe und Übergriffe zumindest prinzipiell keinen Schutz mehr. Es wird Aufgabe von Sozialisten (zumindest soweit sie die Bedeutung der politischen Freiheitsrechte bürgerlicher Verfassungen als Rahmenbedingungen ihres politischen Handelns erkannt haben) wie Liberalen sein, diese verhängnisvolle Entscheidung der Verfassungsrechtsprechung zu verdeutlichen und zu stoppen. Haben sie doch in Deutschland genügend Erfahrungen mit der Stilisierung von Gruppen- und Klasseninteressen zum Willen der Volksgemeinschaft.
Die antimilitaristische Bewegung wird sich darauf einrichten müssen, daß nicht nur das Prüfungsverfahren auf absehbare Zeit (vielleicht mit einigen kleineren Änderungen) weitergehen wird, daß die CDU/CSU über ihre Bundesratsmehrheit darüber hinaus bei weiteren eventuellen Änderungen das entscheidende Wort sprechen wird, sie wird sich auch darauf einzurichten haben, daß durch einzelne nebenbei gesprochene Bemerkungen des BVerfG sowie durch die durch das BVerfG-Urteil bedingte Klimaveränderung bezüglich der Kriegsdienstverweigerer die Bedingungen in den Prüfungsverhandlungen verschärfen werden. Haben diese doch nunmehr die höchstrichterliche Bestätigung, daß sie im Grunde doch nur Drückeberger sind. Es wird deshalb von enormer Wichtigkeit sein, die Beratung von Kriegsdienstverweigerern politisch und juristisch zu verbessern. Darüber hinaus sollte in der Zivildienstpolitik noch stärker versucht werden, die Bevölkerung über die konkreten Tätigkeitsbereiche und Arbeitsbedingungen der Zivildienstleistenden zu informieren. Ein Urteil wie das vorliegende ist jedenfalls nur solange möglich, wie die Inkompetenz des BVerfG nur den Eingeweihten offensichtlich ist. Gerade das BVerfG ist darauf angewiesen, daß seine Entscheidungen die Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung finden. Gibt es doch keine Instanz, an die man sich zur Revision der Entscheidung wenden kann, gibt es auch keine Möglichkeit der Abwahl der Richter. Die Entscheidungen des BVerfG leben allein von der allgemeinen Anerkennung ihrer Begründetheit. In dem Maße also, wie weite Teile der Bevölkerung den Zivildienst als Alternative zum Militärdienst ansehen, wird somit auch der Spielraum für Änderungen der Prüfungspraxis in den Prüfungsinstanzen selber wie in den Instanzen der Gesetzgebung und letztlich auch beim BVerfG steigen. ★

Kriegsdienstverweigerer sind nicht wehrlos

Die Absicht der Bundesregierung, den Zivildienst zu einer "lästigen Alternative" zu machen (Kasernierung, Einberufung von Kriegsdienstverweigerern aus dem laufenden Semester, wesentlich höhere Einberufungsquote als bei der Bundeswehr, Beseitigung der Heimschlaferlaubnis, keine freie Wahl der Dienststelle, Einsatz bei Zivil- und Katastrophenschutz, Umweltschutz und Landschaftspflege), sowie die einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts vom 15.12.1977 veranlaßten die Selbstorganisationen der Zivildienstleistenden (SOdZL), eine Aktionswoche mit Warnstreik und bundesweiter Demonstration zu veranstalten.

• 23.1.-27.1.78 – Aktionswoche. In dieser Zeit wurden im gesamten Bundesgebiet Infostände, Flugblattaktionen und Straßentheater durchgeführt. Braunschweiger Kollegen vermuteten hinter dem Acht-Punkte-Programm der Bundesregierung die Etablierung eines "ZDL-Sklavenmarktes" und stellten dies auch schauspielerisch dar. Zivildienstleistende beim Roten Kreuz organisierten ein kostenloses Blutdruckmessen, um so besser mit den Passanten ins Gespräch zu kommen.

Am 24. Januar traten 14 Zivildienstleistende der ZDL-Schule Staffelstein in einen siebentägigen Hungerstreik, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen; sie wurden von 12 Kollegen, die bei "Terre des hommes" arbeiten, unterstützt.

• 27.1.78 – Streik der Zivildienstleistenden. Ungefähr 5.000 Zivildienstleistende in der BRD befolgten den Streik, einige beschränkten ihre Teilnahme – aus Verantwortung gegenüber ihren Pfleglingen in Altersheimen und Krankenhäusern – auf wenige Stunden. Die Zivildienstleistenden beim Bundesamt für Zivildienst in Köln kamen demonstrativ eine Stunde zu spät und legten jedem Bediensteten ihr Flugblatt auf den Schreibtisch. In Göppingen wurde im Krankenhaus und beim DRK ein Bummelstreik organisiert; fortschrittliche Pfarrer besorgten derweil den Transport von Behinderten, um den Streikenden Zeit für Diskussionen zu geben.

In Köln unternahmen die Zivildienstleistenden während des Streiks Arbeiten, die sonst unterblieben wären: sie versorgten in einem Altenheim den Bibliotheksdienst, der wegen Erkrankung des Personals ausgefallen war; zwei Gruppen halfen im Jugendzentrum bei der Renovierung der Räume, und eine weitere Gruppe zog mit Musik und Theaterstücken durch die Stadt, um die Bevölkerung zu informieren.

In Hamburg wurde am Abend des Streiktages eine Demonstration durch die Innenstadt organisiert, an der überraschenderweise 1.200 Menschen teilnahmen. Viele Zivildienstleistende erschienen in der "Dienstkleidung", die sie zu tragen hätten, würden die Pläne des Bundesamts realisiert.

• 28.1.78 – Demonstration in Dortmund. Auf dieser Kundgebung, an der 10.000 Menschen teilnahmen, sprachen Vertreter der SOdZL, der Jusos, der DFG/VK, Kirchenvertreter und ein Vertreter der holländischen Soldatengewerkschaft VVDM. Besonders erfreulich war die zahlreiche Teilnahme von Frauen an der Demonstration. Im Anschluß fuhren noch ungefähr 2.000 Teilnehmer zum Vinckehof, der ersten und z.Zt. einzigen Zivildienstkaserne.

• Blutspendeaktion. Da nach dem Streik einige Disziplinarstrafen in Höhe von DM 100.-- verhängt wurden (insgesamt werden es 1.500 sein), führten zahlreiche SOdZDL-Gruppen Blutspendeaktionen unter dem Motto "Iven läßt ZDLer bluten" durch. Diese Aktion war mehrfach nützlich. Zum einen wird die Geldstrafe kollektiviert und kein Zivildienstleistender bezahlt seine Disziplinarstrafe alleine, womit ja die eigentliche Bestrafung aufgehoben ist. Zum anderen spendeten wir Blut, und das kann jedem zugute kommen.

• 13.4.78 – Mahnwachen und Grundrechtsbeerdigungen. Am Tag der Urteilsverkündung wurden in verschiedenen Städten vor den Kreiswehrersatzämtern Mahnwache gehalten. Ebenso vor dem Bundesverfassungsgericht.

Am Nachmittag fanden in vielen Städten Demonstrationen statt, wobei das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung zu Grabe getragen wurde. Die Bremer Kollegen hatten einen originellen Einfall, um ihrer Wut über das BVG-Urtei Ausdruck zu verleihen: Sie zogen mit einer Schubkarre voll Kuhmist durch die Straßen und kündeten auf einem Umhänge-Plakat an: "Im Zivildienst stinkt's. Die CDU bekommt ihren Mist zurück". So geschah es dann auch.

Um die Absurdität des Gewissensprüfungsverfahrens darzustellen, ließen Heidelberger Kollegen potentielle KDVer oder andere, die ihr Gewissen prüfen lassen wollten, dies an einem "Gewissensprüfstand" tun.

• 13.4./14.4.78 – Wehrpaßverbrennung. In Hamburg, Göttingen, Hannover, Kassel, Bielefeld, Köln, Stuttgart, Karlsruhe, Tübingen und München wurden Wehrpässe verbrannt. Durch diese Einäscherungen wurde gegen die Einbeziehung von KDVern in militärische Pläne und die Anmaßung des BVG, die Kriegsdienstverweigerung als Ausnahmerecht zu deklarieren und die (militärische) Verteidigungsbereitschaft als Verfassungsgebot hinzustellen, protestiert.

Zu diesen Einäscherungen wurden Traueranzeigen in die lokale Presse gesetzt, mit der Bitte, statt Kränze zu senden, eine Spende für die Streikkasse der ZDL zu überweisen.

Diese Dokumentation der Streikaktivitäten soll zeigen, daß die Zivildienstleistenden nicht wehrlos sind. Wir wehren uns mit Phantasie, bis der Gewissens-TÜV und die Militarisierung des Zivildienstes nicht mehr existieren. Die bisherigen Aktionen haben in der Öffentlichkeit und bei politischen und gewerkschaftlichen Organisationen eine breite Unterstützung gefunden, ebenso in den Medien.

Wir werden erst Ruhe geben, wenn der letzte Stein der letzten Kaserne vom letzten General im Ruhestand zum Neubau des Kindergartens gebracht wird! THOMAS GRÖGER

Die Dollarkrise

Klaus Busch

In diesem Monat findet in Bonn ein weiteres Gipfeltreffen der Regierungschefs der wichtigsten kapitalistischen Industrieländer statt, auf dem die labile Verfassung der kapitalistischen Weltwirtschaft thematisiert werden wird. Das zentrale Problem des Gipfels dürfte dabei die Folge der jüngsten Dollarkrise für die Weltwirtschaft und der deutsch-amerikanische Disput um die Lösung dieser Währungskrise sein. Der folgende Beitrag versucht, die Hintergründe der Dollarkrise sowie der wachsenden deutsch-amerikanischen Rivalitäten im Bereich der Wirtschaftspolitik zu beleuchten.

Die Ursachen der Dollarkrise Anfang der 70er Jahre

Aufgrund der rascheren Entwicklung der Produktivkräfte in den entwickelten Ländern Westeuropas (mit Ausnahme Großbritanniens) und in Japan ist die ökonomische Vormachtstellung des US-Kapitals seit 1950 stark verringert worden. Der Anteil der USA an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt erreichte 1950 48,7%, 1970 aber nur noch 37,8%; gleichzeitig verbesserte die BRD ihre Position von 6,3% auf 10,1% und Japan von 1,6% auf 9,5%. Das unterdurchschnittliche Produktivitätswachstum der US-Industrie unterhöhlte bei festen Wechselkursen die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit auf dem kapitalistischen Weltmarkt, so daß auch der Anteil der USA am Weltexport der kapitalistischen Industrieländer zurückging, und zwar von 18,5% im Jahre 1950 auf 15,5% 1970. Gleichzeitig konnte die BRD ihren Anteil von 3,8% auf 12,9% und Japan von 1,5% auf 7,0% steigern.

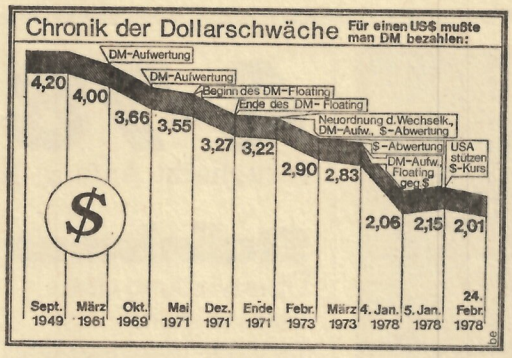
Diese krassen Verschiebungen in der internationalen Stufenleiter der Produktivkräfte und damit der Wettbewerbsposition der nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt zerrieben Ende der 60er Jahre das auf festen Wechselkursen basierende Weltwährungssystem von Bretton Woods. Im Smithsonian Agreement vom Dezember 1971 wurde der stark überbewertete Dollar abgewertet und gleichzeitig die DM und der Yen aufgewertet, ein Anpassungsprozeß der Wechselkurse an die veränderte Position der nationalen Kapitale in der internationalen Produktivitätshierarchie.

Mit dem Übergang der wichtigsten Währungen zum Floaten bzw. Blockfloaten im Jahre 1973 setzte sich diese Entwicklung fort. Von 4 DM 1969 sackte der Dollarkurs auf 2,40 DM Ende 1974 ab, im selben Zeitraum verfiel der Dollarkurs gegenüber dem Yen von 360 auf 300 Yen (vgl. das Schaubild: Chronik der Dollarschwäche).

Diese Währungsbewegungen hatten starke Auswirkungen auf einen dritten Indikator des innerimperialistischen Kräfteverhältnisses, die Position der einzelnen nationalen Kapitale im System der internationalen Direktinvestitionen. Während der Dollar in den 50er und 60er Jahren überbewertet war und demzufolge Warenexporte für das US-Kapital weniger Profit einbrachten als die Produktion im Ausland und umgekehrt die BRD und Japan im Warenexport höhere Profite erwirtschaften konnten als durch Auslandsdirektinvestitionen, haben sich diese Proportionen seit dem Realignment der Wechselkurse zu Beginn der 70er Jahre verkehrt. Für das US-Kapital ist der Warenexport im Vergleich zum Kapitalexport attraktiver geworden, während das bundesrepublikanische und das japanische Kapital wegen der starken Aufwertungen ihrer Währungen jetzt verstärkt zum Kapitalexport gezwungen sind, weil ihre Profite beim Warenexport stark geschmälert wurden. Quantitativ wird dieser Wandel etwa im wechselseitigen Direktinvestitionsverkehr zwischen den USA und Westeuropa deutlich. Konnten die USA von 1960 bis 1975 ihren Direktinvestitionsbestand in Westeuropa in jeweils einem Jahrfünft verdoppeln, so benötigte Westeuropa für die Verdoppelung seines Direktinvestitionsbestandes in den USA seit 1960 zunächst ein Jahrzehnt, seit 1970 aber nur noch ein Jahrfünft. Im Direktinvestitionsverkehr zwischen den USA und der BRD drückt sich die Verschiebung des Kräfteverhältnisses darin aus, daß die USA bis 1974 erheblich mehr in der BRD investierten als umgekehrt die BRD in den USA, seit 1975 sich diese Bilanz aber zugunsten der BRD verkehrt hat.

Die Ursachen der Dollarkrise 1977/78

Anders als die eben dargestellte "historische" Dollarkrise ist der jüngste rapide Verfall des Dollarkurses nicht auf verschlechterte Wettbewerbsbedingungen des US-Kapitals auf dem Weltmarkt zurückzuführen. Nach der Weltwirtschaftskrise 1974/75 gelang es dem US-Kapital aufgrund einer deutlichen Verbesserung der Kapitalprofitabilität im Gegenteil, die Produktivkräfte rascher zu entfalten als seine westeuropäischen Konkurrenten, und zwar bei einer gleichzeitig geringeren



Inflationsrate. Wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt der Neuner-EG 1976 und 1977 um 4,7% bzw. 2,5% (BRD: 5,6% und 2,5%), so erreichten die USA immerhin 6,0% und 5,0% und damit fast dieselbe Rate wie Japan mit 6,3% und 5,5%. Die Verbraucherpreise Westeuropas nahmen in diesen beiden Jahren um 10,3% und 10,5% zu (BRD: 4,6% und 4,0%), hingegen lagen die USA mit 5,7% und 6,5% deutlich unter der westeuropäischen, aber auch der japanischen Inflationsrate (8,8% und 8,0%).

Der starke Kursverfall des Dollars etwa gegenüber der DM oder dem Yen läßt sich damit 1977/78 nicht aus einer unterdurchschnittlichen US-amerikanischen Produktivitätsentwicklung oder einer überdurchschnittlichen Inflationsrate in den USA erklären. Entscheidend für die amerikanischen Leistungsbilanzdefizite von 1976 1,4 Mrd. Dollar und 1977 17,7 Mrd. Dollar (Handelsbilanzdefizite: 9,3 bzw. 30,4 Mrd. Dollar) (3), die den Erdrutsch des Dollars auf die 2,--DM-Grenze bewirkten, waren vielmehr einerseits der überdurchschnittliche Konjunkturanstieg in den USA, der zu einem überdurchschnittlichen Importwachstum führte, andererseits die wachsenden US-amerikanischen Ölimporte, die 1977 überdurchschnittlich anstiegen und ein erhebliches Loch in die US-Handelsbilanz rissen. Anfang 1978 setzte sich diese Tendenz fort. Das Außenhandelsdefizit im Januar und Februar 1978 belief sich mit 6,9 Mrd. Dollar auf den 2,6fachen Wert des Defizits im Januar/Februar 1977 mit 2,6 Mrd. Dollar: Der Dollar setzte seine Talfahrt fort.

Die Bedeutung der Ölimporte für die US-Handelsbilanzdefizite kann daran ermessen werden, daß 1977 51% des US-Ölverbrauchs importiert wurde (1977 45%), die Ölimporte 1977 um 10 Mrd. Dollar in die Höhe schnellten und insgesamt den Wert von 44,3 Mrd. Dollar erreichten (zum Vergleich: Handelsbilanzdefizit 1977 30,4 Mrd. Dollar).

Die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und der BRD

Der unterbewertete Dollar hat seit Ende 1977 die innerimperialistischen Rivalitäten insbesondere zwischen den USA und der BRD verstärkt. Während die Carter-Administration von der BRD-Regierung eine stärkere konjunkturelle Ankurbelungspolitik forderte, warf die Schmidt-Genscher-Regierung den USA Tatenlosigkeit gegenüber dem Dollarverfall vor, dessen Kurs kurzfristig durch stärkere Stützungsmaßnahmen der US-amerikanischen Zentralbank und mittelfristig durch höhere Besteuerung der Ölimporte und damit sinkende Importabhängigkeit des US-Ölverbrauchs aus der Unterbewertungszone gebracht werden sollte.

Die Regierung der BRD hat sich von Anbeginn gegen die Lokomotiv- oder Konvoithese der stark keynesianistisch orientierten Carter-Regierung zu wehren versucht. Leitmotiv der BRD-Wirtschaftspolitik ist nicht die massive Stärkung der Staatsnachfrage, sondern die Sanierung der für die Kapitalakkumulation entscheidenden Kapitalprofitabilität, die durch eine Tarifpolitik mit Umverteilungseffekten zugunsten der Gewinne sowie durch Steuersenkungen für das Kapital bewirkt werden soll. Dieses auf die Stärkung der Privatinvestitionen orientierte Programm wird von einer gemäßigt expansiv wirkenden Haushaltspolitik der öffentlichen Hand flankiert. An diesem wirtschaftspolitischen Konzept, das in den Jahren 1976 und 1977 praktiziert wurde, ist 1978 insofern eine leichte Korrektur vorgenommen worden, als nun neben die Versuche zur Sanierung der Kapitalprofitabilität über unterdurchschnittliche Lohnzuwachsraten und sinkende Kapitalsteuern eine stärkere expansive Staatsnachfrage trat. Das Finanzierungsdefizit der staatlichen Haushalte, das 1976 und 1977 leicht abgebaut wurde, soll 1978 wieder anwachsen. Ferner verabschiedete die Bundesregierung ihr "Programm für die Zukunftsinvestitionen", das bis 1981 eine zusätzliche Stärkung der Investitionen der öffentlichen Hand um rund 14 Mrd. DM vorsieht.

Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen der Carter-Administration einerseits und der Schmidt-Genscher-Regierung andererseits dürften in diesem Zusammenhang nicht nur als Ausdruck einer divergierenden theoretischen Position begriffen werden, etwa nach den Schlagworten: Hier reiner Keynesianismus, dort eine Mixtur aus gemäßigtem Keynesianismus und Monetarismus. Entscheidend für die divergierende Wirtschaftspolitik ist vielmehr, daß in den USA im Unterschied zur BRD die Kapitalprofitabilität in und nach der Krise 1974/75 durch unterdurchschnittliche Lohnzuwachsraten deutlich gestiegen ist. Eine massive Staatsnachfrage konnte in den USA deshalb eine ohnehin durch die verbesserte Kapital-

profitabilität induzierte Investitionskonjunktur flankieren, während in der BRD die private Investitionstätigkeit aufgrund einer weiterhin ungünstigen Kapitalprofitabilität ausblieb, so daß massive staatliche Nachfrageprogramme keine sich selbst tragende Konjunktur auslösen würden. Insofern ist die Wirtschaftspolitik der US-amerikanischen bzw. der bundesrepublikanischen Regierung unter systemimmanenten Bedingungen jeweils "richtig".

Aufgrund der unterschiedlichen Interessen der USA und der BRD hinsichtlich des Dollarkurses wird der wirtschaftspolitische Disput dennoch zentrales Thema des Bonner Gipfels bleiben. Aber auch die Gegenforderungen der BRD werden das Gipfeltreffen beschäftigen, denn auch die USA haben auf die Forderungen der Bundesrepublik in ihrer Währungspolitik nur teilweise reagiert. Zwar haben sich die USA im deutsch-amerikanischen Währungsabkommen vom März dieses Jahres, als der Dollar immer stärker in Richtung 2.--DM-Grenze abrutschte, verpflichtet, Dollarstützkäufe zu tätigen, zwar will die US-Regierung ab Mai 1978 einen Teil ihrer Goldreserven (300.000 von 277,5 Mio. Feinunzen Gold) zur Dollarstütze auf dem freien Goldmarkt verkaufen, zwar hat sich der Dollarkurs im Mai 1978 bei 2,10 DM eingependelt, aber der entscheidende Schritt zur Sanierung der amerikanischen Handelsbilanz, nämlich die Verabschiedung des Energiespargesetzes der Carter-Administration, ist bisher am Widerstand des Kongresses gescheitert. Der so weiterhin unterbewertete Dollar gefährdet das Wirtschaftswachstum der BRD auf doppelte Weise: Er beeinträchtigt die Warenexporte der westdeutschen Exportindustrie und zieht weiterhin wachsende Kapitalexporte nach sich. Die Schmidt-Genscher-Regierung, aber auch die Regierungen der übrigen kapitalistischen Industrieländer, die ebenfalls von der Dollarschwäche betroffen sind, werden deshalb auf dem Bonner Gipfeltreffen starken Druck auf die US-amerikanische Regierung ausüben, endlich entscheidende Maßnahmen zur Reduktion ihrer Ölimporte in Angriff zu nehmen.

Dollarkrise und wachsender Protektionismus in der kapitalistischen Weltwirtschaft

In einer Phase der Weltwirtschaft, in der nach der Weltwirtschaftskrise 1974/75 ein entscheidender konjunktureller Aufschwung ausblieb, in der es in den USA und Westeuropa nicht gelungen ist, den Sockel an Dauerarbeitslosigkeit wesentlich zu reduzieren, in der sich deshalb der internationale Konkurrenzkampf des Kapitals verschärft hat und überall nationalstaatliche Krisenlösungsprogramme mit protektionistischem Grundton an Boden gewonnen haben, kann ein unterbewerteter Dollar wie der berühmte Tropfen wirken, der das Faß zum Überlaufen bringt. Die Gefahr eines internationalen Handels- und Währungskrieges ist heute größer denn je seit 1945. Die Schutzklauselartikel des GATT-Abkommens sowie dessen Anti-Dumping-Bestimmungen werden heute stärker denn je von den USA, Japan, der EG, Kanada und Australien angewendet. Hier sei z.B. an die Abwehr der Textilimporte aus der Dritten Welt in den USA und der EG oder an das Mindestpreissystem für Stahlimporte in den USA sowie in der EG oder an die Stagnation der momentanen Tokio-Runde des GATT erinnert. Auch der Bestand der EG-Zollunion und des EG-Argarmarktes war in jüngster Zeit durch das italienische Import-Bardepot, die dänischen Verbrauchssteuererhöhungen auf Importwaren, den französisch-italienischen Weinkrieg und den Stahl- und Chemiefaserkonflikt deutlich bedroht.

Dieser wachsende Handelskrieg in Gestalt von schleichendem Protektionismus könnte in Währungskriegen seine Fortsetzung und Vertiefung erfahren, wenn eine so wichtige Währung wie der Dollar auf längere Zeit unterbewertet bleibt. Abwehrkonzepte etwa in Gestalt einer EG-Währungsunion, die die Wechselkurse wenigstens unter den EG-Ländern relativ stabilisieren könnten, werden zwar z.Zt. vermehrt diskutiert (etwa in den jüngsten deutsch-britischen Verhandlungen), scheitern aber an der starken ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den möglichen Teilnehmerländern selbst. Haben derartige Abmilderungsversuche im europäischen Verbund objektiv keine Realisierungschancen, könnten die Interessen des OPEC-Kartells zu einer weiteren Zuspitzung der momentanen Währungsprobleme führen. Da die OPEC-Staaten ihre Ölverkäufe in Dollar fakturieren und ihre Währungsreserven ebenfalls in Dollar halten, schmälert der niedrige Dollarkurs sowohl den Wert ihrer laufenden Exporte als auch den Wert ihrer aufgelaufenen Währungsreserven. Eine kompensatorische Öl-Listenpreiserhöhung durch die OPEC scheint in dieser Situation nicht ausgeschlossen. Diese Preiserhöhung würde aber die Handelsbilanzen vieler kapitalistischer Industrieländer erneut stark belasten und angesichts ungleicher Betroffenheit der einzelnen Länder eine ungleiche Wechselkursbewegung mit einer weiteren Verzerrung der Wettbewerbspositionen der einzelnen nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt erzeugen.

Vor dem Hintergrund einer krisenhaften ökonomischen Entwicklung in den meisten kapitalistischen Industrieländern, der sich schleichend ausbreitenden protektionistischen Tendenzen im Welthandel und der ökonomischen Interessen der OPEC-Staaten kann die Bedeutung des Dollarkurses für den Bestand der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht hoch genug eingeschätzt werden: Ein mittelfristig unterbewerteter Dollar dürfte für den weltwirtschaftlichen Verbund der kapitalistischen Industrieländer eine Sprengsatzwirkung haben. Der Ausgang des Bonner Weltwirtschaftsgipfels wird zeigen, ob das gemeinsame Interesse aller kapitalistischen Industrieländer an der Aufrechterhaltung einer "offenen" Weltwirtschaft stark genug ist, die krisenbedingt wachsenden Rivalitäten teilweise zu überbrücken, oder ob der Rückfall in die 30er Jahre mit drastischen ökonomischen und politischen Folgen für den Kapitalismus im Weltmaßstab näherrückt.

4-78
(erscheint Anfang Juli)

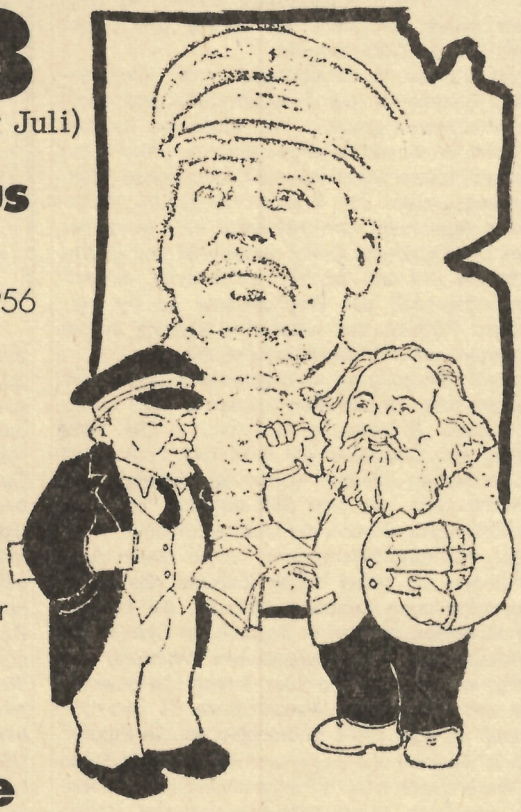
Stalinismus
Überwindung des Personenkults?
Togliatti: Interview 1956

Interview
Alberto Minucci: Terrorismus und Arbeiterpolitik in der italienischen Krise

J. Kanapa
Sozialgeschichte der Kommunistischen Bewegung

Geheimdiplomatie

Bücher
Zeitschriften



Sechsmal im Jahr !
Einzelheft: DM 9,-
Jahresabonnement: DM 44,-

VSA-Verlag, Eiffestr. 598, 2 Hamburg 26

Eine alltägliche politische Geschichte

Sommer 1976. Irgendwann mittags kommt ein Junge, 15 Jahre alt, auf den Jugendhof. Werner heißt er. Vor wenigen Tagen ist er aus einem Erziehungsheim geflohen, zum 40. Mal, erzählt er. 40 mal Flucht. Ungezählte Tage und Nächte auf der Straße. Kein Geld, Hunger, Diebstähle, Einbrüche. 30 mal gefaßt. Von der Polizei ins Erziehungsheim zurückgebracht.

Wir nehmen ihn auf.

Die Jugendbehörden versuchen noch ein halbes Jahr lang, Werner aus dem Jugendhof herauszuholen. Erst dann lassen sie ihn in Ruhe. Um Werners Lebensunterhalt abzusichern, beantragen wir beim Kreisjugendamt Hilfe zum Lebensunterhalt. 288 Mark monatlich werden bewilligt. Für jeden Tag, den Werner im Erziehungsheim verbrachte, zahlten die Behörden 120 Mark. Werner besucht die Berufsschule, um seinen Hauptschulabschluß nachzuholen.

Die Heimzeit, die unzähligen Fluchtversuche verfolgen Werner bis zum Jugendhof. Ungefähr acht Monate später kommt eine Anklageschrift. Während der Zeit, die er im Untergrund verbrachte, stahl er aus einem Wohnwagen Lebensmittel, klaute Zigaretten und Geld, knackte einen Spielautomaten, stand Schmiere, wenn andere in Häuser einstiegen. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Woche Dauerarrest.

Der Arrest sollte in der Ferienzeit verbüßt werden, so die Empfehlung des Jugendrichters an die Vollzugsbehörde, damit Werners Bemühungen, den Hauptschulabschluß nachzuholen, nicht gestört werden.

Die Vollzugsbehörde schert sich einen Dreck um die Bitte des Jugendrichters. Sie schickt ihre 'Einladung' mitten in der Schulzeit. Wir schreiben der Behörde und bitten um Verlegung des Arrestes in die Ferienzeit. Keine Antwort.

Die Antwort kommt erst am 6. April 1976: Morgens gegen 9 Uhr jagen drei Streifenwagen der Polizei auf das Gelände des Jugendhofes. Sechs Polizisten springen heraus. Drei postieren sich auf dem Hof. Drei stürmen unser Büro. Sie verlangen, Heinz zu sprechen. Heinz, der 17 Jahre Heimerziehung hinter sich und seine Erfahrungen mit der Polizei hat, versucht den reichlich nervösen Beamten zu erklären, daß es gefährlich sei, mit Gewalt vorzugehen. Die Jugendlichen hätten ihre schlechten Erfahrungen mit der Polizei. Da genüge ein Funke, um die bereits herrschende explosive Stimmung zum Platzen zu bringen. Heinz bittet den ältesten Beamten, alleine mit ihm ins Haus zu gehen. Offensichtlich verstehen die Polizisten die Bitte.

Auf dem Weg zum Hauptgebäude, in dem die Jugendlichen ihre Zimmer haben (das Büro liegt abseits), erklärt der Anführer der Polizisten, daß Werner zum Arrest abgeholt werden müsse. Vor dem Haus erklärt Heinz noch einmal, daß nur der älteste Beamte ins Gebäude kommen solle. Der könne dann nachsehen, ob Werner da ist.

Heinz hat mit dem Polizisten gerade den Eßraum erreicht, als laute Auseinandersetzungen an der Tür ihn zurückrufen. Er eilt zur Tür, um nachzusehen was los ist. Er kommt aber garnicht mehr dazu, Fragen zu stellen. Heinz erscheint kaum in der Tür, da packen ihn auch schon zwei Polizisten, schleudern ihn zu Boden, schlagen und treten ihn.

Keiner greift die Polizisten an. Geistesgegenwärtig fotografiert Nicki die prügelnden Polizisten.

Obwohl unsere Leute die Polizisten nur anschreien, rennt plötzlich ein vielleicht 22jähriger Polizist zu einem Einsatzwagen und schreit ins Telefon: "Hilfe! Auf dem Jugendhof werden Beamte verprügelt." Wenige Minuten nach diesem 'Notruf' wimmelt es auf dem Hof von Polizisten. Das gesamte Gelände ist von rund 40 Beamten umstellt. 20 Minuten später ist der Spuk vorbei. Mit dem Einsatzleiter vereinbaren wir, daß alle Polizisten abziehen und wir Werner, sobald er auftaucht, zum Arrest bringen. Das wird auch durchgeführt. Acht Monate später (am 21. Dezember 1977) erhält Heinz eine Anklageschrift. Die Kölner Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, er habe am 6. April 1976 Beamte körperlich mißhandelt und Amtsträger, die zur Vollstreckung von Verfügungen berufen sind, an der Vornahme einer Dienstleistung gehindert. Kurzum: er habe aktiven Widerstand geleistet. Hervorgehoben wird in der Anklageschrift außerdem, daß Heinz bereits wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit öffentlicher Aufforderung zu Straftaten zu fünf Monaten auf Bewährung verurteilt worden sei. (Damals hatte die Polizei ein Kontaktzentrum für Jugendliche in Köln stürmen wollen.)

In der normalen Folge des Ablaufes der Geschichte müßte an dieser Stelle der Bericht über den Prozeß kommen. Doch dies läßt die Geschichte nicht zu. Es ist eine alltägliche politische Geschichte.

Vor drei Jahren hatte der Jugendhof beantragt, als Träger der Jugendhilfe anerkannt zu werden. Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir nicht einsehen, daß der Staat für eine Arbeit, die er zu leisten hat, keinen Pfennig zahlt. Und wir wissen, daß der Staat diese Arbeit, wenn er sie überhaupt leistet, nach wirtschaftlichen und politischen Richtlinien verrichtet. Die Betroffenen gehen dabei vor die Hunde.

Drei Jahre liegt also unser Antrag auf Anerkennung den im Rheinisch-Bergischen Kreis zuständigen Behörden und Politikern vor. Nach drei Jahren erfolgte dann am 26. September 1977 die Ablehnung. In der Ablehnung taucht auf einmal unsere Geschichte auf.

Aus dem Ausstellungskatalog "Entwicklungen" der Künstlergemeinschaft München

Das liest sich so: "Zusammenstöße mit der Polizei: So wurde Anfang April 1977 ein Beamter der Polizeiwache Odenthal, der im Jugendhof erschien, um einen Jugendlichen zwecks Zuführung in die Jugendarrestanstalt Düsseldorf abzuholen, hieran durch die Bewohner des Hofes unter Führung von Herrn Faßbender (Heinz) gehindert. Der Beamte wurde umringt und von den jungen Leuten bedroht; er mußte unverrichteter Dinge abziehen und Verstärkung holen. Auch beim zweiten Versuch wurden die Polizisten von den Bewohnern des Jugendhofes beschimpft und mit Brechstangen bedroht. Nachdem es ihnen schließlich gelungen war, den Betreffenden in Gewahrsam zu nehmen, kam es noch zu einem Handgemenge mit den Hofangehörigen, die versuchten, ihren Kameraden wieder zu befreien. In der Sache ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden."

Weiter heißt es: "Im übrigen spricht die Art und Weise, wie er (Heinz) gegenüber einem Polizeibeamten auftrat, der einen Hofbewohner abzuholen hatte, ohne weiteres für sich. Hier wurde Herr Faßbender ganz ähnlich zu dem seiner Verurteilung vom 5. Mai 1975 (Kölner Vorfall, bei dem die Polizei das Kontaktzentrum stürmen wollte) zugrunde liegenden Fall in geradem Gegensatz zu der selbst gewählten Aufgabe eines Erziehers von Jugendlichen tätig, indem er diese dazu veranlaßte, sich gegen die bestehende Rechtsordnung aufzulehnen."

Die Ablehnung gipfelte in der Forderung des zuständigen Jugendwohlfahrtsausschusses des Kreises, daß eine Anerkennung solange nicht aufgrund dieser Geschichte ausgesprochen werde, solange Heinz eine erzieherische Tätigkeit ausübe.

Um den politischen Sachverhalt dieser Geschichte zu verstehen, ist noch etwas wichtig. In der Ablehnungsbegründung steht auch: "... die Besetzungsaktion in den Diensträumen der Kreisverwaltung: Hier wurde, nachdem dem Jugendhof wegen nicht bezahlter Stromrechnungen der Strom abgesperrt worden war, von den Bewohnern des Jugendhofes das Büro des Oberkreisdirektors besetzt. Die Besetzer schickten sich an, hier Kartoffeln zu kochen und mußten schließlich durch die Polizei gewaltsam aus den Diensträumen entfernt werden."

Das war am 16. September 1976 gewesen. Den Strom hatten wir nicht bezahlen können, weil der Kreis seine Zusage nicht eingehalten hatte, innerhalb kurzer Zeit Schulden, die er gegenüber dem Jugendhof hatte, zu bezahlen. Das Geld kam drei Tage nach der 'Besetzung'. Als Quittung für die 'Besetzung' kam natürlich eine Anklageschrift. Seltsamerweise wieder nur gegen Heinz. Am Jahrestag der 'Besetzung', am 16. September 1977, stellte das Amtsgericht Bergisch-Gladbach unter Vorsitz von Richter Hebborn das Verfahren ein.

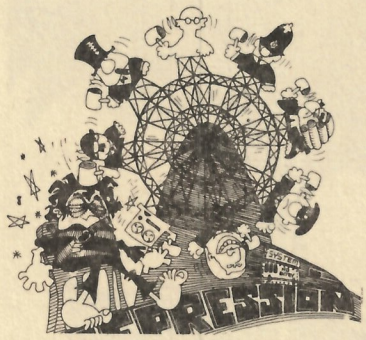
Diese Gerichtsentscheidung paßte der CDU des Rheinisch-Bergischen Kreises nicht in ihren politischen Kram. Die Christdemokraten inszenierten einen öffentlichen Aufstand, der sei-

nen Höhepunkt in der öffentlichen Verleumdung des Amtsgerichtsrates Hebborn fand.
Zurück zu dem Vorfall vom 6. April 1977. Der Prozeß gegen Heinz fand am 17. März 1978 statt. Vorsitzender Richter war der Amtsgerichtsrat Hebborn. Nacheinander ließ die Staatsanwaltschaft die Anklagepunkte Körperverletzung und aktiven Widerstand gegen Polizeibeamte fallen. Die Polizisten verwickelten sich in Widersprüche. Den Rest gab den Aussagen der Polizisten die Fotoserie, die Nicki von dem Vorfall angelegt hatte.

"Ich kenne nur Paragraphen"

Schließlich regte Richter Hebborn eine Einstellung des Verfahrens an. Dies lehnte der Anklagevertreter mit der Begründung ab: "Ich bin an eine Weisung meiner vorgesetzten Dezernenten gebunden. Ich darf einer Einstellung in keinem Fall zustimmen." Die Plädoyers: Heinz's Anwalt fordert Freispruch. Der Staatsanwalt verlangt 300 DM Geldstrafe.
Das Urteil wird verkündet: Wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte 150 DM Geldstrafe.
Amtsgerichtsrat Hebborn erklärt: Nicht wegen Körperverletzung, auch nicht wegen aktiven Widerstandes mußte Heinz verurteilt werden. Er wurde wegen passiven Widerstandes verurteilt. Dieser passive Widerstand sei von Heinz dadurch geleistet worden, daß er nur einen Polizisten ins Haus ließ und die anderen aufforderte, vor der Tür zu warten. Damit habe er die Beamten in der Ausführung ihres Amtes behindert.
Eine politische Geschichte: Es gibt einen Staatsanwalt, der das Verfahren einstellen könnte, es aber nicht darf. Es gibt die CDU, die einem 'unabhängigen' Richter öffentlich Maulschellen erteilt. Es gibt den Jugendwohlfahrtsausschuß des Kreises, der verurteilt, ohne daß ein rechtmäßiges Urteil vorliegt.
Alle diese kleinen Steinchen machen, im Zusammenhang betrachtet, sichtbar, wie eine Jugendhilfeeinrichtung mit politischen Mitteln bekämpft wird und wie 'Recht' vorherbestimmt wird. Die Geschichte legt offen, wie Unrecht gegenüber Menschen, die außerhalb 'normaler' Schablonen stehen, mit Hilfe der Gerichtsbarkeit zu 'Recht' wird. Wobei die Frage erlaubt sein muß, wo die Unabhängigkeit des Gerichtes anfängt aufzuhören. Die Verurteilung zeigt, daß die Polizei keine Rücksicht auf das Schutzbedürfnis von Jugendeinrichtungen zu nehmen braucht.
Was soll am Ende dieser alltäglichen politischen Geschichte stehen? Naiv, unbelehrbar, gutgläubig versuchen wir es erst noch mit dem Recht. Heinz geht in Berufung. Wir werden Gutachter bestellen, Gutachten vorlegen und ... und ... und ...

JUGENDHOF KLEVE



Jugendpolitisches Forum zum 6. Deutschen Jugendhilfetag

Gruppen und Initiativen, die am 6. DJHT vom 9.-11.11. in Köln teilnehmen und sich aufgrund ihrer Alltagserfahrung in der Jugend- und Sozialarbeit mit der Jugendpolitik des bürgerlichen Staates auseinandersetzen, haben sich zu einem Jugendpolitischen Forum zum 6. Deutschen Jugendhilfetag zusammengeschlossen.
Mittlerweile haben zwei Vorbereitungstreffen in Köln stattgefunden, auf denen die Möglichkeiten genauerer Vorbereitung und ein gemeinsames Vorgehen diskutiert wurden. Die Vorbereitung konzentriert sich auf 6 Arbeitsbereiche als die derzeit wichtigsten jugendpolitischen Konfliktfelder.
Ziel ist es, sich nicht von der offensichtlichen Integrationsabsicht der AGJ jugendpolitisch "vermarkten" und zu Legitimationszwecken benutzen zu lassen. (Eine Stellungnahme des "AF Sozialarbeit im SB" zum geplanten Jugendhilfetag, siehe "links" Nr. 97).
In offenen Briefen v. 16.4. und 11.6. an die AGJ wurden Forderungen nach einer stärkeren Beteiligung von Betroffenen und der Gruppen des Jugendpolitischen Forums bei den geplanten Veranstaltungen artikuliert.
Dabei gehen wir davon aus, daß das von der AGJ postulierte Prinzip eines "Offenen Jugendhilfetages" sich nicht nur im "Markt der Jugendhilfe" widerspiegeln darf, sondern auch inhaltlich in den zentralen Veranstaltungen.
Ob die AGJ und die Bundesregierung aus Angst vor den zu erwartenden inhaltlichen Auseinandersetzungen in letzter Minute nicht doch noch von dem Prinzip "Offener Jugendhilfetag" abweichen werden, wird sich zeigen müssen. Das Jugendpolitische Forum wird auf jeden Fall seine Vorbereitungen und die geplanten Schritte öffentlich machen. Dies erfolgt u.a. durch eine regelmäßige Berichterstattung in päd. extra Sozialarbeit (erscheint monatlich); über die Redaktion läuft auch die zentrale Koordination: Jugendpolitisches Forum, c/o Redaktion päd. extra Sozialarbeit, Postfach 119086, 6000 Frankfurt
Gruppen, Initiativen und Einzelne, die sich an den Vorbereitungen beteiligen wollen, wenden sich an die jeweilige Kontaktadresse:
Heimerziehung: Manfred Rabatsch, Großbärenstr. 56a, 1 Berlin 61, Tel. 030/7861537,
Jugendhilferecht: Stefan Peil, FHS Köln, Fachbereich Sozialarbeit, Hönninger Weg 115, 5 Köln 51, Tel. 0221/327351,
Repression in Sozialbereich: Arbeitsfeld Sozialarbeit, Postfach 591, 605 Offenbach, Tel. 0611/832593,
Jugendzentren: Wolfgang Hätscher, c/o BDP Hessen, Hamburger Allee 49, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0611/779010,
Kinderinitiativen – Westberliner Kindertage – Vorbereitungsgruppe c/o Nachbarschaftsheim Mittelhof, Königstr. 43, 1000 Berlin 37, Tel. 030/8029006, Konrad Leverenz,
Offene Jugendarbeit: Manfred Kappeler, Haus der Mitte, Lipschitzallee 50, 1000 Berlin 47, Tel. 030/6034021.
Das nächste Vorbereitungstreffen findet am 23./24. September in Köln statt.

★

Protokolle der beiden Vorbereitungstreffen und die offenen Briefe an die AGJ werden Interessenten gegen Voreinsendung von DM 2,-- an das Arbeitsfeld Sozialarbeit im Sozialistischen Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4 zugesandt.

kleinanzeigen

(7/1) **Jugend- und Sozialarbeit**
• **"Jugendpolitik in der Krise"** – Analysen von Möglichkeiten und Bedingungen interessenorientierter Jugendarbeit, Wirtschaftskrise, IHR, Jugendzentren, Fürsorge etc., Material zum Jugendhilfetag, 224 S./DM 9,80, Verlag Jugend & Politik, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt
• **"Ehrfurcht und Duldsamkeit"** – Dokumentation über das gewaltsame Ende des Kita-Projektes in Frankfurt. Gegen Voreinsendung von DM 3,50 bei Ilka Riemann, Günthersburgallee 75, 6 Frankfurt zu beziehen
• **"Der Hessische Landbote"** – Provinzzeitung der Jugendzentren Nr. 5; Schwerpunktthema: "Über den Alltag reden"; 36 S./DM 1,50 Vorauszahlung in Briefmarken an Redaktion HL c/o BDP, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt
• **Mainzer Sozialreport** Nr. 3 berichtet über: Arbeitsemigranten, Jugendzentrumsbewegung, Berufsverbote etc.; 120 S./DM 3,50 gegen Voreinsendung bei Albert Höhner, Rhabanusstr. 14, 65 Mainz zu beziehen
• **Wohnen in Hamburg** – Eine Misere, Hamburger Mieterinitiativen informieren, geben Ratschläge, 53 S./gegen DM 2.-- zu beziehen über Torsten Bartels, Elsässerstr. 35, 2 Hamburg 70
• **Erzieherzeitung** Nr. 15 berichtet über Erzieher in der Rehabilitation, Tarifrunde 77/78, Spracherziehung, Kindererziehung in China, Situation an den Fachschulen; 40 S./DM 2.--. Gegen Voreinsendung in Briefmarken zu beziehen bei: Peter Schenk-Verlag, Heinrich-Fuchs-Str. 3, 69 Heidelberg
• **Thing – Initiative für eine sozialistische Jugendzeitschrift** bisher mit 19 Ausgaben erschienen, Nr. 3/78 enthält Beiträge zur Problematik Alltag und Politik, Drogen, Knast, Gewerkschaftsarbeit, AKW-Bewegung etc. Probeexemplar DM 3.-- in Briefmarken an Buchladen Baererstr. 5, 21 Hamburg 90
• **TUWAS – Warte nicht auf bessere Zeiten,** Grundlagenmaterial zur Dokumentation und Ausstellung "Jugendarbeitslosigkeit", herausgegeben von den Ruhrfestspielen Recklinghausen, Junges Forum und Kunstamt Kreuzberg; 255 S./DM 5,-- für Gruppen gibt es Rabatt; Bezug: Elefanten Press Galerie, Dresdner Str. 10, 1 Berlin 36
(7/2) **Knast**
• **Megaphon** – Nachrichtenmagazin der Gefangenen, herausgegeben von der Selbsthilfeorganisation Help Union e.V., Taläckerstr. 12, 6 Frankfurt; Einzelpreis DM 5,--/Abonnement DM 23.--
• **Wer einmal aus dem Blechnapf frißt** – Dokumentation über die Ereignisse in der JVA Vierlande 1977; 60 S./DM 2,--, Bezug: Gefangenenselbstinitiative c/o Medienzentrum Fuhlsbüttel, Fuhlsbütteler Damm 93, 2 Hamburg 63
• **Knackis in die ÖTV?** – Dokumentation über die Auseinandersetzung von Gefangenen mit der ÖTV, in die Gewerkschaft aufgenommen zu werden. Gegen eine Spende zu beziehen bei Bardo Bayer, Homburger Str. 60b, 6365 Rosbach
(7/3) **AKW-Materialien**
• **Atomkraft Ja oder Nein?** – Dokumentation der innergewerkschaftlichen Diskussion, herausgegeben vom Aktionskreis Leben; 48 S./DM 2.-- oder Spende; Bezug: G. Rentzing, St. Gilles-Str. 21, 605 Offenbach
• Faltblatt **"Kapitalverflechtung in der deutschen Atomindustrie"** und ihre Verfilzung mit den Betrieben und Bereichen, die vom AKW-Bau profitieren. Gegen Voreinsendung vom DM 3.-- zu beziehen bei: Nik Geiler, Kronenmattenstr. 8a, 78 Freiburg
• **"WiederaufbereitungsgeTÜVtel"** – eine Dokumentation der BBU – Was der TÜV verschweigt und die Bundesregierung nicht wissen will. Die Dokumentation (40 S.) kann gegen Voreinsendung von DM 3.-- bei der BBU, Schliffkopfweg 31a, 75 Karlsruhe bezogen werden
• **Atom-Express** Nr. 8 berichtet über die Landtagswahlen, WAA, Rund um Gorleben, Grohnde Prozesse etc.; 40 S./DM 1,50, Bezug: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie,, Postfach 45, 34 Göttingen
• **Pazifisten gegen Umweltverschmutzung**, Heft 3, 16 S./DM 1,50; E. Schmidt, Knobelsdorffstr. 25, 1 Berlin 19
(7/4) **Erfahrungsberichte arbeitsloser Lehrer und Lehrerinnen** – Broschüre für DM 3,-- und DM 0,50 Porto als Verrechnungsscheck oder Briefmarken vom AK "Keine arbeitslosen Lehrer", Goschenstr. 31, 32 Hildesheim
(7/4a) **Zero** – Zeitung für ganzheitliches Leben informiert regelmäßig über alternative Bewußtseins- und Lebensformen, internationale Ökologie-Diskussion, soziale Emanzipationsprozesse, Comics, Musik- und Filmteil etc. Probierheft anfordern (200 S.) gegen DM 3,-- (Briefmarken) bei Verlag C.H. Urselmann, Bruckstr. 96, 4234 Alpen
(7/5) Gewerkschafter dokumentieren das **III. Internationale Russell-Tribunal**; herausgegeben von Gewerkschaftern aus Gießen und Umgebung, mit Originaldokumenten der 1. Sitzungsperiode; 130 S., gegen Voreinsendung von DM 5,-- an Brigitte Bach, Credner Str. 14, 63 Gießen
(7/6) **Dokumentation zum 2. Prozeß gegen Irmgard Möller:** Die Vollstreckung der Entkleidungsordnung und Verteidigerausschluß durch Sitzungspolizei; hrsg. von den Rechtsanwälten Bahr-Jendges, Frommann, Heldmann; Gegen Voreinsendung von DM 5,-- zu beziehen bei Jutta Bahr-Jendges, Osterdeich 53, 28 Bremen 1
(7/7) **Kirche**
• **Fluchblatt** Nr. 32 berichtet über Südafrika, Fußball und Folter, Aktion Pfarrstellen, Informationen etc.; Bezug: Redaktion "Fluchblatt", Madergasse 1-3, 74 Tübingen
• **Christen für den Sozialismus – Korrespondenz**, Nr. 4/78. Schwerpunkt: Lateinamerikanische Theologie der Befreiung – ein kritischer Beitrag zur europäischen Theologie von Dr. Pablo Richard; 90 S.; Bezug: CFS c/o Karl Grünewald, Hamburger Str. 40, 44 Münster
(7/8) **Entwicklungspolitik/Dritte Welt**
• **Tansania-Dokumentation,** eine aktuelle, kritische Bestandsaufnahme (mit Medienanhang: Bücher, Filme, Unterrichtseinheiten etc.; Gegen Voreinsendung von DM 2,-- bei AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn zu beziehen
• Blätter des IZ3W Nr. 69 **Thema: Argentinien** – der politische Hintergrund der Fußballweltmeisterschaft; Bezug: IZ3W, Postfach 5328, 78 Freiburg
• Südafrikamaterial: **"Bildung zwischen Apartheid und Widerstand"** – das Bildungssystem der nichtweißen Bevölkerungsgruppen von Hans-Martin Große-Oetringhaus; Verlag dialogus-mundi, Berlin 1978, 450 S./DM 21,80; Bestellung: gegen Vorauszahlung Große-Oetringhaus, Diepenbrockstr. 34, 44 Münster, PSCHKto Dortmund 184329-469
(7/9) **WSI – Mitteilungen** zu verkaufen von Januar 1976 - September 1977 (DM 40.--); Max Dorando, Merheimerstr. 220, 5 Köln 60

Solidarität mit den Zigeunern!

Am 8. März wurde die Berufungsverhandlung eines der skandalösesten Prozesse der letzten Jahre gegen Antifaschisten beendet. Angeklagt waren vier Zigeuner (Vater und drei Söhne), weil sie zusammen mit etwa 200 anderen Antifaschisten gegen ein Treffen ehemaliger Angehöriger der SS-Divisionen "Horst Wessel" und "Charlemagne" in Würzburg demonstriert hatten, wobei es zu Handgreiflichkeiten gekommen war. Dieses Treffen ehemaliger SS-Angehöriger war von der Stadt Würzburg nicht verboten, sondern vielmehr im offiziellen Veranstaltungskalender als "Suchdienst" und "Kamaradschaftstreffen" angekündigt worden.

Die vier Zigeuner wurden unter dem Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs in zweiter Instanz zu Gefängnisstrafen von zwölf und fünfzehn Monaten ohne Bewährung (zwei der Söhne) und neun Monaten (der Vater) verurteilt, was eine erhebliche Urteilsverschärfung gegenüber dem ersten Prozeß darstellt.

Dies ist um so erschreckender, wenn man weiß, daß die Zigeuner eine der am erbarmungslosesten verfolgten Minderheiten neben anderen Minderheiten im 3. Reich waren, daß die Angeklagten selbst einen Großteil ihrer Familie in KZs verloren haben, daß einer der Angeklagten die Greuel der Nazi-Herrschaft am eigenen Leib erfahren hat. Zynischerweise fand der Prozeß in demselben Gebäude statt, in dem der angeklagte Vater während des NS-Regimes eingesperrt war, geschlagen und bewacht von der SS.

Die Angeklagten haben nun in der Hoffnung, doch noch freigesprochen zu werden, Revision eingelegt. Dies tun sie, obwohl der bisherige Prozeß sie schon an den Rand des finanziellen Ruins gebracht hat. Aufgrund des lange hingezogenen Prozesses im letzten Sommer konnten sie nicht auf Geschäftsreise gehen, was für sie als reisende Antiquitätenhändler einem mehrmonatigen Geschäftsausfall gleichkommt. Die Anwaltskosten und der Lebensunterhalt der großen Familie führten angesichts dessen dazu, daß sie ihre sämtlichen Ersparnisse aufgebraucht haben und gezwungen sind, Dinge von persönlichem Wert (Musikinstrumenten-Sammlung) zu verkaufen.

Das "Solidaritätskomitee zur Unterstützung der Zigeuner" in Würzburg fordert deshalb dazu auf: "Unterstützen Sie die Angeklagten bei der Finanzierung ihrer Verteidigerkosten!" Spenden Sie auf das Konto: 11347192 (Städtische Sparkasse Würzburg/Zweigstelle Höchberg).

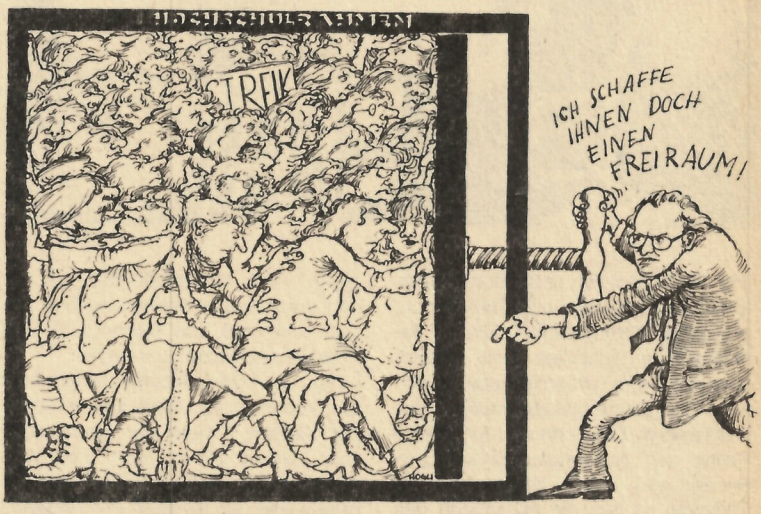
Autonomie und Isolation?

Vom 7.4.-9.4.1978 fand in Hannover ein Treffen der SB-Hochschulgruppen statt, an dem 17 Gruppen teilnahmen. Ziel war die Gründung eines Arbeitsfeldes Hochschule sowie die Weiterführung der strategischen Diskussion und Austausch von Erfahrungen.

Aufgabe des Arbeitsfeldes soll sein, die Hochschulpolitik der SB-Hochschulgruppen sowie der Gruppen, die sich am SB orientieren, durch Entwicklung einer gemeinsamen Strategie zu koordinieren und zu vereinheitlichen. Die inhaltliche Grundlage der Arbeitsfeldgründung ist der 1/2-jährige Diskussionsprozeß, in dem die SB-Hochschulgruppen bisher ihren unterschiedlichen Erfahrungshintergrund aufgearbeitet und verallgemeinert haben. Es ist nicht Aufgabe dieses Artikels, die Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses in ihrer Gesamtheit darzustellen, sondern es soll über den Verlauf der Diskussion des Hannoveraner Treffens berichtet werden.

Grundlage der Diskussion waren vom SZ Tübingen vorgelegte Thesen: "Zum Stellenwert sozialistischer Hochschulpolitik im Rahmen des Sozialistischen Büros." In diesen Thesen sollte die Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Orientierung von Hochschulpolitik begründet werden. Dies heißt zum einen aufzuzeigen, daß die kritische Beschäftigung von allen an der Hochschule Tätigen mit ihrer Rolle als Intellektuelle unübergehbarer Bestandteil einer sozialistischen Strategie sein muß. Es ist schließlich ein Unding, wenn Hochschulangehörige in verschiedenen außeruniversitären Projekten sozialistische Politik machen wollen und sich gleichzeitig an der Hochschule unhinterfragt für Herrschaftspositionen ausbilden lassen. Gesamtgesellschaftliche Orientierung von Hochschulpolitik heißt andererseits Durchbrechung des Scheins der Autonomie von Wissenschaft und Ausbildung, der durch die Abgehobenheit der Hochschule vom gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbereich ständig erzeugt wird. Es gilt für uns dabei, diesen Schein nicht nur theoretisch zu durchdringen, sondern auch in der Hochschulpolitik praktisch über die Hochschule hinaus zu orientieren.

Einen ersten Diskussionspunkt bildete die Stellung und Funktion von Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft. Charakteristikum bürgerlicher Wissenschaft ist das Streben nach Wissen über Ursachen von gesellschaftlichen und natürlichen Prozessen in allgemeiner, am besten gesetzmäßiger, objektiver, von den Bedürfnissen und Handlungen an Menschen unabhängiger Form.



Wissenschaft und Ausbildung erfüllen ihre gesellschaftliche Funktion durch die Erforschung bzw. Vermittlung in kapitalistischer Praxis anwendbarer Resultate. Als Institution, abgetrennt vom Produktions- und Reproduktionsbereich, stellt sie diese Resultate allgemein zur Verfügung. (In dieser formellen Abgetrenntheit entwickelt sich die Ideologie der Unabhängigkeit, die kennzeichnend für die bürgerliche Universität ist: Wertfreie reine Wissenschaft letztlich als Erkenntnis um der Erkenntnis willen.)

Die Einzelkapitale wenden sie je nach ihrer besonderen Nützlichkeit entsprechend ihren jeweiligen Verwertungsinteressen an. In der arbeitsteiligen Produktion tritt nun den Arbeitern dieses Wissen als ihnen äußerliche und sie beherrschende Macht entgegen, einerseits personifiziert in den Planern und Ingenieuren, andererseits schon vergegenständlicht in der Form der sie beherrschenden, sie zum Objekt degradierenden Technologie. Dieses Wissen ist deshalb Herrschaftswissen. Insofern hat die Intelligenz Herrschaftsfunktion.

Aufgabe von Sozialisten an der Hochschule ist es nun, durch Wissenschaftskritik den Schein der gesellschaftlichen Abgehobenheit und Unabhängigkeit von Wissenschaft und Ausbildung aufzulösen und deren wirkliche Funktion herauszuarbeiten, sowie Ansätze für eine kritische Berufspraxis zu entwickeln, die die Herrschaftsfunktion von Wissenschaft und Intelligenz, also die Trennung von Kopf- und Handarbeit, langfristig in Frage zu stellen.

Diese Konzeption der Gegenqualifikation muß in einem praxisorientierten Studium in Verbindung mit außeruniversitären Projekten gegen die Universität gemeinsam durchgesetzt werden, auch wenn sich die Bedingungen für ein gebrauchswertorientiertes Studium und für eine kritische Berufspraxis verschlechtern.

Falken — Bildungsreferent/in gesucht

Die Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken, Kreisverband Bremen, schreibt die Stelle eines Bildungsreferenten/einer Bildungsreferentin zu sofort oder später aus. Der Aufgabenbereich umfaßt folgende Schwerpunktgebiete: Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen in der außerschulischen Jugendbildung, Betreuung von Gruppen, Vorbereitung und Abwicklung von Aktionen, Lagern, allgemeine Organisations- und Verwaltungsarbeiten, sowie Abrechnungen u.ä.

Vorausgesetzt werden umfassende organisatorische Kenntnisse und politisches und pädagogisches Interesse, das durch entsprechende Vorbildung gestützt werden sollte.

Die Bewerberin/der Bewerber sollte Sozialpädagoge/in sein oder aber vergleichbare Kenntnisse aufweisen. Die Vergütung erfolgt nach BAT, mit den üblichen Sozialleistungen.

Die Bewerbungsunterlagen sind zu richten an: SJD — Die Falken, Kreisverband Bremen, Fedelhören 67, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/326080.

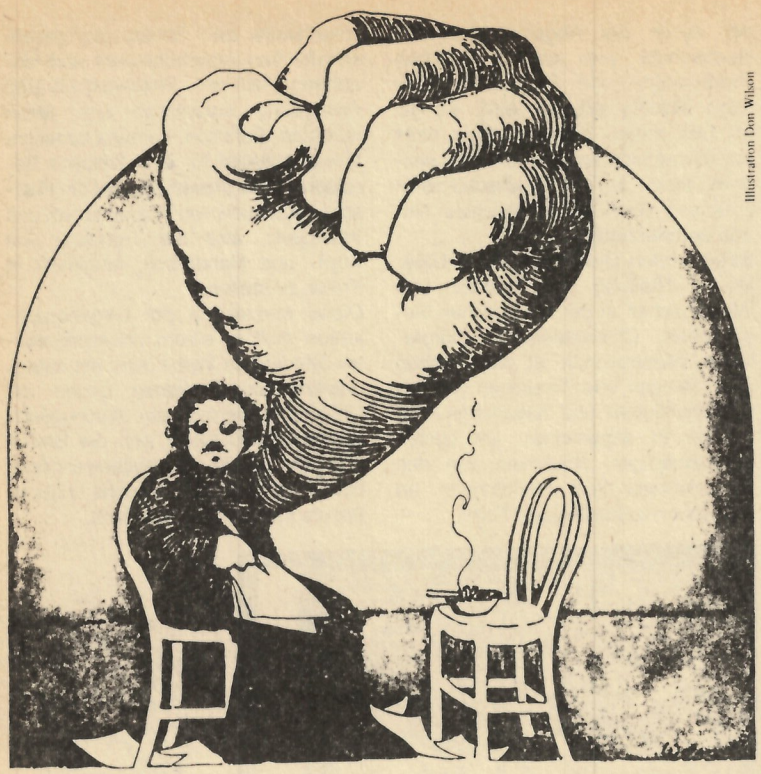


Illustration Don Wilson

Die Widersprüche (z.B. Konkurrenz, Isolation, Sinnentleerung, Repression, staatliche Bildungspolitik), die an der Hochschule erfahrbar sind, jedoch dort nicht ihre Ursache haben, können nur gesamtgesellschaftlich gelöst werden. Dies erfordert für unsere Politik den gesamtgesellschaftlichen Bezug: das heißt letztendlich die Orientierung auf die Aufhebung des Kapitalverhältnisses und die menschengemäße Gestaltung der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion.

Die Erkenntnis dieses Zusammenhangs findet für die SB-Hochschulgruppen ihren Ausdruck in der Arbeit in einer Organisation (dem SB), die verschiedene gesellschaftliche Bereiche repräsentiert und eine arbeitsfeldübergreifende Praxis ermöglicht (z.B. Initiative gegen Arbeitslosigkeit). Ein rein studentischer Verband wie die in Berlin geplante SDS-Neugründung, wäre demgegenüber auf die rein theoretische Herstellung des Zusammenhangs von Hochschule und Produktionsbereich verwiesen.

Einen weiteren Kristallisationspunkt der kontroversen Diskussion bildete der Aufsatz "Krise der Universität" von Joachim Hirsch (vgl. "links" Januar/Februar 1978). Die Diskussionsergebnisse zu diesem Problemkreis sind in den Protokollen des vorletzten Hochschulgruppen-Treffens zu finden. Sie sind in unserer AStA/UStA-Broschüre abgedruckt.

Unserer Meinung nach hat Hochschulpolitik an den Reflexionen des Uni-Alltags, der Lage und den Bedürfnissen der Subjekte anzusetzen und auf die Kritik und teilweise Durchbrechung der Herrschaftsfunktion von Wissenschaft und Intelligenz zu orientieren.

KOORDINATIONSRAT AF HOCHSCHULE IM SB

Wiederaufnahme des Verfahrens von Horst Mahler

Das Berliner Kammergericht verurteilte Horst Mahler 1973 zu 12 Jahren Gefängnis. Die meisten Prozeßbeobachter äußerten starke Zweifel an diesem "Fehlurteil von Moabit", in dem Mahler nicht nur wegen seiner Mitarbeit an der RAF in ihrer Anfangsphase, sondern auch für eine Beteiligung an einem Bankraub, für die es kein Beweismittel als den im Prozeß zusammengebrochenen "Kronzeugen" Ruhland gab, verurteilt wurde, und zwar gleich zu 12 Jahren. Später wurde das Strafmaß wegen einer ebenso umstrittenen Beteiligung an der Befreiung Baaders auf 14 Jahre erhöht.

Dieses Urteil hat zwar juristischen Bestand erlangt und wird seit 7 1/2 Jahren vollstreckt. Vor der kritischen Öffentlichkeit aber konnte dieses Urteil niemals bestehen. Es wurde immer schärfer kritisiert, je mehr die hier angewandten Methoden des Zeugenaufbaus, der "Beweisvereinfachung", die Behinderung der Verteidigung und Beeinträchtigung der Prozeßöffentlichkeit Schule machten. Seitdem der "Kronzeuge" Ruhland, auf den das Urteil sich entscheidend stützte, von mehreren Gerichten als unglaubwürdig abgelehnt wurde und kaum noch auftreten darf, war eine Neuaufrollung des Mahler-Prozesses dringend geboten.

Um den Weg dafür zu bahnen, reichten im Mai 1976 hundert Rechtsanwälte, Künstler, Wissenschaftler, Geistliche u.a. eine Strafanzeige gegen Ruhland ein. Darin wurde ihm nachgewiesen, daß er Mahler absichtlich falsch beschuldigt hatte. Der Staatsanwalt ließ mit seinen Ermittlungen, seiner Begründung einer Einstellung (die faktisch alle Verdachtsmomente bekräftigte), seiner "Prüfung"einer ausführlichen Beschwerde dagegen und seiner Neuaufnahme der Ermittlungen 2 Jahre verstreichen. Trotzdem ergaben seine Befragungen sowie Ruhlands Zeugenauftritte nach dem Mahler-Prozeß 27 neue Tatsachen und Beweismittel. Sie belegen, daß Ruhland seine Beschuldigung gegen Mahler um des eigenen Vorteils willen (gegen alsbaldige Haftentlassung und Verschonung von einer Mordanklage) erfunden hat und daß der "Indizienbeweis" der Kammerrichter ohne Ruhlands Falschaussagen eine Verurteilung wegen Bankraub nicht zuließ. Auf dieser Grundlage wurde im April 1978 ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens eingereicht.

itb 007 Helmut Ortner (Hrsg.):
Normalvollzug
Die geplante Zerstörung der Mitmenschlichkeit
Berichte und Dokumente aus westdeutschen Gefängnissen
Mit Beiträgen von:
Reinhard Wetter,
Peter Paul Zahl,
Werner Schlegel,
Peter Schult,
Margit Czenki,
Hans Sontag,
u.v.a.
ca. 176 Seiten, DM 12.–
ISBN 3-88266-007-4

iva – Pfleghofstr. 11 – 7400 Tübingen 1
Tel.: 07071/21314

kleinanzeigen

FILM/THEATER/KULTUR

(7/10) **Film-Katalog** des Zentral-Film-Verleih, 100 Filme auf 300 Seiten mit ausführlicher Beschreibung und Bildern; 12 DM (Vorauszahlung auf PSCHKTO Hamburg 285777-207) ZFV, Karl-Muck-Platz 9, 2 Hamburg 36

(7/11) **Frauen-Filmbuch** der Demokratischen Fraueninitiative München beschreibt Filme zum Thema: Mädchen in der Ausbildung, Frauen und Beruf, Arbeitskampf, Alleinlebende Frauen, Frauenbewegung, § 218 etc.; Bezug: Gudrun Lukasz-Aden, Herzogstr. 63, 8 München 50

(7/12) **Filmfaust** Nr. 7 "Deutschland im Herbst" – Interviews mit den Filmemachern, Filmpolitik, Zuschauerfilmkritik u.a.; 72 S./DM 6,--; Bezug: Filmfaust, Schumannstr. 64, 6 Frankfurt 1

(7/13) Die Broschüre **"DDR-Film"** kann für DM 1,50 (in Briefmarken beifügen) bestellt werden bei: Joachim Paech, Moltkestr. 11, 45 Osnabrück. Auf 43 S. Einführung in 11 Filme und Artikel zur Filmgeschichte, Filmpolitik und- wirtschaft in der DDR.

(7/14) Tonbildschau **"Gegenöffentlichkeit durch alternative Filmarbeit"** – Möglichkeiten und Aufbau einer Film(vorführ)-gruppe. Die TB-Schau kann gegen DM 10,-- ausgeliehen werden; dazu gibt es noch eine Materialienbroschüre. Bestellung: Peter Reifsteck, Raabestr. 43, 741 Reutlingen, Tel. 07121/290442

(7/15) **Erziehung und Ausbildung in China** – Teilnehmer einer Chinareise im Sommer 1977 haben diesen Film hergestellt, der die Arbeit im Kindergarten und in einer Grund- und Mittelschule dokumentiert. Leihgebühr: DM 50,--. Bezug: Klaus Labudde, Sulzburger Str. 28, 78 Freiburg, Tel. 0761/493523

(7/16) **Kulturkartei** – umfaßt nach Postleitzahl geordnet rund 250 Anschriften von alternativen Musik-, Filme- und vor allem Liedermachern aus der gesamten BRD. Die Kartei soll laufend ergänzt werden. Kulturgruppen und Einzelinterpreten usw., die sich bisher noch nicht gemeldet haben, sollen ihre Anschrift dem SZ mitteilen. Gegen Voreinsendung von DM 2,50 (Briefmarken) wird die Kartei zugesandt. SZ Stuttgart, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(7/17) **Materialien der Theater Zentrifuge** Nr. 2: Die merkwürdigen Abenteuer auf der Suche nach Majakowski: Betroffenheit und Begegnungen, Mysterium Buffo – kompletter Textteil, Bilder, Presseschau u.a.m.; 70 S./DM 8,80, Bezug: Theater-Zentrifuge im Künstlerhaus Bethanien, Mariannenplatz 2, 1 Berlin 36

STELLENANGEBOTE/SUCHE

(7/18) SJD-Die Falken suchen für den Erftkreis einen **Bildungs- und Organisationssekretär**. Bezahlung nach BAT. Einstellungstermin Juli, Bedingung: Sozialarbeiter/-pädagoge oder entsprechend. SJD-Die Falken, Alteburgerstr. 41, 5000 Köln 1

(7/19) SJD-Die Falken suchen für den Kreisverband Bremen einen **Bildungsreferenten/in** SJD-Die Falken, Fedelhören 67, 28 Bremen 1, Tel. 0421/326080

(7/20) Volljurist (31 J.) sucht Kollegen in Köln zur **Gründung eines Anwaltskollektivs** – Schwerpunkte: Miet-, Arbeits- und Strafrecht. Anfragen unter Chiffre 7/20 an Sozialistisches Büro

(7/21) Wir, Sozialarbeiterehepaar (27/30) und 8 Kinder (8-14) suchen **2 Erzieher/Sozialarbeiter (Paar?),** die mit uns zusammenleben und -arbeiten möchten und Erfahrung und Engagement mitbringen. Hermann Strohmeier, Schlosserstr. 9, 49 Herford

(7/22) Jurist (31) sucht linke Kollegin zur Eröffnung einer **Anwaltskanzlei** ab Herbst, am liebsten in norddeutscher Industrie-/Unistadt. W. Ahnert, Markelstr. 23, 1 Berlin 41, Tel. 030/7928759

(7/23) **Sozialarbeiter,** nicht ortsgebunden, sucht ab Dezember 1978 Arbeitsstelle (auch halbtags) im extramuralen sozialpsychiatrischen Bereich. Praxiserfahrung vorhanden. Angebote unter Chiffre 7/23 an Sozialistisches Büro

(7/24) **Sozialpädagogin** (24) sucht interessante Tätigkeit im Bereich Jugendarbeit – Raum Ruhrgebiet. Ellen Hombergen, Böttcherstr. 30, 4272 Kirchhellen

(7/25) Suche dringend Beschäftigung (evtl. Schreibarbeiten) Karl R. Mezek, Castroper Hellweg 318, 463 Bochum 4

ARBEITS-/WOHN-/ FREIZEITKONTAKTE

(7/26) **Katholikentag 13.-17.9. in Freiburg:** Gruppen, die mit den Arbeitsschwerpunkten Antimilitarismus, Umwelt oder Dritte Welt teilnehmen werden, melden sich bitte bei Conni Braun, Oberriederstr. 19, 78 Freiburg, Tel. 0761/72329

(7/27) **WG in Kleve** sucht politisch interessierte Mitbewohner/innen zum 1.8. evtl. auch früher. Großes Haus (ehemaliger Bauernhof) am Stadtrand vorhanden. Kontakt über Tel. 02821/9614

(7/28) Wer kann mittellosen **Fotoamateur** (arbeitslos) ältere 6x6 Kamera oder Foto-Zubehör schenken, billigst überlassen oder bei Beschaffung finanziell unterstützen. Karl R. Mezek, Castroper Hellweg 318, 463 Bochum 4

(7/29) **Kontaktbereichsbeamte:** wir suchen Material, Erfahrungsberichte aus Städten, in denen der KOB schon tätig ist; Gruppen, die etwas gegen den KOB unternommen haben, wollen bitte mit uns Kontakt aufnehmen: Roland Arnold, U 6, 9, 68 Mannheim 1

MATERIALIEN GESUCHT

- Wir kaufen ständig linke Literatur (Bücher, Zeitschriften, Zeitungen aus Gesellschaftswissenschaften, Arbeiter- und Studentenbewegung. Gerd Seifert, Spohrstr. 11, 6 Frankfurt, Tel. 0611/553104
- Altenfreizeiten – Erfahrungsberichte, Hinweise auf veröffentlichte Artikel, Wohngebietsgruppen, Presberger Str. 1, 62 Wiesbaden
- Der alte Mensch – Hinweise auf Fotografie-Bände. Wohngebietsgruppe Wiesbaden
- Videobänder, Hörfunkbänder zum Thema Alter. Wohngebietsgruppe Wiesbaden
- Strafvollzug – Strafentlassenenhilfe J. Kramer, Kaiserstr. 132, 5802 Wetter
- Sozialpäd. Arbeit auf Aktivspielplätzen, Unkosten werden erstattet. Käthe Prohaska, Ludwigstr. 10 1/2. 87 Würzburg
- Möglichkeiten der Selbstverwirklichung von Sonderschülern (lernbeh.) im Schullandheim/Alternativer Unterricht im Schullandheim. Gerhard Oberlader, Asternweg 7, 7063 Welzheim

TERMINE

- 6. Juli **Zentrale Veranstaltung zur Neuregelung des Berufspraktikums für Sozialarbeit/-pädagogik** in Essen 14.00 Uhr Gesamthochschule Essen Hörsaalzentrum S05 T00 B08
- 4.6.-16.7. **Alternatives Umweltfestival** in Westberlin
  Wochenende 7.-9.7. Schwerpunkt: Ökologie und Gesellschaft
  Wochenende 14.-16.7. Schwerpunkt: Wie geht es weiter – für uns
  Kontakt: Fabrik f. Kultur, Kurfürstenstr. 14, 1 Berlin 30, Tel. 030/26124
- 30.7.-1.9. **2. Internationales Sommerlager in Gorleben** (auch als Bildungsurlaub möglich; nähere Informationen: BDP/BDJ, Hamburger Allee 47, 6 Frankfurt
- 7.-16.7. **Treffen von Knastgruppen** in München; Kollektiv Rote Hilfe München, Nietzschestr. 7b, 8 München 40
- 7./8.10. **2. Regionaltreffen der Jugendzentren** in Siegen; BDP/BDJ Landesbüro NRW, Stammstr. 92, 5 Köln 30, Tel. 0221/512421
- **Gewaltfreier Marsch 1978** vom 27.7.-10.8. in Sardinien. Informationen: Gewaltfreie Aktion, Schmale Gasse 4, 7032 Sindelfingen-Maichingen
- **Tagungen der AG SPAK**
  7.-9.7. Bewohnerarbeit in Obdachlosensiedlungen
  14.-16.7. Vorbereitungstagung zum 6. DJHT in Kassel

Alternativ-Zeitungen, Volksblätter, Stadtzeitungen

In der "links"-Ausgabe vom Mai 1978 haben wir eine Einführung und Begründung zur Berichterstattung über bzw. Selbstdarstellung von Alternativ- und Volks-Zeitungen in der BRD gegeben. Es folgten in der Mai-"links" eine Darstellung des "Knipperdolling – Münsteraner Generalanzweifler" und in der Juni-"links" ein Bericht über die Münchner Alternativzeitung "BLATT". Die Resonanz auf diesen Versuch, in "links" eine Serie über Volks- und Alternativblätter zu bringen, war bisher erfreulich gut. Sie wurde von Lesern begrüßt und es haben uns auch Redaktionen direkt geschrieben oder auf Anfrage einen Beitrag zugesagt. In dieser "links"-Ausgabe erscheinen nun Beiträge über "alpha press" und die "Delmenhorster Rundschau". Für die nächste "links" haben wird bereits eine Darstellung des "Bremer Blatt" vorliegen und ein Interview mit der Redaktion des "Spökenkieker" aus Kiel in Vorbereitung. Die "links"-Redaktion will es jedoch nicht bei Darstellungen und Berichten der Volks- und Alternativ-Blätter belassen, sondern es sollen auch einige Beiträge zur politischen Relevanz, zu den Möglichkeiten und Grenzen der Alternativpresse zu dieser Serie beigesteuert werden, wobei die Redaktion versuchen wird, auch hier vor allem Autoren zu Wort kommen zu lassen, die selbst Praxiserfahrung haben. Unseres Erachtens kann die Festigung und positive Entwicklung der linken Alternativ- und Basispresse erhebliche Bedeutung bei der Herstellung von Gegenöffentlichkeit haben, so daß wir uns von dieser Serie auch versprechen, daß neben dem dringend erforderlichen Erfahrungsaustausch zu Neugründungen solcher Blätter angeregt wird.

"links"-Redaktion

Immer diese Leute vom Alpha

Schwäbisch Hall, 30.000 Einwohner zählende Mittelstadt in Baden-Württemberg, April 1977.

"Vertrauensbruch im Gemeinderat ... In übler Weise ist versucht worden, den Haller Gemeinderat unter Druck zu setzen, einzelne Räte zu verleumden und die Bürgerschaft gegen das Stadtparlament aufzuhetzen. Die dafür Verantwortlichen haben sich dabei unlauterer Methoden bedient, indem sie vertrauliche Informationen aus einer nichtöffentlichen Ausschußsitzung zur Erreichung ihrer Zwecke in die Öffentlichkeit gelangen ließen."

So konnten es am 29.4.1977 die Schwäbisch Haller Bürger in der lokalen Monopoltageszeitung, dem Haller Tagblatt (HT) lesen. Was war geschehen? Was war vorgefallen, daß wenig später die Stuttgarter Zeitung einen Kommentar dieser Angelegenheit widmete, ja sogar das Baden-Württembergische Regierungspräsidium eine Stellungnahme abgab? Nun, es ging wieder einmal um unsere Umwelt, auf die bekanntlich einige Leute so wenig geben, dient es nur ihrem Profit. So sollte in Hall eben mal wieder eine Grünfläche beseitigt werden.

Eigentlich auch nicht allzu tragisch, wenn es sich dabei in dem Wohngebiet nicht um die letzte ihrer Art gehandelt hätte. Doch eine Getränkelieferfirma hatte die Baugenehmigung schon so gut wie in der Tasche. Die betroffenen Anwohner hatte man allerdings nicht gefragt – es war ja auch alles in einer nichtöffentlichen Ausschußsitzung beschlossen worden. Trotzdem erschien wenig später in Hall ein Flugblatt, das die Bewohner des Wohngebietes über die Pläne ihrer Volksvertreter im Gemeinderat informierte. Verantwortlich für dieses Flugblatt zeichnete ein gewisser "Arbeitskreis alpha press".

Es entstand darauf eine Bürgerinitiative, Unterschriften gegen die Vernichtung der Grünfläche wurden gesammelt, eine Bürgerversammlung gefordert. Erfolg: Die Getränkelieferfirma zog ihren Bauantrag zurück, die Grünfläche blieb. Ende gut, alles gut? Weit gefehlt! Jetzt ging es erst richtig los. Wie gelangt ein Bebauungsplan aus geheimer Sitzung an die Öffentlichkeit? Wer war der Informant? Die CDU und der Chefredakteur Helmut Meyer vom lokalen HT hatten den Übertäter anscheinend schnell gefunden: ein SPD-Stadtrat. Man konnte diesem zwar nichts nachweisen, aber er war es doch gewesen, der bei der vom Gemeinderat geforderten Selbstbeweihräucherung (jeder Stadtrat hatte nach der Affäre schwören müssen, keine Amtsgeheimnisse zu verraten u.a. durch die Formel "Ich bin ein Ehrenmann".) den Schwur verweigert hatte. Diffamierungen folgten. Nur mit Mühe konnte der Stadtrat rehabilitiert werden. Er ist Mitglied des Club alpha.

Schwäbisch Hall, April 1978. Für einige Millionäre soll in Hall der Sportflughafen ausgebaut werden. Wieder wird keiner der in Zukunft vom verstärkten Fluglärm belasteten Anwohner gefragt. Trotzdem gelangt Information über diese Ausbaupläne an die Öffentlichkeit. Verantwortlich für die Publikation: ein gewisser "Arbeitskreis alpha press". Angezeigt vom Bundesinnenministerium wegen angeblichen Verstoßes gegen Pressegesetze: ein Mitglied des "Arbeitskreises alpha press". Von der CDU als Schmutzblatt bezeichnet: Die Zeitung des selbstverwalteten Jugendclubs alpha 60 e.V. "alpha press". Repressionen, Diffamierungen, Verleumdungen – und trotzdem: Der Club alpha 60, selbstverwalteter Jugendclub, existiert schon seit 12 Jahren. 12 Jahre, d.h. 12 Jahre Konzerte, Kommunales Kino, alternative Diskothek und, nicht zu vergessen: 8 Jahre alternative Zeitung alpha press, die vom gleichnamigen Arbeitskreis des Clubs in einer monatlichen Auflage von 1.000-2.000 Stück herausgegeben wird. Doch eigentlich ... ... Eigentlich sind es schon 10 Jahre, daß der Club eine Zeitung herausgibt. Die ersten Ansätze gab es nämlich schon Ende 1967/Anfang 1968. Damals versuchten wir zweimal, eine Alternativzeitung in Hall zu etablieren. Das scheiterte aber an personellen und, vor allem, finanziellen Problemen. Wir haben danach lediglich ein Programmblatt des Clubs herausgegeben, auf dem neben den Veranstaltungsankündigungen ab und zu noch ein paar Kurzinformationen oder aktuelle Kommentare abgedruckt waren. Die Entwicklung der Zeitung erläutert ein Mitarbeiter von "alpha press":

Schwäbisch Hall — Bild: dpa

Frage: Das war aber nun noch keine Zeitung?!

Nein, zur Zeitung wuchs sich das erst im Februar 1970 aus, allerdings mehr durch Zufall. Der damalige Arbeitskreis Emanzipation wollte einen Artikel über Empfängnisverhütung herausgeben. Mangels anderer Publikationsmöglichkeit druckten wir diesen zusammen mit dem Clubprogramm und weiteren Informationen ab, und so hielten wir dann plötzlich unsere erste Zeitung in Händen. Da zu den anfangs zwei Redakteuren sich noch 6-8 Leute hinzugesellten, gelang es uns, diesen Ansatz weiterzuführen. Außerdem kamen nach und nach zu den in der ersten Zeit recht wenigen Materialien ein Titelsetzgerät, elektrische Schreibmaschinen usw. hinzu. Ein paar Jahre später kaufte der Club in der Altstadt sogar ein Bürohaus. Heute stehen dort eigene Druckmaschinen, ein Büro zur Erstellung der Zeitung ist eingerichtet, kurz gesagt, die technischen Voraussetzungen zur Erstellung einer qualitätsvollen Zeitung sind gegeben.

Frage: Was hat Euch damals veranlaßt, diesen Zeitungsansatz weiterzuführen?

Das ist wohl die Frage, vor die sich über kurz oder lang jede politische Organisation, jede selbstverwaltete Institution gestellt sieht, sobald sie Politik betreiben will, die den Herrschenden nicht ins Konzept paßt. In Hall sieht es eben konkret so aus, daß das örtliche Haller Tagblatt eines der stärksten Monopolblätter der bürgerlichen Tagespresse im süddeutschen Raum ist. Allein, um hier nicht der Willkür des Verlegers ausgesetzt zu sein, ist man als linker Jugendclub gezwungen, sich ein eigenes Organ zu schaffen. Diese Eigenständigkeit hat sich mittlerweile oft bewährt. Zweimal hat das Haller Tagblatt schon einen Presseboykott gegen den Club durchgeführt, das hieß: keine Veranstaltungshinweise, Nachberichte, Leserbriefe, Gegendarstellungen, Anzeigen. Hätten wir da nicht wenigstens unsere Zeitung gehabt!

Frage: Wenn Ihr einen solchen totalen Boykott durchbrechen wollt, bedeutet das, daß ihr große Bevölkerungsteile erreichen müßt, auch den HT-Leser. Gelingt Euch das?

Bei einer Auflage von z.Zt. etwa 1.200 darf man nicht zuviel erwarten. Doch zumindest unser Leserkreis hat sich stark zum Positiven gewandelt. Lasen alpha press zu Anfang meist nur Schüler und Studenten, so erreichen wir jetzt auch Hausfrauen und Arbeiter. In gewissem Maße also den HT-Leser.

Frage: Was hat Eurer Meinung nach diesen Wandel in der Leserschaft

Michael Schneider/Peter Schneider/Autorengruppe Schauspiel Frankfurt/Andrea Bredt/Urs Troller/Marburger Theaterhaufen
THEATERSTÜCKE ZUM RADIKALENERLASS
* Texte * Lieder * Bilder * Noten
256 Seiten/DM 12,--

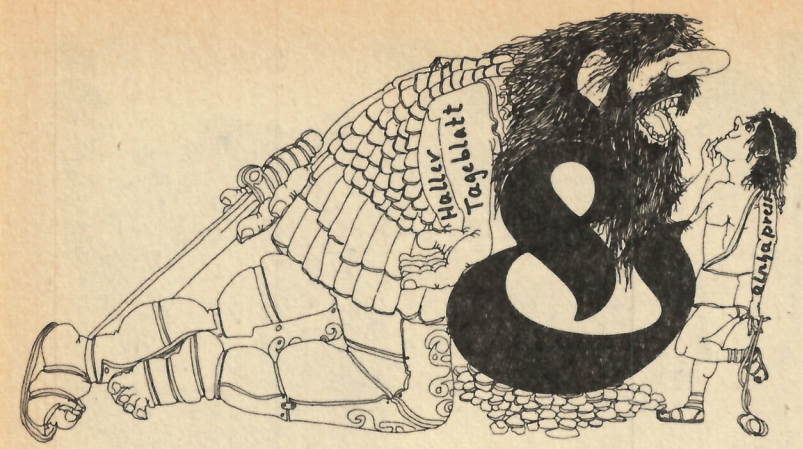
* * * *

Wladimir Stoljarow
DIE STIMME EINES AUSSENSEITERS IM SOWJETISCHEN ALLTAG
56 Seiten/DM 4,--

* * * *

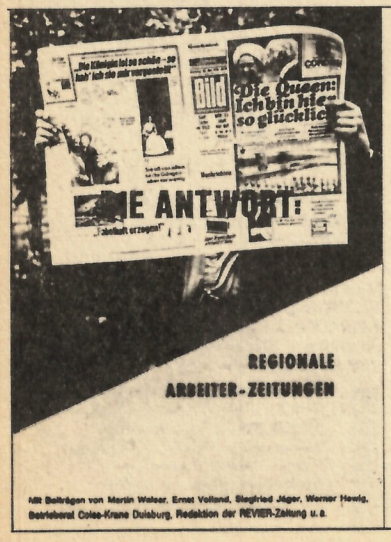
Volkhard Brandes u.a.
RATIONALISIERUNG – ARBEITSLOSIGKEIT – GEGENWEHR
Analysen * Materialien * Erfahrungen
168 Seiten/DM 8,--

Vierteljährlich erscheinen die Info's: Schule/Gesundheitswesen/Sozialarbeit
Verlagsprospekt anfordern
Monatlich erscheinen die Zeitungen: " links " und " express "
Probeexemplare anfordern
VERLAG 2000, POSTFACH 591 6o5 OFFENBACH 4; TELF.832593



ausgemacht?
In erster Linie dürfte das durch den Wandel der Zeitungskonzeption geschehen sein. Hatten wir früher oft noch lange theoretische Abhandlungen über Demokratie und Sozialismus, Faschismus etc. abgedruckt, liegt heute der Schwerpunkt der Thematik auf der Kommunalpolitik und dem Clubgeschehen. Denn was interessiert die Leute die Getreideernte in Kasachstan oder die "große sozialistische Kritik an der Viererbande", wenn in der örtlichen Bausparkasse Rationalisierungen anstehen oder ein Karstadthochhaus die Altstadtidylle zerstören soll.
Das Wegkommen von diesem vor allem in linken Zentralorganen hochgehaltenen "allumfassenden Politstil für Insider", ist wirklich das Positivste, was – meiner Ansicht nach – einer linken Alternativzeitung passieren kann. Natürlich war das bei uns auch kein Wandel von heut auf morgen, da gab es lange Auseinandersetzungen, vor allem in den Zeiten, als noch parteipolitische Gruppierungen in der Redaktion als solche auftraten. Seit sich die letzte dieser Fraktionen nach heftig geführter Biermann-Diskussion zurückgezogen hat, stellen Teile der undogmatischen Linken die Redaktion. Der Zeitung scheint das bisher nicht geschadet zu haben.
Frage: Schwerpunkt Kommunalpolitik: das bedeutet Information, oft Information, die man nicht – und schon gar nicht als Linker – leicht erhält. Wie kommt Ihr an solche Informationen?
Dies ist sicher einer der wichtigsten Punkte beim Erstellen einer interessanten Alternativzeitung. Es genügt bestimmt nicht, nur die Lokalpresse aufmerksam zu studieren oder auf Ämter zu rennen, wo man oberflächlich abgespeist wird. Wir sind stark auf Information von außen angewiesen, und da beruht manchmal einiges auf Zufall.
Es haben sich im Laufe der Jahre aufgrund unserer politischen Arbeit Beziehungen zur Gewerkschaft, zu Parteien wie SPD und DKP, ja auch zur Stadtverwaltung herausgebildet. Da sickert immer mal was durch. Hinzu kommen eigene Bemühungen (so hatten wir z.B. erreicht, daß alpha press das Pressematerial für die Gemeinderatssitzungen zugestellt bekam) und Erfahrungen. Ein weiterer Aspekt dürfte da auch noch die veränderte Konzeption sein. Sobald die Leute merken, daß es eine Zeitung gibt, die sich bemüht, mehr auf ihre Belange einzugehen als die bürgerliche Presse, kommt es natürlich schon vor, daß Redakteure von uns angesprochen werden: "Schreibt doch mal da und da was drüber."
Frage: Repression, das erscheint uns als ein sehr wichtiges Thema. Wie reagieren eigentlich so die Betroffenen? Ein Beispiel hattest Du ja schon erwähnt.
Die Reaktionen reichen da von Schweigen und "Gras drüber wachsen lassen" bis hin zu Anzeigen. Dabei ist zu erwähnen, daß sich in letzter Zeit die Qualität der Angriffe gegen uns von Attacken einzelner Personen hin zu einer konzertierten Aktion der reaktionären Kräfte (vom HT-Chefredakteur über die Haller Geschäftswelt bis zur CDU) gewandelt hat. Einerseits ist das sicherlich auf die Verschärfung der politischen Situation in der BRD zurückzuführen, andererseits dürfte das seine Gründe in der veränderten Konzeption haben.
Artikel über den "realen" Sozialismus, und sei er auch noch so real, jucken einfach niemanden. Dagegen ist es für die Herrschenden recht unbequem, sobald da Artikel über Rationalisierungen bei der örtlichen Bausparkasse, von Mißständen in Haller Betrieben o.ä. stehen. So versucht unsere Kleinbourgeoisie, uns durch Zuschußkürzungen bzw. -streichungen, Rausschmiß aus dem Clubgebäude (für 1979 zu erwarten) und Prozesse fertigzumachen.
Die Belegung mit dem Prädikat "verfassungsfeindlich", wie dies die CDU bei offiziellen Stellen anstrebt, dürfte die Zahl der heimlichen und offenen Berufsverbote in unserem Raume anwachsen lassen.
Frage: Was gedenkt Ihr dagegen zu tun?
In erster Linie bedeutet das noch umfassendere Information der Öffentlichkeit, Verbesserung unserer Zeitung, Werbung neuer Mitglieder, aber auch Schließung von Bündnissen mit Gewerkschaften, linken Organisationen und Parteien. Doch jetzt kann man schon sagen, daß die Mitglieder des Clubs weitere reaktionäre Maßnahmen gegen uns einfach nicht hinnehmen werden. So war die letzte Jahreshauptversammlung so gut besucht wie nie zuvor. Zusätzlich bemerken wir das Ansteigen von Sympathien für den Club an der wachsenden Abonnentenzahl von "alpha press". Seit neuestem läßt sich sogar die CGT in Paris unsere Zeitung zusenden!
Frage: Beim Wort "Abonnenten" denkt man als linker Zeitungsmacher immer auch an die Finanzierung. Wie klappt das bei Euch?
Da wir unsere Zeitung im Augenblick noch kostenlos an Interessenten abgeben, läuft die Finanzierung über den Club, zum Großteil im Form der erhobenen Mitgliedsbeiträge, der Rest muß durch Spenden aufgebracht werden.
Jetzt könnte es eigentlich erst richtig losgehen mit der Story vom alpha, aber der Platz hier reicht leider nicht. Ist's auch hier zu Ende, im und um und mit dem alpha geht's hoffentlich weiter. Weiter mit bisher unveröffentlichten Informationen für's Proletariat. Weiter mit schlaflosen Nächten für die von der anderen Seite ..., eben – immer diese Leute vom alpha!

WOLF-GÜNTHER GERLACH



Chancen regionaler Arbeiterpresse in der BRD
mit Beiträgen von
Martin Walser, Ernst Volland, Werner Hewig, Betriebsrat Coles-Krane Duisburg, Siegfried Jäger, Redaktion der Revier-Zeitung u.a.
zu bestellen bei
Arbeitsgemeinschaft Ruhr e.V.,
Siegstr. 15, 4100 Duisburg 1
Preis: DM 6,- + 1,- DM Versand
Lieferung nach Vorauszahlung auf Kto.Nr. 209-009828 Stadtsparkasse Duisburg (M. Wolf) oder Verrechnungsscheck.
64 S. Broschüre

Neue Broschüren der Arbeitsfelder Sozialarbeit und Schule

Reihe Roter Pauker, Heft 15, 104 Seiten, DM 7,--
Medienpraxis: Öffentlichkeit für Schüler und Lehrlinge!

In diesem neuen Heft der Reihe Roter Pauker geht es darum, Erfahrungen aus der Praxis innovativen Medieneinsatzes von Schülern in gesellschaftlichen Konflikten mitzuteilen und Anleitungen für die Verwendung von Medien zu geben. Noch vor wenigen Jahren schien in den Medien die Zukunft zu liegen. Ende der sechziger Jahre hatten die Studentenbewegungen gelernt, sich der Medien in der Öffentlichkeit zu bedienen. Mit dem Abklingen der Bewegung und der damit verbundenen Resignation kehrte auch die Euphorie über die Möglichkeit der Medien in Skepsis um. Zunehmendes Mißtrauen gegen Massenmedien fand auch seinen Niederschlag in der Schulpraxis. Nun will das vorliegende Heft einem falschen Medienoptimismus und dessen scheinbar notwendigem Gegenteil, dem darauffolgenden Pessimismus, einen begründeten Medienrealismus entgegenhalten. Um den zu erzielen, reicht es nicht allein, Medienkritik zu betreiben, es sollten auch gegenläufige Produktionserfahrungen angestrebt werden. Dazu trägt dieses Heft bei, indem es Texte zur Geschichte der alternativen Medienverwendung bringt, über Erfahrungen mit Schülerzeitungen, Wandzeitungen, Foto- und Diaarbeiten bringt, sowie über die Arbeit mit Film und Video informiert.

Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 20. Einfachnummer, 104 Seiten, DM 7,--
Schwerpunktthema: Ausbildung zum Sozialarbeiter/Sozialpädagogen.

Ausgangspunkt ist die Analyse der derzeitigen Ausbildungsbedingungen, die – auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen und der arbeitsmarktpolitischen Situation für die Sozialpädagogen im besonderen – zunehmend rigider, repressiver und verschulter werden. Darauf aufbauend werden konkrete Erfahrungen in und mit der Ausbildung beschrieben. Neben dem Schwerpunkt "Ausbildung" beschäftigt sich der Info mit der Geschichte der Jugendzentrumsbewegung und bringt Kurzberichte aus der Jugend- und Sozialarbeit. Der Info enthält folgende Beiträge: • Politische Bedingungszusammenhänge der Ausbildungsreform • Reformpositionen werden rechtswidrig • Was ist aus dem Diplompädagogen geworden? • Erfahrungen mit studienbegleitenden Praktika • Projektstudiengang "Sozialwesen" • Soll man heute noch Sozialpädagoge werden? • Berichte von Fachhochschulen aus Westberlin, Hamburg und München • Gründung eines Arbeitsfeldes der SB-Hochschulgruppen • Jugendzentrumsbewegung 1971 - 1977 • Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Sachen RBJ • Frauenforschung/-Praxis • Honorarkräfte sind nicht völlig rechtlos.

Die Broschüren werden bei Vorauszahlung (Briefmarken/Scheck) portofrei zugesandt: Bezug: Verlag 2000, Postfach 591, 605 Offenbach 4

Delmenhorster Rundschau — ein alternatives Zeitungsmodell

Seit einigen Jahren ist in der Bundesrepublik mit dem Zeitungssterben eine Monopolisierung von Zeitungen und damit auch eine Monopolisierung von politischen Informationen und Meinungen verbunden. Den Machern dieser Blätter wird zu Recht vorgeworfen, Erfüllungsgehilfen derjenigen zu sein, die bei uns das Sagen haben. Dieser Vorwurf wurde vor allem auch gegen die Lokalpresse erhoben. Deshalb ist auch in Delmenhorst – wie in vielen Städten der Bundesrepublik – eine Zeitung gegründet worden, die anders sein will als die bürgerliche Presse. Zur Entstehungsgeschichte der "Delmenhorster Rundschau":

Die Industriestadt Delmenhorst zählt 75.000 Einwohner. Von 1972 bis 1976 wurde sie von der SPD "regiert". Der scharfe Rechtskurs der SPD – Parteiordnungsverfahren gegen Mitglieder einer Bürgerinitiative 1976, Parteiordnungsverfahren gegen Mitglieder des Sozialistischen Büros u.a. im Frühjahr 1976 – führte im gleichen Jahr zur vorerst noch unorganisierten Sammlung undogmatischer Linker. Sie fühlten sich aufgehoben in der Tradition einer starken sozialistischen Bewegung, die es schon seit Jahrzehnten in Delmenhorst gab. Am 3. Oktober 1976, dem Tag der kommunalen Wahlniederlage der SPD, wurde die Null-Nummer der "Delmenhorster Rundschau" gedruckt und noch in der gleichen Nacht an die Bevölkerung verteilt. In der Ankündigung dieser ersten Ausgabe heißt es: "Nach alledem, was in den vergangenen Jahren in Delmenhorst an Politik gemacht wurde, ist es nach dem 3. Oktober dringender denn je, ein Zeitung als Sprachrohr der Bevölkerung zu haben." Folgerichtiges Konzept der Rundschau (Eigenzitat vom 3. Oktober 1976): "Kritische Berichte, in denen es keine Hofberichterstattung geben wird, Artikel, in denen die Politik dieser Stadt und die Menschen, die sie beeinflussen, nicht um ihrer selbst willen dargestellt werden. Denn viel wichtiger sind die Antworten auf die immer wiederkehrende Frage: Mit welchem Ziel wird diese Politik eigentlich gemacht."

Es gab in Delmenhorst eine Vielzahl von Problemen, die kaum noch zur Sprache kamen, die sang- und klanglos in Vergessenheit gerieten oder in Vergessenheit gebracht wurden: Von den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, Problemen der Jugendpolitik, Schwierigkeiten in Betrieb und Schule, Fragen der Kulturpolitik bis hin zur Krankenhaus- und Gesundheitspolitik. Kurzum: Probleme, die das Leben jedes einzelnen betreffen.

Exklusiv-Interview mit Wolfgang Michels S.9

elmenhorster Rundschau

Delmenhorster Mullwerker

Bei Wind und Wetter „auf Tour"

INHALT

Deshalb hatten sich die Gründer der Rundschau vorgenommen, eine parteiische Zeitung zu machen, nicht aber eine Zeitung der Parteipolitik. Sie wollten Partei nehmen für all jene, die nicht im Rampenlicht und auf der Sonnenseite stehen, und die bei der Vertretung ihrer Interessen häufig allein gelassen werden, weil eine "höhere Politik" viel wichtiger erscheint. Die Gründer nahmen sich auch vor, Meinung zu verbreiten und durch fundierte Berichterstattung zur Meinungsbildung beizutragen. Durch Artikel, die aus der Bevölkerung heraus entstehen.

Obwohl die Zeitung aus dem Delmenhorster Arbeitskreis des Sozialistischen Büros heraus gegründet wurde und die meisten SB-Mitglieder an der Zeitung mitarbeiten, ist die Zeitung kein Sprachrohr der Politik des Sozialistischen Büros. Diese Konzeption gilt noch heute: Die Zeitung ist offen für jede fortschrittliche politische Gruppierung, für jeden fortschrittlichen "Schreiberling". Grundsatz: Wir sind überzeugt, daß jeder schreiben kann und jeder veröffentlichen darf. Die praktische Arbeit hat sich in den letzten eineinhalb Jahren ohne Redationsstatut entwickelt. Die Redaktion setzt sich zusammen aus 8 bis 10 Mitarbeitern, die allesamt berufstätig sind. Einer von uns ist Journalist. Es gibt eine Vielzahl von regelmäßigen und spontanen Zuarbeitern.

Schwerpunkte der Berichterstattung in den bislang erschienenen 18 Ausgaben vom Umfang zwischen 8 und 10 Seiten: Berichte und Kommentare zu den Rathausparteien und zu den Auswirkungen von deren Politik für die Bevölkerung; Untersuchungen über (a) Probleme am Krankenhaus, (b) Stadtplanung, (c) Schulen, Kindergärten, Freizeitheime; Reportagen mit Bürgern, die durch die Verwaltungsbürokratie in die Enge getrieben werden.

Die Entstehung der Rundschau wurde begleitet durch die zunehmende Zuarbeitung der örtlichen Bürgerinitiativen, politischen Gruppen und einzelner Vereine. Von uns zunächst wenig beachtet war die große Nachfrage nach Veranstaltungsterminen, Apothekendienst und ärztlichen Notdiensten usw.

Aus der Musikszene heraus wurden immer mehr Aktivitäten an die Rundschau herangetragen. Es hat sich herausgestellt, daß für die Zielgruppe derjenigen, die sich für Pop-Musik interessieren, die Delmenhorster

"Umdenken — Umschwenken Alternatives Umwelt-Fest" in Berlin

Es begann mit einer großen Fahrradsternfahrt am Tag der Umwelt (4. Juni). Ungefähr 8.000 Radfahrer verdrängten in der bisher größten Fahrrad-Demo Berlins für kurze Zeit die Autos von den Straßen. Mit einem anschließenden Fest von nahezu 10.000 Menschen wurde das "Alternative Umweltfestival" eröffnet. 6 Wochen lang, vom 4. Juni - 16. Juli 1978, wird es hier nun Projektgruppen, Info-Stände, Ausstellungen, Filme und Diskussionsabende, Werkstätten, Frauengruppen, Theater- und Musikgruppen, Bewegungsspielgruppen, alternative Koch- und Ernährungskurse, Kurse über natürliche Heilmittel ... geben.

Der Phantasie und Initiative sind keine Grenzen gesetzt. Ziel dieses Mammutprogramms ist es, breite Berliner Bevölkerungsteile (es wird mit ca. 100.000 Besuchern gerechnet) auf Umweltprobleme aufmerksam zu machen und zur praktischen Selbsthilfe anzuregen.

Neben Information und Anregung zu (alternativem) Denken, zielen die Veranstalter auf die praktische Übertragbarkeit und Umsetzung in das Alltagsleben, auf die praktische Mitarbeit der Besucher. Modelle mit überschaubarer Technik und Funktion sollen dies ermöglichen. So wird z.B. in Werkstätten der (Selbst-)Bau von Wärmeisolationsfenstern für Altbauten oder die Konstruktion einer Biogasanlage für Schrebergärten demonstriert. In einer Fahrradreparaturwerkstätte kann man und frau lernen, wie ein Schlauch geflickt oder eine abgesprungene Kette aufgelegt wird.

So werden Besucher zu Erkundungen in alle Stadtteile Berlins eingeladen, um modellhafte Anlagen von Hinterhöfen, Dachterrassen oder Initiativen von Hausgemeinschaften zu besichtigen. Ferner werden speziell Vorträge und Werkstattarbeiten für Schulklassen und Bewohner(innen) von Altenheimen organisiert.

Die Initiative für das Umweltfestival ging von einem Trägerkreis (ca. 25 Leute) aus, die, obwohl sie sich auf ein Minimum an Organisation beschränkten und weitestgehend auf Selbstinitiative vertrauten, seit ca. 1 Jahr an ihrer Idee arbeiten.

Dieser Trägerkreis setzt sich aus Mitgliedern Berliner Bürgerinitiativen und der Alternativbewegung zusammen. Die Organisatoren des Umweltfestivals haben sich persönlich stark verschuldet, da sie keinerlei staatliche oder sonstige Unterstützung erfuhren. Daher sind Spenden dringend erforderlich Postscheckamt BlnW 9151-100 Forum Kreuzberg). Weitere Informationen: Tel. 030/3024550 auf dem Festplatz.

Subskription Neuerscheinung ★

Stadtentwicklung

historische, politische und ökonomische Bedingungen

(Von den Anfängen der Stadtbildung in Mitteleuropa bis zum Ende des 2. Weltkrieges.)

Ansätze einer **materialistischen Stadtentwicklungsgeschichte**, die die Triebkräfte der Stadtentwicklung von einer ökonomischen Fragestellung aus zu erklären versucht. In 22 Kapiteln und 4 Exkursen wird die Stadt als **siedlungsmäßiger Ausdruck politisch-ökonomischer Bedingungen** untersucht. Die theoretischen Aussagen zur Stadtentwicklung werden am Beispiel der Stadt Hannover, aber auch an anderen anderen Städten konkretisiert.

421 Seiten. Format B 5. 70 Abbildungen
Preis: 20,-, Subskription bis 19. Juni: 18,-

Neuerscheinung im Juni 1978 !!

Volker Arnold
Rätebewegungen in der Novemberrevolution
Entstehung und historischer Verlauf der deutschen Rätebewegung 1918 - 1923. Räte als Organisationsform des Kampfes und als Utopie einer neuen gesellschaftlichen Verfassung.
114 Seiten **DM 7,--**

Volker Arnold
Rätetheorien in der Novemberrevolution
Eine Untersuchung aller wichtigen sozialdemokratischen und kommunistischen Rätekonzeptionen im Verlauf und Gefolge der Novemberrevolution.
370 Seiten **DM 14,--**

Zimmermann
Einführung in Korsch
Ein Überblick über Korschs theoretische Entwicklung zwischen Marxismus-Leninismus, Linkskommunismus und Anarchismus. **96 Seiten** **DM 5,-**

Langer Marsch
Heft 35 - Juni 1978
Rabehl: Gewerkschaften, Bogdan/Petersen: Metalltarifrunde, Bacia: Zum Kursbuch 51, Ellenstein: KPF - Kritik, Rückblick auf das Russeltribunal ...
DM 2,-- **Halbjahresabo: 14,-**

Soz. Osteuropakomitee
Info 29/1978
Plattform einer polnischen Oppositionsgruppe, Reisebericht aus Polen, Interview mit einem rumänischen Arbeiter, Interview m. Shores Medwedew
DM 2,--
Sonderinfo, Kernraftwerke, Kernenergieprogramm und Reaktorsicherheit in der UdSSR und den anderen RGW - Staaten, Dokumente ...
DM 3,50 **Halbjahresabo: 10,-**

IAB - Imperialismus, Abhängigkeit, Befreiung
Heft 4/78
Ilse Lenz: Frauenmacht und Produktionsweise am Beispiel Japans, Dieter Eich: Die Dependencia - „Theorie", Fernando Mires: Kuba - von der ökonomischen zur politischen Blockade.
DM 5,-- **Halbjahresabo 12,-**

SOAK
Druckerei
Verlag
Vertrieb
Pablo Neruda Haus

Am Taubenfelde 30 · 3000 Hannover 1
0511 /17618 — Neruda Haus 323423

Rundschau – örtlich gesehen – die einzige Möglichkeit ist, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Und von großem Interesse sind: Verbrauchernachrichten, Kochrezepte (wenn möglich billig und schmackhaft) und plattdeutsche Geschichten.

Je nach Anzeigenaufkommen wird die Auflage der Rundschau auf ca. 4.000 Exemplare geplant. Der Vertrieb an den 160 Kiosken in der Stadt und in einem angrenzenden Landkreis wird über einen Großhändler abgewickelt. Daneben haben wir ein eigenes Vertriebssystem aufgebaut für Abonnenten, Straßen- und Kneipenverkauf.

Anzeigenkunden sind nur unter äußersten Schwierigkeiten zu bekommen. Bis auf einzelne Kneipen wagte kaum jemand aus der Delmenhorster Geschäftswelt, uns einen Auftrag zu geben. Unsere wichtigsten "Kunden" sind überregionale, zumeist alternativ tätige Verlage, die in Delmenhorst einen relativ guten Abnehmerkreis vorfinden. Zunächst Zusatzgeschäft, trägt sich die Zeitung jetzt seit einem halben Jahr (Anzeigenaufkommen plus Zeitungsverkauf) selbst.

Trotz vielen Engagements gelang es häufig nur schwer, unseren gewünschten Adressatenkreis zu erreichen. Vom Erscheinen der Nullnummer an zeigte sich, daß die Absage an Hofberichterstattung starke Gegenkräfte mobilisierte. Originalton der Rundschau vom Februar 1977: "Beim 7. Kommissariat der Kriminalpolizeiinspektion Delmenhorst, unter Kennern der Delmenhorster Szene auch "Popo" – politische Polizei – genannt, werden wir als Sprachrohr von Erich Honecker gehandelt. Wir bekämen Geld aus der DDR, wer sonst sollte uns finanzieren. Deshalb seien wir ein DKP-Blatt. Punktum. Einige Delmenhorster (und auch einige Gewerkschafter in führenden Positionen) haben was merkwürdiges entdeckt: Wir seien das Sprachrohr des Kommunistischen Bund Westdeutschland. Also KBW-hörig. Nun kommt's aber noch lustiger: Hinter vorgehaltener Hand munkelt man bereits, hinter uns steht ein Teil der Delmenhorster Geschäftswelt."

Scharfer Wind blies uns auch von der Delmenhorster SPD entgegen, die an die Entstehung der Rundschau die Erwartung geknüpft hatte, uns voll für ihre Ziele einspannen zu können. Die Meinung eines SPD-Ortsvereinsvorsitzenden steht stellvertretend: "Die Zeitung ist ja ganz gut, aber den Kommentar vergesse ich euch nie."

Unerwartet traf uns auch das Urteil, wonach auch der Rahmen der alternativen Pressefreiheit ein eingeschränkter zu sein hätte: Wegen der Veröffentlichung des Leserbriefes eines vom Schuldienst suspendierten KBW-Mitgliedes handelten wir uns Backpfeifen ein. Pressefreiheit, so erkannte die Redaktion, scheint doch nicht allein an den Besitz der Druckerpressen gebunden zu sein.

Zum Jahreswechsel 1977/78 ging der Verkauf der Rundschau leicht zurück. An diesem Punkt machte sich Kritik aus den eigenen Reihen – will heißen: Redaktion – fest, wonach ein zu hoher persönlicher Kraftaufwand einiger Rundschau-Mitarbeiter in keinem Verhältnis zu dem von allen erwünschten Nutzen stünde. Die Redaktionsmehrheit hielt jedoch an dem einmal eingeschlagenen Weg fest. Sie begann, von außen und innen an die Rundschau herangetragene Kritik und Verbesserungsvorschläge bereits in der Mai-Ausgabe praktisch umzusetzen. Fallengelassen hat die Rundschau-Konferenz den Vorschlag, ein Stadtmagazin für politische Insider aus der Taufe zu heben und damit die Rundschau ganz einzustellen. Angesichts des bisher positiven Werdegangs seit dem 3. Oktober 1976 erschien der Mehrheit der Redaktionsversammlung dieser Vorschlag als nicht angemessen.

Lange belastet hat uns eine Fehlkalkulation beim Start der Rundschau: Im Oktober 1976 wollten wir mit der Gründung der Zeitung gleichzeitig eine Druckerei aus der Taufe heben. Hierfür hatten wir bereits eine Druckmaschine angeschafft, für die Förderer des Projektes Bargeld gespendet hatten. Unsere Überlegung dabei: Über Druckaufträge die Existenz der Rundschau zu sichern, ohne dabei auf Anzeigen Rücksicht nehmen zu müssen. Der Plan scheiterte an Räumlichkeiten und an den Möglichkeiten einer qualifizierten Bedienung der Maschine. Dabei wuchs auch die Einsicht, daß alternative Projekte von jedem mitgestaltet werden können. Eine wichtige Voraussetzung ist jedoch der Wille, bestimmte Fähigkeiten zu erwerben.

HELMUT KINNY
HANS SEICHTER
HEINZ-J. VOGEL

★

links

Das alternative Kaufhaus

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen, Roland Roth, Jutta Rücker, Hanfried Scherer (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe) • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Einhausen • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; Prospekt der Sammlung Luchterhand; Prospekt des Achberger Instituts für Sozialforschung "In Befreiung leben".

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1.7.1978 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das restliche Jahr 1978 DM 14,-- (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresende gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift